**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

**Herausgeber:** Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

**Band:** 110 (1932)

**Artikel:** Die Befreiung der Landschaft Basel in der Revolution von 1798

**Autor:** Steiner, Gustav

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-1006934

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# DIE BEFREIUNG DER LANDSCHAFT BASEL IN DER REVOLUTION VON 1798

VON

GUSTAV STEINER

110. BASLER NEUJAHRSBLATT

HERAUSGEGEBEN VON DER
GESELLSCHAFT ZUR BEFÖRDERUNG DES GUTEN UND GEMEINNÜTZIGEN

1932

IN KOMMISSION BEI HELBING & LICHTENHAHN, BASEL

# Inhalts-Verzeichnis der früheren Neujahrsblätter.

## 1. Erzählungen aus der Basler Geschichte in zwangloser Reihenfolge.

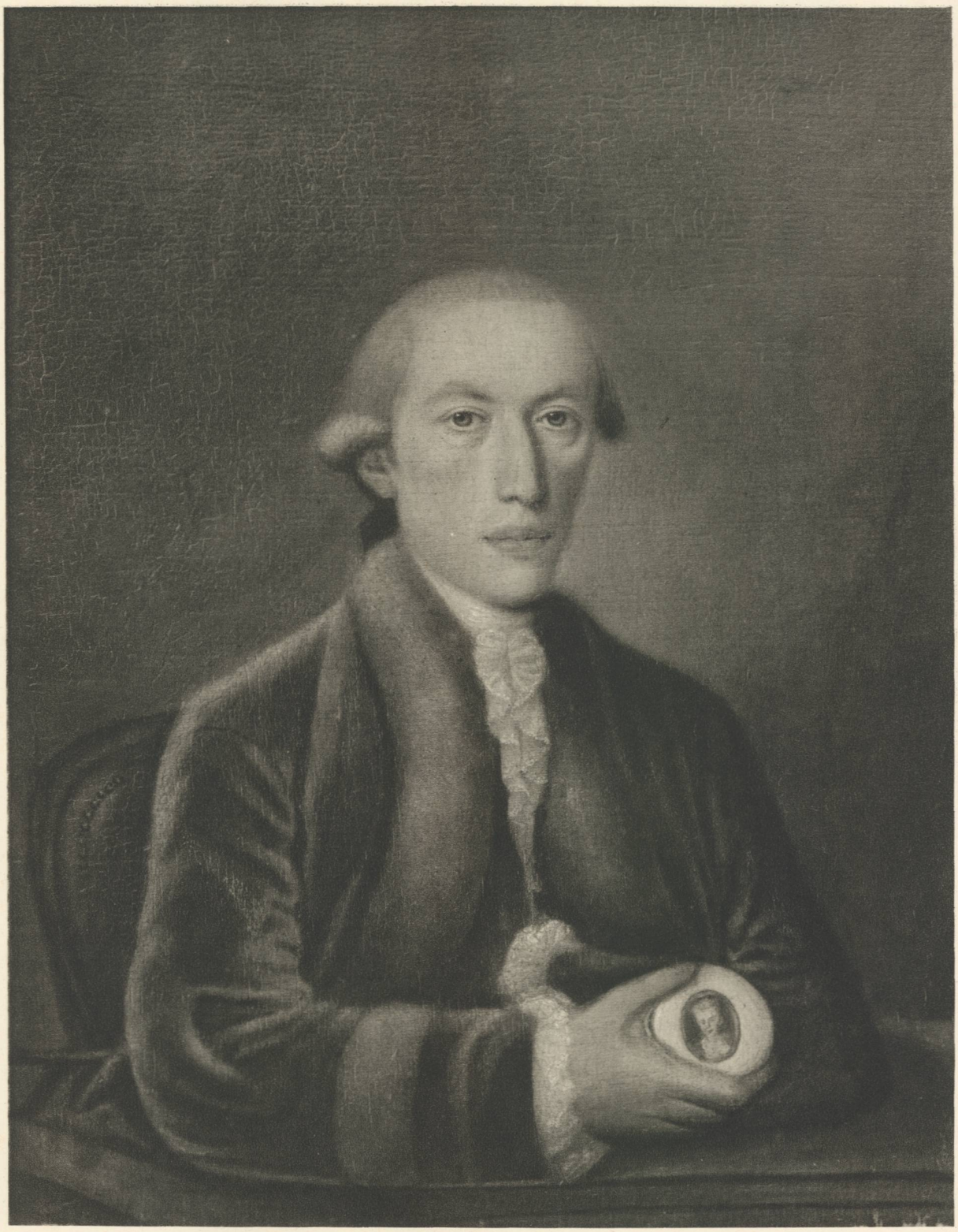

*1. 1821. (Bernoulli, Dan.) Isaac Iselin.
2. 1822. (Burckhardt, Jac., Obersthelfer, später Antistes.) Der Auszug der Rauracher
*3. 1823. (Hanhart, Rudolf.) Basel wird eidgenössisch. 1501.
*4. 1824. (Hagenbach, K. R.) Die Schlacht bei St. Jakob. 1444.
*5. 1825. (Hagenbach, K. R.) Die Kirchenversammlung zu Basel. 1431—1448.
*6. 1826. (Hagenbach, K. R.) Die Stiftung der Basler Hochschule. 1460.
*7. 1827. (Hagenbach, K. R.) Erasmus von Rotterdam in Basel. 1516—1536.
*8. 1828. (Hagenbach, K. R.) Scheik Ibrahim, Johann Ludwig Burckhardt aus Basel.
*9. 1829. (Hagenbach, K. R.) Rudolf von Habsburg vor Basel. 1273.
*10. 1830. (Hagenbach, K. R.) Bürgermeister Wettstein auf dem westphälischen Frieden.
*11. 1831. (Hagenbach, K. R.) Das Jahr 1830, ein wichtiges Jahr zur Chronik Basels.
*12. 1832. (Burckhardt, Abel, Obersthelfer.) Die Schlacht bei Dornach am 22. Juli des Jahres 1499.
*13. 1835. (Burckhardt, Abel, Obersthelfer.) Landvogt Peter von Hagenbach.
*14. 1836. (Burckhardt, Abel, Obersthelfer.) Das Leben Thomas Platters.
15. 1837. (Burckhardt, Abel, Obersthelfer.) Das grosse Sterben in den Jahren 1348 und 1349.
*16. 1838. (Burckhardt, Abel, Obersthelfer.) Das Karthäuser-Kloster in Basel.
17. 1839. (Burckhardt, Abel, Obersthelfer.) Der Rappenkrieg im Jahr 1594.
*18. 1840. (Burckhardt, Abel, Obersthelfer.) Die ersten Buchdrucker in Basel.
*19. 1841. (Heusler, Abr.) Die Zeiten des grossen Erdbebens.
20. 1842. (Burckhardt, Abel, Obersthelfer.) Hans Holbein der Jüngere von Basel.
*21. 1843. (Wackernagel, W.) Das Siechenhaus zu St. Jakob.
22. 1844. (Reber, B.) Die Schlacht von St. Jakob an der Birs.


## 2. Die Geschichte Basels von den ältesten Zeiten bis zur Einführung der Reformation, in zusammenhängenden Erzählungen dargestellt.


*23. 1845. (Fechter, D. A.) Die Rauraker und die Römer, Augusta Rauracorum und Basilia.
*24. 1846. (Burckhardt, Jacob, Professor.) Die Alemannen und ihre Bekehrung zum Christentum.
*25. 1847. (Streuber, W. Th.) Bischof Hatto, oder Basel unter der fränkischen Herrschaft.
*26. 1848. (Burckhardt-Piguet, Theophil.) Das Königreich Burgund. 888—1032.
*27. 1849. (Burckhardt-Piguet, Theophil.) Bürgermeister Wettstein auf dem westphälischen Frieden.
*28. 1850. (Fechter, D. A.) Das Münster zu Basel.
*29. 1851. (Fechter, D. A.) Bischof Burchard von Hasenburg und das Kloster St. Alban.
*30. 1852. (Fechter, D. A.) Das alte Basel in seiner allmählichen Erweiterung bis 1356.
31. 1853. (Burckhardt-Piguet, Theophil.) Die Bischöfe Adelbero und Ortlieb von Froburg.
*32. 1854. (Burckhardt, L. A.) Bischof Heinrich von Thun.
33. 1855. (Hagenbach, K. R.) Die Bettelorden in Basel.
*34. 1856. (Burckhardt, L. A.) Die Zünfte und der rheinische Städtebund.
*35. 1857. (Arnold, W., Professor.) Rudolf von Habsburg und die Basler.
*36. 1858. (Wackernagel, W.) Ritter- und Dichterleben Basels im Mittelalter.
*37. 1859. (Vischer, W.) Basel vom Tode König Rudolfs bis zum Regierungsantritte Karl IV.
*38. 1860. (Heusler, Andr.) Basel vom grossen Sterben bis zur Erwerbung der Landschaft; 1340—1400.
*39. 1861. (Burckhardt-Piguet, Theophil.) Basel im Kampfe mit Österreich und dem Adel.
*40. 1862. (Hagenbach, K. R.) Das Basler Konzil. 1431—1448.
*41. 1863. (Fechter, D. A.) Basels Schulwesen im Mittelalter. Gründung der Universität. Anfänge der Buchdruckerkunst.
*42. 1864. (Buxtorf, K.) Basel im Burgunderkriege.
*43. 1865. (Vischer, W.) Der Schwabenkrieg und die Stadt Basel. 1499.
*44. 1866. (Frey, Hans.) Basels Eintritt in den Schweizerbund.
*45. 1867. (Buxtorf, K.) Die Teilnahme der Basler an den italienischen Feldzügen.
*46. 1868. (Hagenbach, K. R.) Johann Oecolampad und die Reformation in Basel.



Frühere Jahrgänge der Neujahrsblätter sind, soweit sie noch vorhanden, zu beziehen bei Helbing & Lichtenhahn, Buchhandlung, Freiestrasse Nr. 40.



PETER VISCHER

Kupfertiefdruck Birkhäuser, Basel

# DIE BEFREIUNG DER LANDSCHAFT BASEL IN DER REVOLUTION VON 1798

VON

GUSTAV STEINER

110. BASLER NEUJAHRSBLATT

HERAUSGEGEBEN VON DER

GESELLSCHAFT ZUR BEFÖRDERUNG DES GUTEN UND GEMEINNÜTZIGEN

1932

IN KOMMISSION BEI HELBING & LICHTENHAHN, BASEL

EMIL BIRKHÄUSER & Cie., BASEL

Unitas civitatis robur.

Der Kanton Baselland ist eine Schöpfung der Regenerationszeit. Unter dem mächtigen Eindruck der Julirevolution führten in den verschiedenen schweizerischen Kantonen die Freigesinnten den Stoß gegen die bestehenden Verfassungen. Sie griffen zurück auf diejenigen Grundsätze, die bereits den Inhalt der großen Revolution von 1789 und der Helvetik gebildet hatten. Die Souveränität des Volkes, die infolge einer rückläufigen Bewegung verkürzt worden war, sollte in ihrem ganzen Umfang hergestellt werden. Auf großen Volksversammlungen machte sich der Volkswille als oberste Gewalt geltend. In Eingaben an die Regierungen beriefen sich die Liberalen auf das „von Gott ererbte Recht auf Gleichstellung" aller Volksgenossen. Mit dem „natürlichen Recht" vertrug es sich nicht, daß die frühere Oberschicht wieder Vorrechte an sich gerissen hatte, und daß durch das Wahlrecht die Stadt vor der Landschaft begünstigt wurde.

In Basel besaß die Stadtbürgerschaft im Großen Rat das Übergewicht über die zahlenmäßig überlegene Landbevölkerung. Im Jahre 1830 verlangten nun die radikalen Führer der Landschaft, namentlich des katholischen Birseck, eine Verfassungsänderung. Die Vertretung sollte sich nach der Kopfzahl richten. Am 18. Oktober 1830 kamen im Bubendörfer Bad etwa 40 Männer aus den Landbezirken des Kantons zusammen, und Stephan Gutzwiller stellte den Antrag, eine neue Verfassung zu verlangen, die auf den Grundsätzen der Gleichheitsurkunde von 1798 beruhe. Dabei wies er den Versammelten das Patent vor, das Bürgermeister und Räte von Basel am 20. Januar 1798 der Landschaft ausgestellt hatten. Durch dieses Dokument waren tatsächlich den Stadt- und Landbürgern gleiche Rechte und Freiheiten zugesichert.

Aus dem Streit um die Vertretung im Großen Rat entwickelten sich die „Dreißigerwirren", die mit der Trennung von Stadt und Land zu zwei selbständigen Kantonen ihren Abschluß fanden: im Frühjahr 1832 konstituierten

sich 46 Gemeinden zum Halbkanton Basel-Landschaft, und nach dem für die Stadt unglücklichen militärischen Auszug vom 3. August 1833 beschloß die Tagsatzung die Totaltrennung, unter Vorbehalt freiwilliger Wiedervereinigung.

Durch die Dreißigerwirren wurde also ein Verhältnis zerstört, das durch Jahrhunderte gedauert hatte, und das in der Revolutionszeit in glücklicher Weise war erneuert und gefestigt worden. Seit 1798 waren die Landschäftler „freie Schweizer". Sie waren nicht mehr Untertanen der Stadt, sondern freie Männer. Die Geschichte des Volkes von Baselland beginnt darum im Jahre 1798.

Die Umwälzung vom Jahre 1798 war eine gründliche. Die wirtschaftliche, die soziale und die politische Gesellschaftsordnung wurde zerstört. Aber obschon diese „Umschaffung" geradezu vernichtend in altüberlieferte Rechte und in die persönlichen Verhältnisse des Einzelnen hineingriff, wurde die Krisis überwunden. Im Geiste der Versöhnung und der Verbrüderung. Die Zusammengehörigkeit von Stadt und Land wurde nicht gelockert, sondern vielmehr gefestigt. Die demokratische Bewegung der Dreißigerjahre war gewissermaßen ein Ausläufer der Revolution von 1798. Sie konnte ausgehen von der Gedankenwelt und von den Einrichtungen, die in der Revolution von 1798 gesiegt hatten. Sie konnte zurückgreifen auf die Grundsätze der Volkssouveränität. Sie war nicht gezwungen, die bestehende Gesellschaftsordnung durch eine neue zu ersetzen. Wenn sie den Kampf aufnahm gegen die Reaktion, dann war es ein Kampf im Namen der Gleichheit, die schon 1798 war ausgesprochen worden.

Aber trotzdem gelang es nicht, die Krisis so glücklich wie im Jahre 1798 zu überwinden. Der Streit um das Vertretungsverhältnis im Großen Rat wurde von Anfang an mit einer solchen Verbissenheit geführt, daß der Bürgerkrieg ausbrach und sich ein Bruch vollzog, wie er in der Basler Revolution war vermieden worden.

Seit dieser Trennung sind hundert Jahre vergangen. Die Leidenschaften sind nicht nur längst zur Ruhe gekommen, sondern zwischen den beiden Kantonen hat sich ein freundschaftliches Verhältnis gebildet, das je länger um so mehr auf dem stärksten Fundament begründet ist: auf demjenigen der gegenseitigen Wertschätzung und mannigfaltiger Zusammenarbeit.

Die Trennung von der Stadt ist der Anfang des Kantons Baselland. Aber so tiefgreifend auch die Folgen der Dreißigerwirren gewesen sind, sie sind nicht das einzige Erlebnis in der Geschichte von Stadt und Land. Der souveräne Halbkanton kann heute auf ein Jahrhundert selbständigen politischen Lebens zurückblicken. Aber zu seinem Dasein gehören nicht weniger die Jahrhunderte, in denen er, schicksalsverbunden, Leid und Freud mit der Stadt geteilt hat. Un-

vergeßlich soll es bleiben, daß — auch an einem heißen Augusttage — im Jahre 1444 zweihundert Leute von Liestal und aus dem Amt Waldenburg unter dem Basler Hauptmann Hemmann Seevogel gegen die Armagnaken marschierten, und daß mancher von ihnen auf der Walstatt blieb. Die Baselbieter zogen aus mit der Stadt in den Burgunderkriegen, und aus der Schlacht bei Nancy brachte der Zeugmeister Heinrich Strübin die goldene Trinkschale Karls des Kühnen als Beutestück nach Liestal heim. Sie nahmen Teil an den italienischen Feldzügen, und ihrer hundert verloren bei Marignano das Leben. Von unvergleichlicher Bedeutung, und die ganze Entwicklung bestimmend, wurden zwei Erlebnisse: der Bund mit den Eidgenossen im Jahre 1501 und die Aufhebung der Untertänigkeit im Jahre 1798. Indem die Stadt eine dauernde Verbindung mit den Eidgenossen einging, wurde auch die Landschaft dieses Bundes für alle Zeiten teilhaftig. Und als wenige Jahre später die Stadt die Reformation durchführte, da wurde auch die Landschaft evangelisch.

Die Entscheidung in allen diesen Dingen stand freilich nicht bei der Landschaft, sondern bei Bürgerschaft und Rat von Basel. Erst durch die Verfassungsänderung von 1798 wurde die enge Vereinigung hergestellt, die den Bürgern von Stadt und Land gleiches Recht und gleiche Freiheit zusicherte.

Diese Umschaffung ist neben dem Eintritt in den eidgenössischen Bund und neben der Durchführung der Reformation das bedeutendste Erlebnis in der Geschichte der Landschaft. Es ist um so eindrücklicher, weil die Landschaft selbständig handelnd beteiligt ist. Sie befreit sich im Einverständnis mit der aufgeklärten Bügerschaft der Stadt. Dieser Vorgang soll im folgenden dargestellt werden. Es ist freilich nicht möglich, im Rahmen eines Neujahrsblattes den Gang der Basler Revolution in allen ihren Erscheinungen zu schildern. Das ist auch nicht meine Absicht. Der Jubilar soll den Vortritt erhalten. Die Vorgänge in der Stadt werden nur soweit verfolgt, als sie im Zusammenhang stehen mit der Grundfrage: der Befreiung der Landschaft. Das Schicksal der Landschaft ist der eigentliche Gegenstand unserer Betrachtung. Aber dies Schicksal soll erst recht in die großen geistigen, politischen und sozialen Zusammenhänge hineingestellt werden. Denn nur aus dem Zusammenwirken der verschiedensten Kräfte ist der Verlauf der Basler Revolution erklärlich. Darum genügt auch die Schilderung der Tatsachen nicht. Es soll vielmehr das Verständnis erschlossen werden für die politischen und moralischen Voraussetzungen dieser Revolution. Wir müssen uns in der Gedankenwelt zurechtfinden, wenn wir den Vorgang nach seinem innern Wert begreifen wollen. Es soll einmal gezeigt werden, wie die Untertanen der Stadt Basel zu

freien Männern wurden, und wie das Werk der Befreiung als ein Werk der Verbrüderung konnte gefeiert werden. Eine Revolution, die, wie ein Teilnehmer sich ausdrückte, leicht gefährlich hätte werden können, eine „Umschaffung", die einen Bruch mit der Vergangenheit bedeutete und sich gegen den Willen der übrigen Eidgenossen vollzog, stellte den Landmann und den Städter auf dieselbe Stufe und bestätigte die Rechtsgleichheit durch ein Patent, das die erste und älteste Freiheitsurkunde des basellandschaftlichen Volkes ist.

Auf diese gefahrvollen und doch „schönen Tage" der Revolution soll unser Blick gerichtet sein. Sie bedeuten für die Landschaft einen Anfang. Und sie sind zugleich das letzte große Erlebnis, das Stadt und Land in ihrem alten Verbande gemeinsam ist. Denn nur die Revolution von 1798 vollzog sich im Sinne des mahnenden Wortes, das über dem Eingang des Liestaler Rathauses geschrieben steht: Unitas civitatis robur. Die Kraft des Staatswesens ruht in der Einigkeit seiner Bürger.

## 1. Frankreich: Befreiung der Bauern.

Erste Voraussetzung der baslerischen und der gesamten helvetischen Umschaffung ist die französische Revolution. In Frankreich verbanden sich die Gedanken der Aufklärung mit der Bereitschaft des Volkes, die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Volkssouveränität in die Wirklichkeit umzusetzen. Mit dem revolutionären Denken fiel das revolutionäre Handeln zusammen. Im 17. Jahrhundert war der Staatsabsolutismus zur Herrschaft gelangt, das heißt der Grundsatz, daß der Fürst (in der Schweiz der Rat oder die Landsgemeinde) der unbeschränkte Herr des Landes sei, daß die Untertanen zu den Staatsgeschäften nichts zu sagen hätten, und daß sie allen Verfügungen, allen Auflagen der Regierung gehorchen müßten. Die Obrigkeit sollte als eine von Gott geordnete und mit göttlicher Autorität ausgestattete Schöpfung betrachtet, ihre unbegrenzte Macht als unerschütterliche Autorität geachtet werden. Im Interesse einer einheitlichen Verwaltung, dann aber auch zur selbstsüchtigen Stärkung der Staatsgewalt, wurden überlieferte Rechte einzelner Kommunen unterdrückt, und ihr Mitspracherecht geriet in Vergessenheit.

Um das Jahr 1700 bezeichnete Bossuet, der Erzieher des Dauphin, in seinen Gedanken über den Absolutismus, die königliche Gewalt als heilig, väterlich und als unumschränkt. Mit Stellen aus der heiligen Schrift bekräftigte er die Anschauung, daß man dem Fürsten wie der Gerechtigkeit selbst gehorchen müsse. Niemandem müsse er Rechenschaft ablegen.

Anders lehrten die Philosophen der Aufklärung. Sie verlangten die Beseitigung des Despotismus und die Einrichtung konstitutioneller Regierungsform, und Rousseau übertrug die Souveränität, die oberste Gewalt, auf das Volk. Volkssouveränität wurde zum Schlagwort. „Der Mensch wird frei geboren", so verkündete Rousseau, „und überall ist er in Banden." Das Volk habe das Recht, die Freiheit, die ihm geraubt worden sei, wieder zurückzunehmen. In Deutschland entwickelte Imanuel Kant seine Gedanken über Aufklärung: sie allein befreie den Einzelnen von seiner Unmündigkeit. Die Reform der Denkungsart sei wichtiger als eine Revolution, die zwar ein despotisches Regiment ver-

nichte, aber vielleicht wieder neue Vorurteile schaffe. Er lehrte die Pflicht, ohne Rücksicht auf Gefühle und Neigungen das zu tun, wovon wir erkannt haben, daß es sein soll.

Von stärkster Wirkung war der Freiheitskrieg, den die amerikanischen Kolonien gegen ihr Mutterland führten. Die Grundsätze der Volkssouveränität fanden hier ihre praktische Verwirklichung. Am 4. Juli 1776 erklärten die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit, und sie beriefen sich dabei auf „selbstverständliche Wahrheiten", nämlich auf die unveräusserlichen Menschenrechte, auf die Sicherheit des Lebens, der Freiheit, und auf das Streben nach Glückseligkeit. Das Volk besitze das Recht, eine despotische Regierungsform abzuschaffen.

Die Grundgedanken dieser Menschenrechte machten sich die französischen Revolutionsmänner zu eigen. Man wollte an Stelle des Despotismus die Freiheit, an Stelle der Ungleichheit die Gleichheit. Der Bauer sollte von den Abgaben an Staat, Herren und Geistlichkeit befreit werden; die Industrie verlangte die Abschaffung des Zunftzwanges, der Handel wollte sich frei bewegen können. Das Elend der Bauern in Frankreich war so groß, daß mit einzelnen Reformen nicht aufzuhelfen war. Die geringste Mißernte brachte Hungersnot. Die Grundherren preßten aus den Bauern das Menschenmögliche. Kein Wunder, daß hier vor allem die Flammen der Empörung aufloderten, sobald in Paris der Volksaufstand das Zeichen zur allgemeinen Erhebung gegen die Privilegierten gab. Die Bauern waren die am meisten gedrückte Menschenklasse. Sie waren mit Steuern überlastet. Sie waren zu staatlichen Frondiensten verpflichtet. Obschon die Kopfsteuer ursprünglich ein Ersatz war für den Heeresdienst, wurden sie trotzdem als Milizen ausgehoben. Dazu kamen die Lasten, die ihnen von den Feudalherren aufgebürdet waren. Drückend waren die Jagdrechte des Adels. Der Prinz von Condé ließ Wölfe aufziehen; sie wurden im Winter freigelassen zu fröhlicher Jagd. Im Bereiche der königlichen Jagdreviere war es den Bauern verboten, Felder und Gärten durch Zäune vor dem Wilde zu schützen. Die brütenden Rebhühner durften nicht gestört werden. Johann Heinrich Pestalozzi hat mit tiefer Entrüstung den Gegensatz zwischen dem adligen Schwelger und dem verelendeten französischen Landvolk in Form einer literarischen Szene dargestellt und im „Schweizer Blatt", wenige Jahre vor der Katastrophe in Frankreich, veröffentlicht.

Die große Masse der französischen Bauern war nicht mehr leibeigen. Auch diejenigen, die „der toten Hand" unterworfen waren, waren keine Leibeigene im strengen Sinne des Wortes. Aber sie mußten fortdauernd mit Geld und Frondiensten ihre persönliche Freiheit bezahlen. Jedes Grundstück war mit

Leistungen behaftet. Die Gerichtsbarkeit war dem Grundherrn vorbehalten. Die meisten Gutsherren verpachteten ihre Gefälle an gewissenlose Ausbeuter. Käuflich waren die Ämter. Die Lasten lagen auf der breiten Schicht des arbeitenden Volkes. Adel und Geistlichkeit waren durch weitgehende Privilegien geschützt. Vom dritten Stand, dem Bürgertum, ging die Empörung der Städte und Dörfer des Königreiches aus. Dieser dritte Stand erklärte sich, als der König die Generalstände nach Versailles berief, als Nationalversammlung. Sie verlangte eine Verfassung.

Schon vorher kam es infolge der Mißernte und der drohenden Hungersnot zu Bauernaufständen, im Norden und Süden des Königreiches, auch in der schweizerischen Nachbarschaft, im Elsaß und in Burgund. Diese Unruhen gaben den an sich gemäßigten Vertretern des Bürgertums in Versailles den Mut, gegen die Privilegierten aufzutreten und dem bisherigen Regierungssystem, dem Absolutismus, den Kampf anzusagen. Bürger und Proletarier der Hauptstadt vermischten sich am 14. Juli 1789 im Sturm auf die Bastille und gaben mit ihrer Empörung dem ganzen Lande das Zeichen zur Revolution. Die Nationalversammlung entwarf die Verfassung, durch welche die Macht des Königtums beschränkt und die Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit beseitigt wurden. Nach dem Vorbild der Amerikaner wurden die Menschenrechte in die Verfassung aufgenommen. Damit war die Souveränität des Volkes proklamiert.

Der Hauptstadt folgten die Provinzen. Jegliche Ordnung wich der Anarchie. Vor allem auf dem Lande, wo der Druck ins Unerträgliche war gesteigert worden. Die Bauern versagten sofort alle Leistungen; sie rotteten sich zusammen und rächten sich mit rücksichtsloser Brutalität an den Edelleuten, zerstörten Klöster, ließen die Schlösser in Flammen aufgehen. In der Franche-Comté brannte in der ersten Zeit Tag um Tag ein adliges Schloß. In einer andern Provinz scharten sich bei 6000 Mann zusammen und verbrannten 72 Schlösser in vierzehn Tagen. In den Greuelszenen machte sich das Elend der Unterdrückten Luft. Die Bauern setzten sich in den Besitz des Bodens, und sie warfen alle Lasten und Leistungen von sich, die sich im Laufe von Jahrhunderten zu Gunsten von Adel und Geistlichkeit entwickelt hatten. Zwei Drittel des ursprünglich freien Bodens waren in das Eigentum großer Grundherren übergegangen, waren zum Besitz von Adel und Geistlichkeit geworden und hatten die Bildung eines ländlichen Mittelstandes unmöglich gemacht. Jetzt proklamierte die Revolution wieder die Freiheit des Bodens und die bürgerliche Gleichheit.

Die Nationalversammlung sanktionierte die Vernichtung des überlieferten Feudalsystems, indem sie, in der berühmten Nacht des 4. August, in einer Stimmung maßloser Begeisterung alle die Einrichtungen beseitigte, die durch ihr

bloßes Vorhandensein schon den größten Teil der Nation entrechtet und in der Entfaltung gesunder Kräfte verhindert hatten. Alle Feudalrechte, die persönlichen Dienste, die Käuflichkeit der Beamtenstellen, Ungleichheit der Abgaben, Standesvorrechte, Zehnten, Zünfte, Beschränkungen des Handels und der Industrie wurden abgeschafft. Das war die Vernichtung des Feudalsystems unter dem Druck der Volksrevolution. Eine neue Epoche der Menschheit kündigte sich an. Die Erklärung der Menschenrechte wurde mit ihrem demokratischen Glaubensbekenntnis zu einer Kundgebung, deren Wucht wir heute kaum zu begreifen vermögen. Mit ihren neuen und großen Ideen war sie eine Herausforderung in einer Zeit, da das übrige Europa in den Anschauungen des Feudalstaates gefangen war. Diese Grundgedanken von der Gleichheit der Rechte und dem Wert der Einzelpersönlichkeit konnten unmöglich auf Frankreich beschränkt bleiben. Sie gingen darauf aus, die Welt zu erobern. Zwei Anschauungen standen einander gegenüber. Auf das historische Recht beriefen sich diejenigen, die mit Gewinn am Feudalzustand beteiligt waren. Die andern wollten von diesem geschichtlichen Recht nichts wissen. Es war in ihren Augen nichts anderes als Unrecht; es war rechts- und sittenwidrig. Das neue Recht, das sie schufen, erklärte: Alle Menschen sind frei und gleich, sie haben das Recht zum Widerstand gegen Unterdrückung, und alle Souveränität hat ihren Ursprung im Volk. Dem Gesetz ist man Gehorsam schuldig, wenn man ihm selbst oder durch die Volksvertreter zugestimmt hat. Religions- und Pressfreiheit, Sicherheit der Person und des Eigentums sind gewährleistet. Lafayette ging von dem Grundgedanken aus, daß in jedem Menschen, ohne Unterschied des Standes und Besitzes, die Würde des menschlichen und das Ebenbild des göttlichen Geistes sich abspiegle. Darum die Forderung: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

König und Adel gaben den Widerstand nicht auf. Die Emigranten suchten von Deutschland oder von der Schweiz aus eine Gegenrevolution durchzuführen. Es gelang ihnen, einen Bund der Mächte ins Leben zu rufen zur Beseitigung der neuen Verfassung und zur Wiederherstellung des ancien régime. Infolgedavon verschärfte sich in Frankreich der Streit der Parteien. Der Kampf gegen die absolutistische Monarchie wurde zu einem Kampf gegen den vertragsbrüchigen König, dann gegen die monarchische Staatsform überhaupt.

Der Sieg der Volksbewegung über das Königtum war eine Erschütterung nicht nur des französischen Absolutismus, sondern der aristokratischen Regierungsformen überhaupt. Wer aus dem Gottesgnadenkönigtum und aus der Ungleichheit Vorteil zog, wurde zum Widerstand gegen die Propaganda der neuen Ideen

auf den Plan gerufen. Das alte Europa verband sich gegen das neue Frankreich. Oesterreich übernahm die Führung. England unterstützte mit seinem Geld die Royalisten.

Auch die aristokratischen und oligarchischen Regierungen in den schweizerischen Republiken waren gefährdet, wenn sich die revolutionären Forderungen von Frankreich aus ihren Weg bahnten und den Untertan der Gnädigen Herren aufreizten, das Beispiel des französischen Volkes nachzuahmen.

Es lag im Wesen der revolutionären Verkündigung, nicht nur Frankreich, sondern die Welt zu befreien. Wie alle großen Ideen, so besaßen die Gedanken von der Gleichheit und Brüderlichkeit eine sieghaft werbende Kraft. Auch aus politischen Gründen mußte Frankreich wünschen, daß der schweizerische Alliierte den Systemwechsel mitmache. Wenn auch nicht in ähnlichem Umfange, so bestanden doch in der Eidgenossenschaft die Voraussetzungen für eine Revolutionierung, oder, wie die Freunde der Reform sich ausdrückten, für eine Umschaffung.

Die Eidgenossenschaft war der traditionelle Verbündete Frankreichs. Die Allianz war ein Dutzend Jahre vor Ausbruch der Revolution erneuert worden. Die Beziehungen waren so mannigfaltig, daß die Umwälzung in Frankreich nicht ohne Wirkung auf den Alliierten bleiben konnte. Wie dies der Basler Pfarrer Johann Jakob Fäsch, rückblickend, in seiner Freiheitspredigt aussprach: „Auch unser Vaterland empfand doch endlich als ein Glied der Staatenkette den harten Stoß und Gegenstoß der großen Kräfte, welche kämpfend unsern ganzen Weltteil erschütterten, und wer Augen hatte, zu sehen, und Ohren, zu hören, der konnte sich's nicht verhehlen, daß auch an uns die Reihe endlich kommen, daß auch uns der Strom der Zeiten bald ergreifen würde".

Solange die französische Nation durch die Parteikämpfe aufgewühlt wurde, und solange die Regierung die Anarchie im Innern zu bekämpfen und den Bestand der Republik gegen das verbündete Europa zu verteidigen hatte, war die Gefahr der französischen Propaganda gering. Frankreich hatte zudem ein Interesse daran, sich mit der Schweiz zu vertragen. Die Neutralität war, wenn sie eingehalten, wurde, kostbar. Sie deckte die französische Ostgrenze. Nach den Erfolgen Bonapartes auf dem italienischen Kriegsschauplatz änderte sich jedoch das Verhältnis. Die grosse Republik hatte sich siegreich gegen das verbündete Europa behauptet, im Norden und im Süden hatte sie demokratische Republiken gegründet, die Gegenrevolution hatte versagt, die schweizerischen Altgesinnten wurden von Habsburg-Oesterreich im Stiche gelassen, und diese Erfolge waren allein schon Propaganda für die revolutionäre Gedankenwelt. Der Kreis der

Aufgeklärten vergrößerte sich. Durch die Ereignisse wurden sie in ihrem Glauben befestigt: Den Menschenrechten gehörte die Zukunft. Die Franken waren schlechtweg die uneigennützigen Befreier der unterdrückten Klasse.

Diese revolutionäre Propaganda, d. h. der Versuch der fränkischen Machthaber, durch Emissäre und Flugschriften oder bloß durch das Beispiel die Untertanen in der Eidgenossenschaft gegen die bestehenden Regierungen aufzuhetzen, hatte nur Aussicht auf Erfolg, wenn diese Untertanen politisch, sozial und wirtschaftlich unterdrückt und darum auch revolutionsreif waren. Die Verkündigung der freiheitlichen Grundsätze hatte nur Sinn und Wirkung, wenn die große Masse diese Freiheit nicht besaß. Wenn die Tellenfreiheit, die traditionelle Schweizerfreiheit, sich zum Vorrecht einer bestimmten Kaste verengert hatte, dann allerdings konnte der revolutionäre Gedanke zünden, so daß auch die Schweiz ein Revolutionsherd wurde.

Diese Erneuerung der Eidgenossenschaft war tatsächlich das Gebot der Stunde. Auch hier gab es Untertanen minderen Rechtes. Und der staatliche Verband der dreizehn Orte war kraft- und bedeutungslos geworden. Die Reformer wollten beides: die Umbildung nach den Grundsätzen der Menschenrechte, und die Schaffung einer geschlossenen starken Eidgenossenschaft.

## 2. Die Eidgenossenschaft: Herren und Untertanen.

Die Eidgenossenschaft war kein staatsrechtlicher Verband, wie wir ihn uns nachträglich gerne vorstellen. Der lockere Bund bestand in seinem Kern aus den dreizehn Orten, die durch ganz verschiedenartige Bünde schlecht und recht zusammengehalten wurden. Der konfessionelle Zwiespalt, Parteibündnisse mit katholischen oder protestantischen Mächten, der Gegensatz von Städten und „Ländern" (wie den Urkantonen), die Unterschiede in Lebensart und Bildung, die Rivalität zwischen den Innerschweizern einerseits, welche sich stets als Gründer und als Hort der Eidgenossenschaft fühlten, und den städtischen Freistaaten wie Bern anderseits, innerhalb der Städteorte wieder die Konkurrenz zwischen Bern und Zürich: das alles beförderte das gegenseitige Mißtrauen, begünstigte die Zersetzung des Bundes. Nicht einmal die fiskalische Ausnützung der gemeinsamen Untertanengebiete, der Gemeinen Herrschaften, vermochte die Interessengemeinschaft auch für andere Ziele und Aufgaben zu erhalten.

Die Eidgenossenschaft hatte sich seit dem 15. Jahrhundert sozusagen auseinanderentwickelt. Sie war darum auch jedem Windstoß ausgesetzt. Man stellt sich

gerne vor, daß ein wohlgefügtes, lebensfähiges und verehrungswürdiges Staatswesen durch die Aufwieglung der Neuerungssüchtigen zertrümmert worden sei. Oder das Diplomatenspiel der fränkischen Machthaber habe dem glücklichen Zustand eines „freien" Volkes ein Ende gemacht. Man vergißt dabei, daß die Krisis ganz einfach den kläglichen Zustand der Eidgenossenschaft offenbar machte. Nicht umsonst lebte man seit dem Ausbruch der Revolutionskriege in beständiger Angst, erdrückt zu werden. Bald ging das Gerücht, der Kaiser werde für seine Verluste entschädigt auf Kosten der Schweiz; bald war davon die Rede, daß Basel, Genf und Wallis französisch würden. Man fürchtete den Krieg, und man fürchtete noch mehr den Frieden. Denn es hieß, die Schweiz solle aufgeteilt werden. In der Eidgenossenschaft war der Zusammenhang verlorengegangen, der Zusammenhang der Orte untereinander, und der Zusammenhang des Volkes innerhalb der Kantone. Es fehlte an wirklicher Volksgemeinschaft. Was Gottfried Keller in der Sonderbundszeit von den Waldstätten mit zürnender Wehmut klagte, das gilt auch von den dreizehn Orten Löblicher Eidgenossenschaft zur Zeit der Revolution:

Sie nähren sich noch zur Stunde
vom alten Ruhm mit List,
Der doch auf der Wasser Grunde
Schon lange versunken ist.

Denn auch in der Schweiz gab es eine Ungleichheit, die aus der Geburt hervorging. Der Städter zum Beispiel regierte über den Bauer, in der Stadt selbst waren es Patrizier, Aristokraten, Zünftler, die das Regiment in Händen hielten und Handel und Wandel nach persönlichem Vorteil ordneten. In einzelnen Orten bestand noch die Leibeigenschaft. Wer die Frage stellte, warum die Landleute als freie Schweizer nichts zu den öffentlichen Angelegenheiten zu sagen hätten, vom Handelsverkehr, von allen geistlichen und staatlichen Beamtungen ausgeschlossen seien, der bekam zur Antwort: „Sie haben kein Recht dazu, sie waren Leibeigene, als man sie ankaufte." Und der Trost ward etwa beigefügt: „Etwas anderes wäre nicht gut für sie, und sie sind ja glücklich . . . Das Regieren würden sie nicht verstehen." „Ich bin ein Herr und Burger", war ein Machtwort gegenüber den Landleuten.

Immer enger wurde der Kreis der Regierenden gezogen. In den Städtekantonen beherrschte die Stadt das Land. Sie betrachtete sich in politischem und privatrechtlichem Sinn als die rechtmäßige Eigentümerin der Landschaft. Im Laufe der Zeit bildete sich die städtische Bürgerschaft in eine geschlossene Herrscherkaste

um. Die Freiheiten, die der Landschaft verbrieft waren, gerieten in Abgang. Die Volksanfragen, wie sie früher üblich gewesen waren, hörten auf. Das Bürgerrecht wurde geschlossen, d. h. es wurden keine neuen Bürger aufgenommen. Der Städter wurde erblicher Herr und Burger, der Landmann erblicher Untertan. Die Landschaft geriet nicht nur in politische sondern auch in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Stadt. Die Handelsvorrechte der Stadt begründete man gelegentlich mit der moralisierenden Betrachtung, daß die Kaufleute oft in Fallimente verwickelt, die Weber und Spinner hingegen, die nur an die Verbürgerten ihre Ware abgeben und also nicht wie Kaufleute handeln dürften, von solchen Fallimenten verschont seien.

Versuche der Landbevölkerung, sich für ihre freiheitlichen Rechte zu wehren, endigten meistens mit dem Sieg der Regierung und mit engerer Einzäunung des Landvolkes. Gewöhnlich mußten die Freiheitsbriefe ausgeliefert werden. Was zufälligerweise in den Dorfladen zurückblieb, wurde in der Revolutionszeit wieder ans Licht gezogen, als urkundliches Beweisstück für die früheren Volksrechte. Im 18. Jahrhundert war jener Zustand des Absolutismus erreicht, da der Landmann in leidendem Gehorsam sich den Weisungen der „Gnädigen Herren" fügte. Die Verwaltung der einträglichen Vogteien lag in der Hand der städtischen Bürger. Die wirtschaftliche Einschränkung ging so weit, daß im Jahre 1761 im Großen Rate zu Basel allen Ernstes die Frage zur Behandlung kam, ob nicht alle entbehrlichen Gewerbe auf der Landschaft aufgehoben werden sollten, und man trug sich mit dem Gedanken, den Bauern die Käsebereitung zu untersagen, damit man wohlfeilere Butter auf dem Basler Markt erhalte.

Das ancien régime hat zu allen Zeiten Lobredner gefunden. Es wird demjenigen, der aus der politischen oder wirtschaftlichen Abhängigkeit seiner Mitmenschen Nutzen zieht, nie an schönen Begründungen fehlen. Die Ausbeutung wird naturgemäß immer noch durch die Rücksicht eingeschränkt, nicht durch ein Übermaß von Anforderungen die Quelle des Gewinnes zu zerstören. Wenn also auch festgestellt werden kann, daß die herrschenden Kreise der größern Städteorte ihren Untertanen ein „erträgliches Los" sicherten, dann sind wir von dem, was die Anhänger der Humanitätsidee oder der Menschenrechte für das Glück des Einzelnen verlangten, weit entfernt.

Im ersten helvetischen Parlament wurden von den früheren Untertanen die bittersten Anschuldigungen gegen ihre einstigen Herren vorgebracht. Der Haß mag daran sein redlich Teil haben. Der Basler Wernhard Huber, ideal gesinnter städtischer Patriot, nahm die alten Regierungen in Schutz: viele unter ihnen haben das Vaterland gut und treu verwaltet, rühmte er; unter der alten Ordnung

gab es keine allgemeine Tyrannei oder Unterdrückung des Volkes; überall freilich geschahen einzelne tyrannische Akte.

Das Los der Untertanen in den Gemeinen Herrschaften, d. h. in den Untertanengebieten, welche Kollektiveigentum mehrerer Orte waren, schien nicht besonders hart zu sein. Und doch berichtet Ochs, er sei zum Feind des herrschenden Systems und zum Anwalt der Untertanen geworden, weil er als Vertreter seines Kantons bei der Rechnungsablegung in Lugano und Locarno die verwerflichen Mißbräuche in der Verwaltung der Vogteien kennen gelernt habe. Es war, als ob ein Fluch auf diesen Gebieten lastete. Die Vögte – immer von einzelnen besseren Elementen abgesehen – trachteten einzig nach persönlichem Gewinn. Aber nicht nur die Vögte, sondern auch ihre Kontrollorgane ließen sich durch Bestechung leiten.

Auch in den „väterlich" regierten immediaten Untertanengebieten war der Einzelne der Laune der städtischen Beamten ausgesetzt. Mit seinen Machtbefugnissen reichte der Landvogt in alle Lebensverhältnisse hinein, und der Mißbrauch dieser Macht, zu dem zu allen Zeiten gerade die kleinen, aber gewinnsüchtigen Geister verleitet werden, vergiftete das Verhältnis zur Obrigkeit. Wenn die Klagen und Beschwerden nicht zahlreich sind, dann darf diese verhältnismäßige Stille nicht als Zeichen der Zufriedenheit gebucht werden. Den Untertanen wurde das Maul verbunden. Wollte man sich über die willkürlichen Eingriffe, die am empfindlichsten das Leben des Einzelnen treffen, beklagen, dann mußte man sich an denjenigen wenden, von dem sie ausgingen: an den Landvogt!

Übrigens darf nicht übersehen werden: Es handelte sich um eine in alle Lebensverhältnisse eingreifende Zurücksetzung der Untertanen, die immer mehr als Mißachtung und Rechtsverletzung empfunden wurde, und zwar um so fühlbarer, weil die Regierungen auch in den Gemeinden den Kastengeist begünstigten, der an vielen Orten mit gehässigen Vorrechten oder Mißwirtschaft verbunden war.

Die Verwaltung durch die Regenten ist oft in ein günstiges Licht gerückt worden. Namentlich die der Berner. Abgesehen von der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Untertanengebieten, ist die Beurteilung abhängig von dem Maßstab, der angelegt wird. Verglichen mit den Gemeinen Herrschaften, in denen noch in großem Umfang die Leibeigenschaft in verschiedenen Abstufungen bestand, waren die unmittelbaren Untertanen, wie die Waadtländer, die Zürich- oder Baselbieter, glücklich zu nennen. Die Privilegierten umgaben zudem ihr Regierungswesen mit dem Nimbus geheiligter Institutionen und täuschten eine väterliche Vollkommenheit vor, gegen die man sich nicht auflehnen durfte, ohne

den Vorwurf sträflicher Undankbarkeit und verräterischer Rebellion auf sich zu ziehen. Die Geistlichkeit stand auf der Seite der „Privilegienkrämer". Die Folgerung aus der Lehre, daß alle Menschen vor Gott gleich seien, zog sie nicht. Das taten hingegen die Führer der schweizerischen Reformbewegung, die als Gottesleugner verächtlich gemacht wurden. Diese beriefen sich wie Legrand mit der Forderung der Gleichheit und Brüderlichkeit auf die Bergpredigt. Er sei von der Leidenschaft für das Glück der Menschheit besessen, schrieb Ochs an Johannes Müller. Weiter: „La base de ce bonheur est l'humilité et la bonté, le code de ce bonheur est le sermon de la montagne." Unter seinem Einfluß schrieb Müller über die französischen Revolutionsführer wie Lafayette: Gott ist mit ihnen und in ihnen. Die Geistlichkeit aber predigte paulinisch den Gehorsam und die Ehrfurcht vor der gottgewollten Obrigkeit. Sie begründete die bestehende Ungleichheit aus der Schrift.

Für die Schulung der Landleute wurde möglichst wenig getan. Die Geschichte der schweizerischen Volksschule beginnt erst mit dem Namen Pestalozzis. Er sammelte die Ärmsten unter den Armen und wurde der Vater der Waisen, weil er, der Revolutionär, aus den christlichen Forderungen auch eine Verpflichtung ableitete. Und derjenige, der sich als erster der verwahrlosten Schulen auf der Landschaft annahm, war Peter Ochs. Die Regenten sahen die Aufklärung des Landvolkes nicht gerne. Auf sie fällt der Vorwurf zurück, daß die Patrioten aus den Bauerngemeinden, die im ersten helvetischen Parlament saßen, ein ungebildetes Volk waren.

Die ehemals ruhmvolle Eidgenossenschaft war nur eine Verbindung von Regierungen zum Zwecke der Aufrechterhaltung ihres Besitzstandes und der Privilegien. Eine kleinliche Interessengemeinschaft, die ihrer Vergangenheit unwürdig war. Eine Reform von innen heraus wurde zur Notwendigkeit und schien gleichzeitig unmöglich.

Der Ruhm, für das Glück der Untertanen gesorgt zu haben, hält der Prüfung nicht immer stand. Ein Beispiel genügt. Der menschenfreundliche Berner Landvogt Tscharner erzählte dem Basler Freunde Isaak Iselin, daß seine Rebleute „beim Genuß der Schnecken ihre Reben von diesem schädlichen Insekt und sich dabei vor Hunger retten". Nicht der Wohlstand der Landleute, sondern der eigene Vorteil lag der städtischen Bürgerschaft in erster Linie am Herzen. Dr. Heinrich Lavater äußerte sich seinem Freunde Hans Konrad Escher gegenüber: Zürich gehöre zu den glücklichsten Kantonen, es bedürfte nur eines Schrittes vom Throne aus, um ihn zum glücklichsten Fleck auf dem ganzen Erdboden zu machen. Aber der Städter denke nicht daran, was der Untertan empfinde, dem

Handel und feineres Handwerk oder gar das Studium verschlossen seien. Nie werde der Rat dieser „freien Schweizer" eingeholt, sondern der Untertan werde nur durch despotischen Machtspruch regiert.

Weil die „Staatsperücken" nicht von sich aus zu Opfern bereit waren, musste der Weg zur Demokratie erkämpft werden. „Die ganze Welt wird anders", schrieb Johannes Müller im Jahre 1797, „und wir sollen unsere veralteten Formen behalten können?" Am liebsten hätte er in die überlebten Verhältnisse hineingeleuchtet, um die öffentliche Meinung anzurufen. Aber es kam ihm so vor, als ob er „während einem Sturmwinde mit Fackeln in dem morschen Bau herumspaziere". Das also war die Eidgenossenschaft bei Ausbruch der Revolution: ein morscher Bau. Und dieses war das Ziel der Patrioten: auf dem Fundamente der Rechtsgleichheit einen neuen Bau aufzuführen. Alle sollten inskünftig Kinder des Hauses sein. Es heißt, den Willen der Reformer verkennen, wenn man sie beschuldigt, daß es ihnen an Vaterlandsliebe gemangelt habe. Sie besassen die Einsicht in die Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit der Zustände und den Willen, eine neue Eidgenossenschaft zu gestalten, ein Staatswesen mit einer wahren Volksgemeinschaft. Dazu war notwendig die Beseitigung der Untertanenverhältnisse und die Einführung der politischen Gleichheit. Dann aber, wenn das ganze Volk, nicht nur der Angehörige der Zunftaristokratie oder der regimentsfähigen Familien, sondern jeder Städter und Landmann die „Leibesfreiheit" besaß, Zutritt zu den Aemtern hatte und mitbeteiligt war an der repräsentativen Demokratie: dann strömten Kräfte zusammen, die der neuen Eidgenossenschaft wieder eine geachtete Stelle im Verein der Staaten schuf, und die sie fähig machten, in ihrer Existenz nicht von den fremden Mächten abhängig zu sein. Die Reformer wollten nicht nur zerstören, sondern vor allem aufbauen.

In schweizerischen Städten, sogar in Bern, war man anfänglich über den Ausbruch der Revolution in Frankreich erfreut.

Ein sprechendes Zeugnis ist in der Äußerung des Berners Nikl. Friedrich von Mülinen, des späteren Schultheißen, enthalten. Im September 1789 schrieb er an Johannes Müller: „Ich bin von der französischen Nation entzückt, daß sie endlich den Mut und die Kraft gewonnen hat, die Ketten zu brechen, welche der Geist der Zeit vollständig unerträglich machen sollte. Aber wenn mir als Menschen diese Revolution Vergnügen gemacht hat, so ist es etwas ganz anderes, wenn ich daran denke, daß ich Berner und Edelmann bin. Als Aristokrat muß ich befürchten, daß diese Freiheitsgärung auch bis zu uns dringe und Uns der Vorteile beraube, welche die Berner der Tapferkeit und der Weisheit ihrer Vorfahren verdanken. Also noch einmal: wenn diese Revolution, welche vielleicht

die Umstände auch uns vorbereiten, uns nur dazu führen sollte, daß wir mit den Repräsentanten unserer Untertanen die Regierung teilen würden, die wir jetzt allein besaßen, und so aus dem Staate Bern eine wirkliche Republik entstünde, ich würde, weiß Gott, hübsch zu meiner Partei stehen."

Diese Auffassung eines Mannes, der sich zu den Gemäßigten zählen durfte, macht eine reinliche Scheidung zwischen dem humanen und idealen Denken einerseits und dem praktischen Egoismus anderseits. Die Humanitätslehre des Zeitalters mochte den Unterdrückten mit ihrem Anspruch auf Gleichheit recht geben. Wer aber im Besitz der Macht war, dem war das Hemd näher als der Rock.

Die regierende Klasse hielt starr an ihren Vorrechten fest. Die von Walliser, Berner, Schaffhauser und Zürcher Gemeinden unternommenen Versuche, alte Rechte wieder zu erlangen oder Lasten abzuschütteln, mißglückten. Durch die Strafgerichte wurde die Unzufriedenheit verschärft. Der Versuch der aufgeklärten Gemeinden am Zürichsee, mit Stäfa im Mittelpunkt, durch eine Denkschrift sich Gehör zu verschaffen und die ökonomische und rechtliche Gleichstellung mit der Stadt unter Berufung auf alte Rechte zu erwirken, endigte mit hartem Prozeßverfahren, bevor die Bittschrift auch nur eingereicht war. Man müsse den Leuten zeigen, sagte David von Wyß, daß „Staatszerrüttungen härter gestraft werden, als kleine Diebstähle". Mit den ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln trug die Regierung den Sieg davon, aber es war ein Sieg, der das Volk in seinen Rechtsgefühlen tief verletzte und unlöschbaren Groll zurückließ.

Die Reformer erkannten, daß ein Stoß von außen nötig sei. Sie wünschten geradezu einen Druck von Frankreich aus. Die Umschaffung wollten sie selber in die Hand nehmen. Aber das Machtwort der fränkischen Regierung sollte sie davor bewahren, bei den Köpfen genommen zu werden. Frankreich wollte die Demokratisierung der Schweiz, den Sturz der Aristokraten, die Umschaffung oligarchischer Regierungssysteme zur repräsentativen Demokratie. Frankreich wurde zur Schutzmacht der Reformer in den Städten und der aufrührerischen Untertanen. Die „Patrioten", wie sich die Freunde der Umschaffung in der Schweiz nannten, konnten dieses Schutzes überhaupt nicht entbehren. Aus der Einmischung Frankreichs entwickelte sich in der Folge die kriegerische Aktion. Der Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft war das Ergebnis.

Die baslerische Revolution ging ihm voraus. Sie war das Werk der Basler Patrioten zu Stadt und Land. Sie vollzog sich, wie sich die Patrioten rühmten, ohne fremde Einmischung und Gewalt. Aber sie war von allen möglichen Gefahren und Verwicklungen bedroht. Immer war der Blick auf die Miteidgenossen und auf den rätselhaften fränkischen Nachbar gerichtet. Und die eid-

genössischen Mitstände verfolgten ihrerseits Gang und Verlauf der baslerischen Bewegung.

Die baslerische Umwälzung wurde begünstigt durch Frankreich, erleichtert durch die Bewegung im Waadtland, aber erschwert durch die übrige Eidgenossenschaft. Es konnte den aristokratischen und oligarchischen Regierungen nicht gleichgültig sein, wenn an irgendeiner Stelle das bisherige System erschüttert wurde. Nicht nur unversöhnliche Gegner der demokratischen Gleichheit in Basel waren versucht, sich um Hilfe an ihre eidgenössischen Standesgenossen zu wenden; sondern die Privilegierten aller schweizerischen Orte hatten guten Grund, den Einbruch in die absolutistische Regierungsform zu verhindern. Es war unerhört und schlimmes Beispiel, wenn sich die Stadt Basel dazu hergab, mit den Untertanen der Landschaft überhaupt zu unterhandeln.

Die eidgenössische Einmischung, die von den einen erhofft, von den andern gefürchtet wurde, kam letzten Endes nicht zustande. Ob sie von Basler Altgesinnten angerufen wurde, wie damals behauptet wurde, das läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Daß sie unterblieb, darin mögen wir die Wirkung erkennen, die von Frankreich ausging. Man rechnete damit, daß eine eidgenössische sofort eine französische Intervention auslösen werde. Frankreich erklärte im Dezember 1797 die Waadtländer unter seinen Schutz. Daß sich das Direktorium nötigenfalls auch der baslerischen Patrioten annehmen werde, das war zu vermuten. Man mußte also die Einmischung des überlegenen Nachbars in Rechnung stellen.

Zu den Gründen, welche die Patrioten für eine sofortige Durchführung der Umschaffung anführten, gehörte nun gerade der Wunsch, dem fränkischen Direktorium zuvorzukommen, falls dieses im geheimen einen Einbruch in die Schweiz plane unter dem Vorwand, die Umschaffung vorzunehmen, da sie von den Schweizern selber nicht durchgeführt werde. Sich selber revolutionieren: das war das Schlagwort des Peter Ochs.

Der Freistaat Basel machte mit der freiwilligen Umschaffung den Anfang, während sich fast gleichzeitig unter französischem Schutz die Waadtländer gegen ihre bisherigen Herren, die Berner, erhoben. Sie begehrten freie und gleichberechtigte Schweizer zu sein.

## 3. Basel: Stadtregiment und untertänige Landschaft.

Auch der Freistand Basel war keine wirkliche Republik. Die Bürgerschaft der Stadt war in Zünften organisiert. Diese wurden immer mehr von der Betätigung in öffentlichen Sachen auf die engbegrenzten Handwerksinteressen zurück-

gedrängt. In dieser Zunftaristokratie übte eine Sondergruppe von „Herren" das Regiment aus. Die Handwerker ließen sich das verfassungswidrige Familienregiment gefallen, das durch die Abschließung des Bürgerrechts ihnen die Konkurrenz vom Halse hielt und ihnen die Verwaltung der Landvogteien überließ, so daß sie auf der Landschaft auch den Herrn herauskehren durften.

Im Jahre 1400 erwarb Basel den Hauptbestand seines Untertanengebietes: für 22000 Gulden brachte es die schönen Herrschaften Liestal, Homburg und Waldenburg in seinen Besitz. Ein halbes Jahrhundert später, 1461, kaufte die Stadt die bedeutendste Herrschaft im Flußgebiet der Ergolz, Schloß und Herrschaft Farnsburg samt der darauf haftenden Landgrafschaft im Sisgau. Der Freiherr Thomas von Falkenstein überließ den Abgeordneten des Rates das Schloß mit den Worten: „Liebe Herren von Basel, auf diesen heutigen Tag übergebe ich euerer Gewalt und Macht getreue, fromme und willige Untertanen und bitte, ihr wollet euch dieselben allezeit in Gnaden befohlen sein lassen." Was außerhalb der Herrschaft Farnsburg noch unter die Landgrafschaft gehörte, wurde in rascher Folge von dem kaufkräftigen Basel erworben. Eine einheitliche Verwaltung wurde eingerichtet. Die Landleute leisteten ihre Dienste und Abgaben hinfort der Stadt. Sie behielten ihre hergebrachten Rechte und Pflichten. Liestal besaß einen eigenen Schultheißen und den eigenen Rat, während die übrigen Ämter von den städtischen Obervögten verwaltet wurden.

Als nun aber Luther seine Lehre von der evangelischen Freiheit verkündete, und als sich die Bauern im Schwarzwald und im Markgrafenland, im Elsaß und im Sundgau zusammenrotteten, da wurden auch die Baselbieter Bauern unruhig. Der Rat ordnete Gesandte ab in die Ämter, um die Beschwerden des Landvolkes zu vernehmen. Als diese aber zu Liestal angekommen waren, erhob sich ein Aufbruch der Bauern aus den Landvogteien Farnsburg, Homburg, Waldenburg, Ramstein, die die andern bei Verbrennung der Häuser aufmahnten, mit ihnen zu ziehen. Die Absicht der „Aufwickler" war die Aufhebung aller Steuern, Zinse, Zehnten und Frondienste, die Vertreibung aller Pfaffen und Ordensleute und die Plünderung ihrer Häuser. Die Ratsgesandten forderten die Ausschüsse auf, ihre Beschwerden einzugeben. Hinterrücks aber ließen die Bauernführer „umschlagen", schworen untereinander einen Eid und zogen gegen Basel. Sie fanden die Tore geschlossen und die Bürgerschaft mit dem Geschütz auf den Wällen. Der Rat wollte jedoch Gewalt vermeiden und unterhandelte. Eidgenössischen Vermittlern gelang es, die Aufständischen zur Heimkehr zu bewegen unter Zurücklassung eines Ausschusses. Nachdem ihnen Erleichterungen zugesichert waren, leisteten die Landleute wieder den Huldigungseid. Die Lie-

staler versprachen, die erwiesene Gnade ihrer natürlichen Obrigkeit „mit williger Darstreckung des Leibes und Vermögens, als es getreuen und gehorsamen Untertanen gebührt und wohl anstehet, allezeit gutwillig zu verdienen". Die Leibeigenschaft wurde aufgehoben, mit Steuern, Fronungen und Fastnachtshühnern sollte es aber wie bisher gehalten werden.

Den Bauern blieb nicht vergessen, daß sie der Ehre und der Macht der Stadt zu nahe getreten waren, und es wurde im Ratsprotokoll, das jährlich bei Einführung des neuen Rates zu verlesen war, daran erinnert, wie unfreundlich die Stadt Basel von ihren eigenen Leuten und Untertanen sei überzogen und zur Nachgiebigkeit gezwungen worden.

Die Niederwerfung der Bauernaufstände in Deutschland und die blutige Rache, die an ihnen vollzogen wurde, ferner der Zusammenschluß der protestantischen Städte Basel, Zürich, Bern, das veränderte das Bild. Freiwillig, wie es hieß, gaben die Untertanen die Urkunden der Rebellion dem Rat zurück, und sie setzten sich wieder in den Stand der Leibeigenschaft ein. Die Abgeordneten ihrer Ämter bezeugten vor dem Rat ihre Reue über den Aufstand von 1525, sie versprachen Entschädigung und baten, „man möchte sie allezeit als arme, gehorsame Untertanen mit Gnade bedenken, sie würden es in jeder Zeit mit Lieb und Leid, mit ganz willigem Gehorsam und Darstreckung ihres Leibes und Gutes untertänig verdienen". Die Räte schenkten ihnen Verzeihung und erboten sich, ihnen Gnädige Herren zu sein. Obschon die aufgerichteten Verträge jetzt „hin, tot und ab" waren, gewährten sie unter anderem Erlaß des kleinen Zehnten. Nur die Muttenzer Vertreter waren „nicht einmütig". Deshalb mußten sie nach aufgehobener Sitzung in der Stube bleiben, und der Bürgermeister ließ ihre Namen aufschreiben, „damit es nicht in Vergess gestellt und mit ihnen nicht gehandelt werde wie mit Gehorsamen".

Aber auch die Landleute vergaßen nicht, wie sie zum Gehorsam waren genötigt worden. Als die Stadt 1591 das Weinumgeld erhöhte, empörten sich die Untertanen. Die Stadt, deren Bürgerschaft gerade damals außerordentlich hohe Lasten auf sich nahm, hatte Liestal und zahlreiche Gemeinden auf ihrer Seite. Wieder griff eidgenössische Vermittlung ein und machte den Bauern klar, daß auf Grund des mit der Stadt bestehenden Bundes die Orte ihr helfen müßten, den Gehorsam der Untertanen zu erzwingen. Die Bauern hielten Landsgemeinden ab zu Sissach. Aber die Stadt blieb fest, und da das Amt Liestal und mehrere Dörfer zu ihr hielten, gelang es der geschickten Art des Andreas Ryf, den Frieden herzustellen.

Nicht nur im Baselbiet, sondern auch in den übrigen eidgenössischen Orten waren die Bauern mißtrauisch, daß sie in ihren alten Rechten verkürzt würden.

Über ihre alten Freiheiten waren sie selber im unklaren. Man klagte über die hohen Steuern und war erbittert über Geldbußen. Aber die wirklichen Gegensätze lagen tiefer. Das Volk fühlte sich immer mehr von seinen Rechten abgedrängt. Es versuchte sich aufzulehnen gegen die oligarchische Konzentration der Staatsgewalt. Es widersetzte sich, weil es nichts zu sagen, sondern sich ganz einfach den Verordnungen der Regierung zu fügen hatte. Die Leute beriefen sich auf den „von den uralten Eidgenossen vor etlich hundert Jahren beschworenen Bund", sie verlangten Herausgabe der Urkunden, in denen ihr altes Recht und Herkommen verbrieft sei. So unbestimmt auch ihre Forderung war, sie ging sinngemäß darauf hinaus, sich nicht beherren zu lassen.

Die Luzerner, Berner und Solothurner Bauern schlossen sich 1653 zu einem großen Bauernbund zusammen. Auch die Baselbieter wurden unruhig. Lange schwankten die Bürger von Liestal. Sie waren zwar auch leibeigen, erfreuten sich aber einer so selbständigen Stellung, daß ihnen sogar die städtischen Bürger mißgünstig waren. Durch den endgültigen Beitritt Liestals gewann der Aufstand ein ganz anderes Aussehen. An abgelegenen Orten wurden Zusammenkünfte abgehalten. Unter anderm in der Orismühle bei Liestal. Geklagt wurde namentlich über die Strenge der Landvögte. Dann über den Preis des Salzes, das die Obrigkeit den Untertanen teurer verkaufe als den Bürgern der Stadt.

Die Rebellen auf der Landschaft verübten „freche Ausgelassenheiten". Sie quälten die getreuen Beamten, leerten ihnen die Brotkörbe und Weinfässer aus, schoren einigen zur Schmach die Bärte; einem wurde sogar ein Ohr abgehauen. Wiederholt führte der Rat Unterhandlungen. Dabei sicherte er sich französische Hilfe. Auch die Eidgenossen suchten zu vermitteln. Aber die Häupter der Bewegung hatten zu Huttwil den großen Bauernbund beschworen und wollten nicht davon ablassen. Die Rebellen führten ihre eigene Fahne: sie war von weißem Taffet und trug das Bild von vier Bauern, die mit Seitengewehr, Haue und Schaufel abgebildet waren. Der vierte war in Schweizertracht gekleidet und hielt die rechte Hand zum Schwur in die Höhe.

Aber die Tagsatzung stellte sich auf die Seite der Obrigkeiten, drohte den „Meineidigen", und die Kantone ließen ihre Kontingente marschieren. Sie waren den Bauern an Organisation und Ausrüstung weit überlegen und zersprengten den Bund. Als die Berner mit ihren welschen Untertanen gegen die Basler Landschaft rückten, baten die Liestaler und Waldenburger um Gnade.

Weil aber die Stadt Liestal den Huttwiler Bund mit ihrem Siegel bekräftigt hatte, wurde sie auch besonders bestraft. Von den beiden Schultheißen war der eine, nämlich Christof Imhof, der Stadt treu geblieben. Darum wurde er

lebenslänglich einziger Schultheiß und wurde samt seiner Familie in das Stadtbürgerrecht aufgenommen. Der andere, Heinrich Gysin, wurde als Haupt der Rebellen seiner Stadt bezeichnet und nur aus Rücksicht auf sein hohes Alter am Leben geschont. „Die Liestaler Präsumption, Hochmut und Vermessenheit, sind die Ursachen alles Übels und Unrats, ja, die rechte Wurzel und Ursprung der Rebellion." So erklärte der Ratschlag der Dreizehnerherren. Es sei nicht das erste, sondern das dritte Mal, daß solche um großes Geld erkaufte Leibeigene an Gott und an ihrer Obrigkeit treulos und meineidig geworden seien. Bei allen drei Rebellionen habe Liestal das Direktorium geführt.

Dafür mußten aber auch die Liestaler ihre Widersetzlichkeit viel härter büßen, als die Städte gemeinsam den Aufstand bodigten. Es verlor seine Stadtverfassung und damit die bisherige Vorzugsstellung. Es durfte fortan nicht mehr einen eigenen Rat setzen, und den Schultheißen empfing es von der Stadt Basel. Das Geschütz wurde nach Basel gebracht, das Siegel zerschlagen.

Auch das Amt Waldenburg ging verschiedener Freiheiten verlustig. Gegen die Schuldigen wurde mit grausamer Härte verfahren, der Meinung des Rates entgegen, aber nach dem Willen des Bürgermeisters Wettstein, der in seiner Auffassung von dem göttlichen Recht der Obrigkeit durch die Geistlichkeit gefestigt wurde. Ein Hauptführer der Aufständischen wurde mit dem Strang, sechs andere mit dem Schwerte hingerichtet.

Im Jahre 1654 leisteten die Ämter aufs neue den Huldigungseid, aber noch ein ganzes Jahr lang blieb die Landschaft entwaffnet. Zwanzig Jahre nach der Rebellion erhielt Liestal die Erlaubnis, inskünftig einen Schultheißen zu wählen, der abwechselnd neben dem vom Rate der Stadt erkürten an der Spitze der Gemeinde stand.

Der Bauernkrieg von 1653 war der letzte Versuch der Basler Untertanen, sich für ihre Freiheit zu wehren. Von da an verharrten sie in erzwungenem Gehorsam. Das vielgerühmte „väterliche" Regiment der Stadt war nicht schlechter und nicht besser als dasjenige der Miteidgenossen in ihren Untertanengebieten. Die Verwaltung war nicht weniger zuverlässig als in Zürich oder Bern, und wie überall ließ sie dem persönlichen und unkontrollierbaren Gehaben des Landvogtes weiten Spielraum. Das Leben der Untertanen war auf Gehorsam eingestellt. Die Schikanen, wie sie von brutalen und eingebildeten Obervögten ausgeübt wurden, veränderten den Charakter des Volkes in ungünstiger Weise, wie etwa unterdrückte Kinder in ihrer Entwicklung geschädigt werden.

Namentlich die Vögte aus dem Handwerkerstande, denen die Landvogteien Farnsburg und Waldenburg vorbehalten waren, machten das städtische Regiment

verhaßt. Sie benahmen sich oft als kleine, giftige Haustyrannen. Nun ist es doch so, daß der Einzelne sich notwendigen Lasten fügt, wenn er des Wohlwollens gewiß ist, während auch der kleinste Eingriff in unser Privatleben unsere innere Widersetzlichkeit reizt, wenn Wohlwollen und Güte fehlen. Es ist also nichts Überraschendes, daß bei Ausbruch der Revolution gerade die auf Farnsburg und Waldenburg residierenden Vögte mit Schimpf und Schande das Feld räumen mußten, während die Riehemer ihren Landvogt Legrand unter Tränen verabschiedeten.

Auch die Münchensteiner nahmen 1798 in allen Ehren Abschied vom Landvogt, der 1797 bei ihnen aufgezogen war. Es war Jakob Christoph Rosenburger. Er „wurde geliebt und niemals als ein gestrenger Herr geachtet". Den Landvögten ist nachträglich ohne Unterschied viel Übles nachgeredet worden. Aber gerade um die Zeit der Revolution gab es neben gehässigen, bösen Herren — wie dem schlimmen Hans Franz Hagenbach auf Farnsburg — pflichtgetreue und verständige Obervögte. Daß diese auch in der bewegten Zeit der Umschaffung in ihrer Ehre geschützt wurden, ist ein erfreuliches Zeugnis dafür, daß trotz der Revolution keineswegs alles aus Rand und Band ging, sondern Gesetz und Ordnung in Kraft blieben. Ein Jahrzehnt hindurch war Niklaus Munzinger — bis zu seiner Ablösung durch Rosenburger — Landvogt auf Münchenstein gewesen. Nach vollzogener Revolution saß er im Schlüssel in Binningen, als der Sissacher J. Völlmy das große Wort führte: die Landvögte seien alle Diebe und Schelmen gewesen. Er wiederholte die beleidigenden Worte, obschon man ihn auf Munzinger aufmerksam machte. Der letztere klagte, Völlmy mußte abbitten und die Gerichtskosten bezahlen.

Die Regierungsform, wie sie vor Ausbruch der Revolution für Basel Geltung besaß, hat der erste Kenner der damaligen Rechtsverhältnisse, Peter Ochs, in den wichtigsten Zügen auf einigen Manuskriptseiten festgehalten. Er unterscheidet Stadtbürger, Landbürger und Fremde. Die Stadtbürger „genießen alle Rechte". Die Landbürger — nach diesen nur wollen wir uns umsehen — sind „Untertanen nicht eines Ortsherrn, sondern des Staates". Sie heißen Leibeigene. Sie sind ausgeschlossen vom Kleinen und Großen Rat und von jedem Amt in der Stadt mit Ausnahme des Dienstes des Scharfrichters und des Wasenmeisters. Sie sind aber auch ausgeschlossen von den Beamtungen auf der Landschaft, sie können nicht Oberamtmann oder Landschreiber werden. Liestal bildet eine Ausnahme: aus der Mitte der Liestaler Bürger wird einer der beiden Schultheissen gewählt. Die Landbürger dürfen sich weder zu Stadt noch zu Land um einen Pfarrdienst bewerben. Nur die Pfarrei Bubendorf befand sich seit dem Jahre 1535 sozusagen im erblichen Besitz der Familie Strübin. Im Jahre 1784 aber unternahm die städ-

tische Geistlichkeit einen Feldzug gegen dies Privileg. Sie wurde vom Stadtschreiber Andreas Merian dabei unterstützt, während Ochs sich für die Strübin wehrte und sich dadurch manchen Privathaß zuzog. Zur Zeit der Revolution war Niklaus von Brunn Pfarrer zu Bubendorf. — Die Landbürger dürfen sich nicht um eine akademische Stelle des Lehrfaches bewerben; nur in den Landschulen der Nebendörfer werden sie zugelassen. Sie dürfen also nicht an einer sogenannten Deputatenschule amten. Die „elenden Dienste" stehen den Untertanen offen. Unterbeamte dürfen sie sein. Gescheidsleute, Sigristen (aber nicht in der Stadt!), Bannbrüder. Nicht nur in der Miliz, sondern auch in den kapitulierten Kompagnien, also im Solddienst, sind ihnen die Offizierstellen versperrt. Wirtschaftlich sind sie so weit gehemmt, als es zum Vorteil der städtischen Bürgerschaft, also vor allem der Handwerker, geschehen mag. So in den Berufen. Die Schuhmacher zum Beispiel sind stadtzünftig. Die Untertanen können keine Fabriken anlegen. Krämereien treiben dürfen sie nur mit Erlaubnis des Rates. Sie sind nicht freizügig „und müssen ohnedies vom Rat freigelassen werden" infolge der Leibeigenschaft. Bürgerspital und Waisenhaus nehmen sie nicht auf. Das Schicksal der Landbürger, so drückte sich Ochs lange vor der Revolution aus, befinde sich „in einem auffallenden Widerspruch nicht nur mit dem Begriff einer Republik, sondern auch mit ihrem Zustande in gemäßigten Monarchien".

Im ganzen Gebiet der Landschaft besaß die Stadt die Landeshoheit. Das vornehmste Recht dieser Hoheit war die Blutgerichtsbarkeit. Sie übte das Mannschaftsrecht, also die Aushebung und militärische Organisation, die Gerichtsbarkeit über Friedbruch und Frevel, das Recht, Gebote und Verbote in den sieben Ämtern zu erlassen; sie verfügte über Stock und Galgen, über Maß und Gewicht. In ihrem Verhältnis zu der Obrigkeit heißen die Bewohner der Landschaft: Untertanen. Nach einer Schätzung aus dem Jahre 1793 besaß das Land eine Einwohnerschaft von über 28 000 Seelen. Die Zahl der Einwohner — nicht etwa der Vollbürger! — der Stadt betrug rund 15 000.

Die Organisation der Landschaft war so straff durchgeführt, daß für eine selbständige Regung sozusagen kein Raum übrig war. Diese Einzäunung der Persönlichkeit und die Unmöglichkeit, Talente zu entfalten, waren für den Untertan wohl noch viel empfindlicher als die Abgaben und Leistungen aller Art.

Zehntpflichtig war das ganze Gebiet der Landvogteien, und zwar in allen Gattungen des Bodenertrages. Landvögte und Kirchen waren die Hauptbezüger der ursprünglich von den Hörigen geleisteten Bodenzinsen. Zu den Umgeldern und Steuern kamen die dinglichen Lasten, Frondienste für Brücken und Straßen, für Kirchen und Schlösser. Für die Bewilligung des Schlachtens erhielt der Ober-

beamte die Zunge. Abgeliefert wurden Fastnachtshühner und Vogtsgarben. Auch der Todfall wurde ins Schloß geliefert. Vom Landvogt hing ab, was ins alltägliche Leben des Einzelnen eingriff: Die Erlaubnis zum Heiraten, Kauf und Verkauf, Verträge, Vormundschaftswesen. Er erhob Gebühren. Zwei Drittel von den Strafgeldern gingen in seinen Seckel — zum Nachteil der Rechtspflege. Ochs berichtet, daß die Landvögte von Waldenburg und Farnsburg durch diese Einnahmen, durch Sporteln und Landesprodukte ihr Einkommen bis auf 2000 Neutaler jährlich treiben konnten.

Es ist überflüssig, die einzelnen Lasten, die auf den Kleinbauern drückten — Großbauern gab es kaum — aufzuzählen. Die größere oder geringere Erträglichkeit des Daseins wurde nicht nur durch diese recht ansehnlichen und drückenden Verpflichtungen bestimmt, sondern durch den fühlbaren Mangel an Freiheit, durch die Unmöglichkeit, über sich selber frei verfügen zu können. Das Gefühl, minderen Wertes und nicht geachtet zu sein, wird durch Demütigungen noch gereizt. Dem altgewohnten Bunde von Staatsgewalt und Kirche fehlte das Verständnis für Reformen. Ein aufgeregter Zeitgenosse der Revolution nennt die aufrührerischen Bauern kurzweg Lumpen. Johann Jakob Huber, während der Revolution Pfarrer in Sissach, gestand immerhin, daß das alte Staatsgebäude da und dort schadhaft sei. Aber er fürchtete, daß „wir", die alten Stadtbürger, nicht nur nichts gewinnen, sondern viel verlieren werden. Ihm ist peinlich, „was wir Prediger für eine Figur auf dem Lande machen".

Doch von der Landschaft war nichts zu fürchten, wenn sie ihren Eid hielt. Denn in ihrem Eide schworen die Untertanen den Bürgermeistern, Oberstzunftmeistern und Räten der Stadt Basel als ihren „natürlichen Herren und Obern". Sie verpflichteten sich zu den Geboten, den Steuern, den Salzkästen, ferner mit der Stadt Basel zu reisen und auszuziehen. Sie versprachen, „keine Rottierung noch Zusammengeläufe" zu dulden, keine Landsgemeinde ohne obrigkeitlichen Befehl abzuhalten, auch im Glaubensbekenntnis der Stadt zu gehorchen und zu verharren als „fromme, treue und gehorsame Untertanen". Die Räte hingegen verpflichteten sich ihnen nicht, schworen ihnen keinen Eid und nannten sie ihre Untertanen.

Wenn die revolutionäre Propaganda auch im Baselbiet um sich griff, dann war freilich der Untertan nicht mehr ungefährlich. Ganz abgesehen davon, daß er die Wehrmacht des Staates bildete. Es gab zwei Regimenter von zusammen 4300 Mann; jedem Regiment war eine Dragonerkompagnie zugeteilt, ferner ein Artilleriekorps von zwei Kompagnien. Die gesamte Landmiliz betrug rund 4600 Mann. Die Offiziere waren Städter. Die waren im Revolutionsfall leicht zu ersetzen.

Es ist wohl nicht zufällig, dass eine ganze Zahl patriotischer Führer zur Artillerie gehörten. Diese Spezialwaffe schloß die Einzelnen zu größerer Kameradschaftlich-

keit zusammen. Zudem war es etwas Besonderes, der Artillerie zugeteilt zu sein. Den Artilleristen waren die wichtigsten Verteidigungsposten zugewiesen: so zum Beispiel die Schanze bei St. Jakob, die Hülftenschanze, das Augster Kastell, die Wannenreben bei Pratteln, vor allem die für die Stadt wichtigen Grenzposten, wie die Wiesenbrücke und Kleinhüningen. Chef war der freigesinnte, geistig und praktisch hervorragende Wilhelm Haas, dessen Schriftgießerei berühmt war. Landschäftler Artilleristen waren der Orismüller Schäfer, der Artilleriefeldwebel Hoch von Liestal und der Artilleriewachtmeister Stehlin von Benken.

Seit Kriegsausbruch standen die Untertanen bald in größerem, bald in kleinerem Aufgebot unter den Waffen. Die Grenzen waren nicht gesperrt, sondern französische Offiziere und Soldaten kamen in die Stadt, von der Festung Hüningen her oder aus dem Lager von Häsingen. Da vernahm man immer die neuesten Zeitungen. Nachrichten vom Siege der großen Republik und von der Ausdehnung ihrer freiheitlichen Grundsätze. Da war die Gefahr nicht gering, daß die Schweizer Milizen bei den Franzosen in die Schule gingen und nachher mit revolutionären Ideen heimkehrten. Aus diesem Grunde hatten es die aristokratischen Regierungen oft eilig, die Kontingente von der Grenze wegzunehmen. Namentlich in der Innerschweiz wurde geklagt, daß die Mannschaft in ihren Anschauungen vergiftet werde. Doch es brauchte Zeit, bis sich ein Widerstand gegen das überlieferte Regiment festigte. Trotz Revolution und Bauernaufstand in Frankreich: die Untertanen huldigten wie bisher der Stadt, und wie bisher redete sie der Vogt an als „ehrsame und bescheidene, meiner Gnädigen Herren liebe und getreue Untertanen". Und noch am 16. Januar 1798, als bereits in Liestal ein Freiheitsbäumlein aufgestellt wurde, betitelte der Schultheiß von Liestal die städtischen Behörden als „Hochgeachte, wohledle, gestrenge, ehrenfeste Fromme, Wohlführnehme, Fürsichtige und Weise, gnädig gebietende, Hochzuehrende Herren und Obere". Er nahm sich in der Schlußformel die Ehre, „mit aller Hochachtung allstäts zu verharren Euer Gnaden Gestreng Fürsichtig Weisheiten Untertänigster Gehorsamster Diener". Diese Devotion war ins Blut übergegangen. Die Vorzugsstellung des Bürgers war zur Selbstverständlichkeit geworden.

## 4. Erste Wirkungen: Teilreform und Sonderinteressen.

Von allen schweizerischen Republiken war keine einzige so unmittelbar dem Stoß der Revolution ausgesetzt wie der Freistaat Basel: durch die geographische Lage, durch wirtschaftliche und geistige Beziehungen mit Frankreich. Er war Eingangstor in die Schweiz, war zugleich ein exponierter Posten der Eidgenossenschaft.

Durch den Jurawall war Basel von den Miteidgenossen getrennt, es war durch seine Lage mit den Geschicken der oberrheinischen Lande verbunden, war Nachbar des französischen und des deutschen Reiches, war eingeengt von Bischof (Bistum Basel) und Österreich (Breisgau und Fricktal), stand unter den Kanonen der französischen Festung Hüningen: in diesen besonders gearteten Verhältnissen befolgte Basel die altgewohnte Politik des Abwartens und Zusehens, des Verharrens und einer Neutralität, die vor inneren und äußeren Konflikten den Staat bewahren sollte. Die Bauernrebellion brandete bis an die Mauern der Stadt. Zwei Tage nach dem Bastillesturm brannten die Schlösser in der Umgebung von Belfort. Ganz Lothringen geriet in Bewegung. Sie griff über auf das Elsaß. Im knappen Verlauf von acht Tagen wurden ein Dutzend Schlösser zerstört, wurden andere geplündert. Die Steuerbeamten wurden verjagt, die Grundbücher wurden vernichtet. Die Register über Feudalabgaben und Fronden wurden verbrannt. Die Häuser der reichen Händler wurden gebrochen. Ebenso Abteien wie das alte Murbach. Die Bauern bildeten fliegende Kolonnen, in der Stärke von tausend Mann, und hielten das Land in Aufregung. Die Zinsen und Zehnten wurden nicht mehr bezahlt. Es wurde dabei keine Rücksicht darauf genommen, ob der Privatmann, ob eine Korporation oder der Staat in seinen Rechten geschädigt wurde. Die französische Nationalversammlung erklärte die Umwälzung zum Gesetz.

Basel war Eigentümer von Zinsen und Zehnten im Elsaß. So gehörte ihm z. B. der ganze Fruchtzehnten des benachbarten Neudorf. Deshalb war es auch eingeladen worden zur Teilnahme an den Wahlen für die Generalstände. Dreiundzwanzig elsässische Gemeinden verweigerten jetzt die Ablieferung der Bodenzinse. Verhandlungen waren fruchtlos. Aber Basel war nicht nur in lebenswichtigen Einkünften gekürzt, sondern es war dem Brandherde so nahe, daß ein Übergreifen auf die eigene Bauernsame im Bereich des Möglichen lag, obschon die Lasten der baslerischen Untertanen und ihre Lebensbedingungen keineswegs drückend waren. Für eine Agrarrevolution, wie sie sich in Frankreich vollzog, fehlten in Basel wie auch in den übrigen Kantonen die Voraussetzungen. Geradezu auffällig bleibt, wie sich die baslerische Regierung bis zur Jahreswende 1797/98 unbedingt auf ihre Untertanen verlassen, und wie sie die Landleute ohne Bedenken zum Grenzdienst zuziehen konnte. Fast ein Jahrzehnt lang erwies sich die Staatsgewalt stärker als die Kraft der eindringenden revolutionären Ideen. Nur langsam bemächtigten sich auf der Landschaft — im Gegensatz zur Stadt — die revolutionären Gedanken der Geister, die geweckt und vorbereitet werden mußten, wenn sie in Nachahmung der fränkischen Nachbaren die Ungleichheit vernichten und einen Zustand der politischen Gleichheit herbeiführen wollten. Trotz der Bauernunruhen im Elsaß blieb

das Baselbiet ruhig, und die Regierung verhielt sich starr, bis aus den Kreisen der eigenen aufgeklärten Bürgerschaft die Forderung zur Umschaffung aufgestellt wurde.

An den Grenzen machte der Bauernaufstand halt. Aber fühlbar wurde der Bastillesturm durch den Zudrang derjenigen, die hinter den Mauern der Rheinstadt erste Zuflucht suchten. Sie wurde Asyl, wurde Beobachtungs- und Agitationsposten. Die meisten der vornehmen Flüchtlinge, die Hals über Kopf Frankreich verlassen hatten, kamen, wie Madame de Staël, „quasi nue comme la main." „Von der Zeit an gab es ein beständiges Gewimmel von Flüchtlingen beiderlei Geschlechts", meldet ein Zeitgenosse. Aber die Necker, Polignac, Narbonne und Artois bildeten erst den Auftakt zu der großen Emigration, die gegen Ende des Jahres einsetzte. Es waren Edelleute, die ihr nacktes Leben retteten. Sie hofften, daß der Sturm sich bald wieder legen, und daß sie zurückkehren könnten. Als sie sich getäuscht sahen, verzogen sie sich in der Hauptsache nach der innern Schweiz, mit Vorliebe in die Patrizierkantone.

Nicht nur Standespersonen suchten Schutz, sondern auch die Juden. Im Sundgau wüteten die Bauern. Widersprechende Berichte gelangten nach Basel. Ende Juli hieß es, daß sie die Gegend von Mülhausen und Kolmar unsicher machten. Das Schloß Leimen — ungefähr drei Stunden von Basel entfernt — brenne lichterloh, und die obrigkeitlichen Speicher im Sundgau seien der Plünderung preisgegeben. Das Gerücht ging, die elsässischen Bauern hätten es auch auf die Stadt abgesehen. Sie wollten das Johanniterhaus stürmen, um Urkunden, in denen ihre alten Rechte niedergeschrieben seien, in ihre Hand zu bringen. Der Rat ließ die Nachtwachen verdoppeln, die Tore stärker besetzen, Kanonen wurden mit Kartätschen geladen, um den Anschlag der aufrührerischen Bauern zunichte zu machen. Die eigene Landmiliz wurde aufgeboten. Am 30. Juli rückte sie ein und wurde auf die Tore verteilt.

Seit dem 27. Juli kamen die elsässischen Juden mit Weib und Kind und mit geringen Habseligkeiten „haufenweise" und wurden von der Obrigkeit und von der Bürgerschaft verpflegt und geherbergt. Sie wurden so sehr mit Wohltaten überhäuft, daß sie ein besonderes Dankgebet verfaßten. Ihre Zahl betrug 800 Köpfe. „Übrigens", so sagt ein Zeitgenosse, „war es der übermäßige Wucher, dessen man sie beschuldigte, der ihnen diesen Sturm zuzog." Elsässische Bauern, die sich unter den Toren blicken ließen und von den Juden als ihre Verfolger bezeichnet wurden, auch solche Bauern, die bewaffnet in die Stadt kamen oder den geraubten Plunder absetzen wollten, wurden ins Gefängnis geworfen, dann aber wieder freigelassen, weil mit Repressalien gedroht wurde. Nach vier Wochen, als sich die Ruhe wieder eingestellt hatte, verließen die Juden die Stadt. Wer

nicht freiwillig ging, wurde gezwungen. Denn sie wurden der Bürgerschaft lästig, weil sie anfingen „à juiver", sie trieben Kauf und Verkauf und liehen Geld auf Zinsen.

Die Bauernunruhen in der Nachbarschaft mochten wohl da und dort eine blasse Erinnerung an den großen Bauernkrieg von 1653 wecken. Es war kein Grund, an der Treue und Ergebenheit der Baselbieter zu zweifeln. Als sie an den Toren Wache hielten, fiel es ihnen nicht ein, mit den Elsässer Bauern zu fraternisieren. Schon am 7. August 1789 konnten die Wachen der Landmiliz wieder aufgehoben werden.

Beinahe anderthalb Jahrhunderte hindurch verharrte die Landschaft Basel in ihrem Gehorsam. Die Protokolle und Regierungserlasse vermitteln uns den Eindruck eines geordneten Hausstandes, einer Hausordnung allerdings, in der das väterliche Oberhaupt allein zu reden und zu befehlen hat. Aber aus Befehlen und Mahnungen vernehmen wir nur die eine Seite. Die andere Seite, die Landschaft, bleibt uns fremd. Wir wissen nicht, was diese Bauern unter städtischem Regiment für sich erlebt und gedacht haben. Die Protokolle täuschen uns eine Teilnahmlosigkeit vor, wie sie nie bestehen kann, solange das menschliche Herz für Lust und Leid empfindlich, für Hoffnungen und Wünsche, für Angst und Not zugänglich ist. Wir können die Abgaben, wir können die Verordnungen, die den Untertanen galten, aufzählen. Aber wir wissen nichts davon, wie der Talentvolle über die Ausschließung von höherer Schulung, der Gewerbetreibende über die wirtschaftlichen Schranken erbittert war, wie der gemeine Mann sich um sein tägliches Brot gemüht hat, wie lästig ihm die Schranken waren, und vor allem, wie seine Vorstellung von Gerechtigkeit sich mit den Plackereien vertrug, denen er durch den Vogt ausgesetzt war. Nur zur Seltenheit erfahren wir durch Martin Birmann, wie sein Vater Joggi Grieder, als er hochzeiten wollte, von Hagenbach auf Farnsburg kujoniert wurde.

Es scheint, als ob der Faden abgerissen wäre. Wir sehen keine Verbindung zwischen der letzten großen Erhebung von 1653 und der Rebellion von 1798. Das heißt aber noch lange nicht, daß es an Zusammenhängen fehle. Man wurde verschwiegen, sparte Hoffnungen und Drohungen; denn man wußte, wie es zu allen Zeiten denjenigen übel ergangen war, die unvorsichtig von den alten Rechten gesprochen hatten.

Unter den Verurteilten von 1653 befand sich zum Beispiel der Liestaler Schlüsselwirt Samuel Merian. Ihm wurden zwei Jahre Gefangenschaft auf dem Rheintor zugesprochen, und der dritte Teil seiner Güter wurde konfisziert. Das geschah nicht nur, weil er den Landtag in Huttwil besucht, sondern weil er vierzehn oder

mehr Jahre vor Ausbruch des Bauernkrieges einem gesagt hatte, er könnte wohl berichten, „was die Privilegien zu Liestal gewesen". Es war also halsgefährlich, auch nur daran zu rühren, daß man einmal Freiheiten besessen habe. Solche Leute, die etwas von den früheren Liestaler Privilegien wußten und trotz allem Mangel an Schulbildung eine Ahnung vom Bund der eidgenössischen Bauern gegen die Vögte hatten, gab es auch im 18. Jahrhundert. Anderthalb Jahrhunderte oder auch das doppelte bedeuten für die Fortpflanzung mündlicher Tradition wenig. Wohl waren die Untertanen ihrer Rechte verlustig gegangen; aber das Wissen darum war nicht zugleich völlig entschwunden. Man hatte sogar die Überzeugung, daß altes Recht in Urkunden und Büchern aufgeschrieben sei und immer noch aufbewahrt werde. Darum verlangten, als die Bewegung wieder in Fluß kam, die Arisdorfer und die Hersberger ihre „alten Schriften" heraus. Sie suchten nach den Urkunden ihrer verlorenen Freiheit.

Das war revolutionär und doch nicht im Sinn und Geist der französischen Revolution. Diese verkündete ein neues Recht: das Menschenrecht. Es war Ausgangspunkt für Freiheit und Gleichheit. Der Bauer dagegen verfuhr wie sein Herr: er berief sich auf historisches Recht. Dabei zog er den kürzeren; auch wenn das Rad zurückgedreht wurde. Der Pfarrer zu St. Peter, Johann Rudolf Burckhardt, konnte mit Recht höhnen: „Die einfältigen Bauern! je mehr sie in alten Dokumenten nachsuchen, je mehr finden sie, daß sie leibeigen waren." Die Stadt hatte die Landschaft nicht nur einmal, sondern zweimal gekauft; das zweitemal, als ihre Pfandschaft unsicher wurde.

Wenn es sich nur darum handelte, altes Recht, das infolge der Entwicklung zum Staatsabsolutismus untergegangen war, wieder in Kraft zu setzen, dann blieb die Strecke zur Gleichheit immer noch unheimlich weit. Anders verhielt es sich, wenn sich der Untertan nicht auf historisches Recht, sondern auf das Menschenrecht berief. Dann war es aus mit dem überlegenen Spott des Bürgers. Dieser fing an zu jammern über die Sprache, die gegen Aristokraten und Oligarchen geführt werde. „Man will, unsere Verfassung in der ganzen Schweiz solle umgeändert werden; der Adel soll aufhören; die Landvögte sollen überall weggeschafft werden; Städte und Länder sollen gleichen Anteil an der Regierung haben; keine Untertanen, sondern lauter Bürger sollen in der Schweiz sein."

Einfacher läßt sich das Programm der Patrioten, der Revolutionsmacher, gar nicht formulieren, als dies Pfarrer Burckhardt seufzend und empört zugleich ausspricht. Einen Adel besaß die Stadt Basel zwar so wenig als andere Schweizerstädte; aber man war sich der Ueberlegenheit über die Untertanen völlig bewußt. Die Stadt besaß die Kaufbriefe, und so hielt sie, das war herrschende Meinung,

von rechtswegen den Daumen auf die Landschaft. Wer, wie Peter Ochs, trotz Amt und Reichtum ganz aus der Art schlug, weil er die Zunftaristokratie gering einschätzte und persönlich ein Vertreter jener Geistesaristokratie war, der auch Isaak Iselin, ohne revolutionär zu sein, angehört hatte, fand es höchst anmaßend und lächerlich zugleich, daß der überhebliche Städter die Bauern immer noch Leibeigene nenne. Was die Altgesinnten fürchteten, das war das Ziel der Patrioten: Keine Untertanen, sondern lauter Bürger. Lauter Schweizer. Nicht mehr nur dem Namen nach, sondern in Wahrheit. Der Weg zu diesem Ziel konnte aber niemals frei werden durch den Hinweis auf das, was historisch geworden war, sondern durch die Berufung auf „die Würde" des Menschen.

Dieser fundamentale Unterschied ist, soweit es sich um die ersten Bewegungen auf der Landschaft handelt, überhaupt noch nie erkannt worden. Darum wollen wir im folgenden gerade auf den Grundirrtum unsere Aufmerksamkeit lenken, den die Liestaler und Arisdorfer begingen. Daß sich die Städter an das historische Recht festklammerten, das ist, soweit sie ihre Privilegien um jeden Preis verteidigen wollten, ganz in Ordnung. Die Autorität hat fast ausschließlich die Neigung, das Recht ihrer Fortdauer auf Geschichte und Pietät und Tradition zu gründen. Daß aber auch die Untertanen sich auf frühere Rechte, also auch auf die Historie und auch auf Privilegien beriefen, das war – vom Standpunkt der Revolution aus gesehen – nicht in Ordnung. Sie gaben damit zu erkennen, daß sie vielleicht Schlagworte der Bauernrevolution in der Nachbarschaft aufgefangen hatten, daß sie aber die Grundsätze der neuen Lehre von Gleichheit und Brüderlichkeit nicht verstanden. Die Revolution zerschlug das alte Gesetz. Sie setzte neues Recht. Die revolutionären Grundsätze waren, wie Ochs zum Beispiel es auffaßte, ein Evangelium; man mußte umdenken, wenn man es wirklich verstehen und anwenden wollte.

Nicht nur der Bauer, auch der Bürger begriff nicht ohne weiteres die neue Denkweise. Es waren zunächst nur einzelne, wenige, die sich durch die Zerstörung des Gesetzmäßigen nicht verwirren ließen, sondern trotz allem Furchtbaren fähig waren, das Große in der französischen Revolution mit der Humanitätsidee ihres Jahrhunderts in Einklang zu bringen. Daß ihre Zahl wuchs, das bleibt bei allen Erklärungen, die wir dafür anführen können, wunderbar. Denn die Bürgerschaft hatte, als Ganzes genommen, nicht Grund noch Ursache, das Bestehende aufs Spiel zu setzen. Es ist verständlich, daß sie sich vor dem Zuzug schützte, daß die Regenten die Ämter und Stellen für sich und ihre Leibeserben bewahren, die Zünfte nicht ihr Monopol, die Kaufleute nicht ihren Gewinn, die Geistlichen nicht den Zehnten verlieren wollten. Es ist also nicht verwunderlich, daß in der Bürgerschaft Parteiung entstand, und daß es der Stadt nicht leicht wurde, auf die bis-

herigen Privilegien Verzicht zu leisten. Das Eigenartige besteht vielmehr darin, daß trotz alledem aus den Reihen der Bevorzugten der Stoßtrupp zur Umschaffung der alten Ordnung hervorging.

Nicht aus der Bauernsame. Die geistigen Führer der Basler Umschaffung sind Bürger der Stadt.

Wenn wir das Protokoll des ersten helvetischen Parlamentes aufschlagen, dann können wir nachlesen, wie die Patrioten der früheren Untertanengebiete am Anfang einer neuen Epoche nichts Gescheiteres wußten, als sich über die Priorität zu zanken. Auch die Baselbieter wollten die ersten gewesen sein, die den Freiheitsbaum aufgestellt und aus eigener Kraft die Gleichheit erworben hätten. Man darf sich dadurch nicht eine einseitige Freiheitsbewegung der Landschaft gegen die Stadt als Ganzes vortäuschen lassen. Ebensowenig eine wuchtige, durch die französische Revolution sofort ausgelöste Bauernrebellion. Ins zehnte Jahr ging die französische Revolution, als die Baselbieter endlich aufstanden. Und sie handelten nicht allein, sondern gemeinsam mit den städtischen Führern. Diese bestimmten das Programm, den Inhalt und den Gang des Handelns.

Auf beiden Seiten. Als die Kunde vom Bastillesturm ins Land kam und als Adlige und Juden in Basel Schutz suchten, da achtete der Rat auf jede Regung in der Landschaft, und bei den Untertanen drängte sich der Gedanke auf, ob nicht die Zeit gekommen sei, verlorenes Recht wieder einzubringen und Mißstände zu beseitigen. War die allgemeine politische Lage den Untertanen günstig, dann wuchs ihnen der Mut; die Regierung war dafür ihrerseits von vorsichtiger Zurückhaltung. Es gab keinen Bauernbund, keine Gemeinschaft unter den Untertanen. Die Untertanen befreiten sich nicht aus eigener Macht. Sie bedurften des Anstoßes durch die städtischen Patrioten.

Die Nachrichten aus Paris brachten Aufregung in die Bürgerschaft. Sie gingen wie ein Lauffeuer durchs Land. Es war aber keine Gemeinde, sondern es war ein Basler, der 1789 den ersten Schritt wagte, den Untertanen entgegenzukommen, bevor das böse Beispiel zur Nachahmung reizte.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Bauernerhebung im Elsaß und der drohenden Berichte aus dem Markgrafenlande und dem Breisgau, daß sich die Bauern weigerten, Zinsen und Zehnten zu zahlen, reichte der Weinschreiber Abel Merian, Mitglied des Großen Rates, den Anzug ein, zu prüfen, ob nicht „zur Ehre des Standes und den gegenwärtigen Zeitumständen angemessen", die „hiesigen Untertanen" der Leibeigenschaft zu entlassen seien. Er setzte auseinander, daß man gefährlichen Auftritten zuvorkommen und den Untertanen in diesen Zeiten zeigen müsse, daß man nicht mehr in der Barbarei des Mittelalters lebe.

Es sei klüger, aus freien Stücken zu schenken, als sich nachgehends „ein mehreres abfordern oder abzwingen zu lassen". Mit solcher „Mäßigkeit und Bündigkeit" begründete Abel Merian seinen Antrag vor dem Rate, daß dieser den Geheimen Rat, die Dreizehnerherren, beauftragte, einen Ratschlag abzufassen und vorzulegen. Da aber die Gefahr, von der man im Sommer bedroht war, schnell wieder abflaute und die Meinung um sich griff, der König werde der Revolution Herr werden, beeilte sich der Dreizehnerrat nicht. Der Antrag „geriet gleichsam in Vergessenheit" und kam erst ein Jahr später wieder zum Vorschein.

Dem ersten Schrecken folgte also wieder die ruhige Überlegung. Zinsen und Zehnten fielen stärker ins Gewicht als Menschenrechte; der Vorteil der Privilegien, die Erblichkeit der Ämter, der Genuß des Regimentes waren stärker als die Lehre von der Gleichheit. „Es ist merkwürdig", so schrieb Ochs im Dezember 1789, „wie wenig die Schweizer die Freiheit der Franzosen schätzen." Die Offiziere, klagte er, hätten nur Sinn für ihre Pensionen, die Kaufleute nur für ihren Gewinn, die Banquiers nur für das Wechselgeschäft, die Magistratspersonen für die Ehren, die ihnen erwiesen werden, so daß sie sich wie Fürsten und Edelleute fühlen. Viele Handwerker haben den Spießbürgergeist in sich, und sie hassen die Bauern und nennen sie immer noch Leibeigene.

Bürgermeister Ryhiner verschleppte absichtlich die Verhandlung. Als nun aber im Frühjahr 1790 die Gemeinde Hallau den Gnädigen Herren von Schaffhausen die Huldigung versagte, indem die Untertanen erklärten, sie wollten freie Eidgenossen sein, da entschloß sich der Bürgermeister, die Sache im Dreizehnerrat zur Sprache zu bringen. Peter Ochs, damals noch Ratsschreiber, war mit seinem Votum seit Monaten sprungbereit. Auch er war, wie Abel Merian, der Überzeugung, daß man durch Entgegenkommen ein Unheil verhüte. Zu den Gegnern im Großen Rat gehörte Rosenburger. Er sprach das Wort: „Denkt ihr auch daran, daß unsere Untertanen, wenn wir sie frei erklären, uns gleich werden?"

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß bereits Ochs da und dort ins Vertrauen gezogen wurde. Er weiß zu berichten, daß die Bauern freien Weinkauf wünschten. Die Wirte begehrten Minderung des Umgeldes. Aber alles im Tone höchster Ergebenheit. „Die Liestaler betragen sich sehr vernünftig", so meldet Ochs einem Zürcher Freunde. „Sie sondieren das Terrain. Sie bitten um Rat. Sie lassen es nicht an Unterwürfigkeit fehlen. Ich glaube, daß sie vieles erreichen werden."

Bürgermeister Ryhiner starb. Peter Burckhardt trat an seine Stelle und versah mit Andreas Buxtorf das Bürgermeisteramt. Ochs wurde Stadtschreiber. Damit gewann er an Einfluß auf die Regierungsgeschäfte. Obschon er mit seinen Ideen von Rechtsgleichheit seinen Kollegen unbequem war, wurde er ihnen infolge

seiner Fähigkeiten, seiner einzigartigen Kenntnisse in historischen und gegenwärtigen Dingen und infolge seiner Beziehungen in Paris unentbehrlich. Für die Untertanen war es nicht gleichgültig, ob sie einen Freund ihrer Sache in der Regierung besaßen. Ochs redete allerdings eine andere Sprache als die Bauern: diese gingen aus auf Beseitigung von Mißständen oder auf Wiedererlangung verlorener Privilegien. Ochs hingegen wollte eine totale Umschaffung des Kantons sowohl als der Eidgenossenschaft. Eine Wiedergeburt nach den ihm heiligen Grundsätzen des natürlichen Rechtes. Was jetzt, im Jahre 1790, die Liestaler von der Stadt verlangten, das war nicht ein für alle gleiches Recht, und es war nicht die repräsentative Demokratie; sondern recht altmodisch wünschten sie ihrer, und nur ihrer eigenen Stadtgemeinde gewisse Vorteile zu verschaffen. Während Ochs seinen Blick fest auf das Ganze gerichtet hielt, nicht neue Unterschiede hergestellt sehen, sondern vorhandene Ungleichheit beseitigen wollte, dachten jene daran, etwas Besseres zu sein als das übrige Landvolk.

Erfreulicherweise hat Wilhelm Hoch, der die Bewegung in vorderstem Glied miterlebte, uns einige Notizen hinterlassen. Er berichtet, daß der Gemeinde Liestal einige Partikularfreiheiten „mangleten", die ihr „anno 1653 von der Statt Basels Obrigkeit Entrissen und nach und nach durch getreue und für den Stad Basels Interesse besorgte Schultheißen noch mer verengert wurde, so daß bald Ein auf das Land sitzende Bassler Bürger Schalten und walten konte wie er wolte, hingegen wurde die Gemeind in Ihren Einmal gehabten privilegien immer mer Eingeschrenkt, so daß sich Eine partey Bürger zur wiedererhaltung der verlohrenen freyheiten zusamen thaten, wobey . . . Gysin die Haubtperson war, diese wurden verrahten, und also Ihre sache jedoch ohne Sie zur verantwortung zu ziehen, vereitlet".

Dieser Gysin von Liestal tritt im Verlauf der Revolution auffällig zurück. Warum er und seine Kommittenten nicht zur Verantwortung gezogen, sondern geschont wurden, das wissen wir nicht. Wir müssen uns lediglich mit der Tatsache zufrieden geben, daß sich also 1790 eine Partei bildete unter einem anerkannten Oberhaupt, und daß ihr Programm war: Wiedererlangung der nach dem Bauernkrieg verlorenen Freiheiten. Die Spitze war namentlich gegen denjenigen Schultheißen gerichtet, der aus der Basler Bürgerschaft stammte und schon infolge dieser Herkunft eine Demütigung für die Gemeinde Liestal war, die, wie wir uns erinnern, früher beide Schultheißen aus ihrem Mittel gewählt hatte.

Mit der Auflösung des Gysinschen Komplottes war es nicht getan. Die Sache war derart ruchbar geworden, daß offenbar die Vorsteher der Gemeinde etwas zugunsten der Freiheiten unternehmen mußten, wenn sie nicht in den Verdacht geraten wollten, der Stadt allzutreue Diener zu sein. Im Namen der

ganzen Gemeinde wurde „Eine Supliquen“ der Obrigkeit eingegeben, „die die allerbilligsten Moderiertesten privilegien Enthielte“. Wilhelm Hoch setzte sie auf, und Daniel Heinimann fertigte sie aus — damit treten aus dem Dunkel verschwiegenen und verborgenen Handelns zwei Männer, die wie Gysin persönlichen Mut bewährt, die aber dann auch als Führer durchgehalten haben. Nicht Johann Georg Stehlin, und nicht Schäfer, die sich demnächst mutvoll diesen beiden anschließen, begegnen uns am Anfang der Bewegung. Sondern die beiden ungleich gearteten Hoch und Heinimann geben sich her für das Wagnis, das darin bestand, eine Bittschrift zur Rückforderung kassierter Rechte aufzusetzen. Wo es künftig eines klaren Kopfes und kalten Blutes bedarf, da wird Hoch vorgeschoben. Er wird das Zentrum der Bewegung in Liestal. Er wagt viel, aber nie überstürzend, nie ohne Berechnung und Überlegung, und der bessern Meinung sich unterordnend.

Die Liestaler ließen ihre Bittschrift dem regierenden Bürgermeister durch Ausschüsse zustellen. Sie verlangten verschiedene „Vorzüge für ihre Stadt“. Man solle ihnen die Leibesfreiheit in Gnaden schenken. Dann zählten sie die Berufs- und Handelsfreiheiten auf, die sie für sich — also nicht für das gesamte Land — begehrten. Sie wollen auch das Bier ausschenken, wie von alters her. Sie verlangen Freizügigkeit; die Harschiere sollen Rechnung vorlegen; bei gerichtlichen Verhören soll ein Protokoll geführt werden, und zwar in Anwesenheit des Stadtschreibers. Dann der Stachel im Fleisch: Die Stadt soll dem Amt keinen Schultheißen geben, sondern beide Schultheißen sollen wie ehedem aus der Liestaler Bürgerschaft genommen werden. Die Bittschrift ist eine eigentümliche Mischung von Begehren. Von der großen Forderung der Revolution, von den Menschenrechten und der auf das natürliche Recht gegründeten Freiheit, hat sie kaum einen Hauch verspürt. Käme es auf die Liestaler an, dann würden sie ausgerüstet mit mancherlei „Freiheiten“, aber nicht mit der Freiheit, die ihnen Anteil gibt am Regiment des Gesamtstaates. Eine privilegierte Gemeinde neben den Dorfschaften: das wäre das Ergebnis. Der von Ochs verspottete städtische Spießbürgergeist reckt sich mächtig in der Liestaler Bittschrift; man will keine neuen Bürger- und Hintersäßen mehr annehmen müssen. Das heißt: man will sich einkapseln, will den Bürgernutzen für sich allein haben.

Eine einzige Forderung greift über die rein praktischen und augenblicklichen Bedürfnisse und über die partikularistische Einstellung hinaus: die Forderung auf Leibesfreiheit. In diesem Postulat allein drückt sich das Wesen der weiten, auf Menschenrecht und Menschenwürde gegründeten Denkweise aus. Die Aufhebung der Leibeigenschaft war eine Forderung, die sich aus dem Naturrecht

ergab, und sie kam nicht nur einer einzigen Gemeinde, sondern der ganzen Landschaft zugute. Darüber hinaus allen Untertanen in der Eidgenossenschaft. Denn das Beispiel würde Nachahmung finden.

Man hatte es in Basel im Juli 1790 nicht mehr eilig, den Untertanen entgegenzukommen. Die „Begehren fanden keinen Eingang bei den Häuptern, und die Bittschrift wurde nicht einmal dem Großen Rat vorgelegt". Sie wurde an den Geheimen Rat gewiesen, und den Petenten wurde vermeldet, daß man sich erst in einigen Monaten damit beschäftigen könne, da verschiedene Ratsherren abwesend seien.

Ochs war es zufrieden, daß die Liestaler einen Vorstoß gewagt, aber er vermißte den großen Gesichtspunkt. Er sah auch voraus, daß ihre Forderung auf Handels- und Gewerbefreiheit am meisten Schwierigkeiten bereiten werde. Er war enttäuscht, daß die Liestaler sich stärker vom Geldinteresse als vom Ehrgeiz für den Besitz der Freiheit leiten ließen. Sie hätten eine Vertretung im Großen Rat begehren müssen, das war seine Meinung. Aber offenbar liege ihnen mehr daran, im Überfluß zu leben, als zu regieren. Der Unterschied zwischen dem, was Ochs unter Revolution verstand, und dem, was die Liestaler Bürgerschaft für sich begehrte, ist offenkundig.

Es war im Grunde überall dasselbe, man dachte nicht daran, mitregieren zu wollen. Man sah nur das Nächste: die Auflagen, die Zinsen, die Eingriffe des Landvogtes. Daß das alles durch eine repräsentative Verfassung anders werde, das begriff der Einzelne noch nicht. Man klagt, wie wir dem Berichte aus dem Farnsburger Amt noch im Januar 1798 entnehmen, über den hohen Salzpreis, über Weinumgeld, über das Harschiergeld, ja sogar über die zwei Rappen, welche die Posamenter vom Pfund Arbeitslohn in die neu errichtete Posamenterkasse bezahlen müssen. Man verstand diese Krisenhilfe nicht, Man verdächtigte sogar die Stadt, daß sie das Geld für sich einstecke.

Immerhin bewirkte die Bittschrift der Liestaler, daß man sich in Basel jetzt des Merianschen Antrages erinnerte. Bei verriegelten Türen beriet der Geheime Rat über die Aufhebung der Leibeigenschaft. Es wurde erwogen, ob nicht in Frankreich eine rückläufige Bewegung zu erwarten sei. Dann wurde das Entgegenkommen überflüssig. Jemand schimpfte über die Undankbarkeit der Bauern, worauf Dreierherr Münch die Zustände der Untertanen schilderte und die ironische Frage anschloß: Und sollten sie dafür dankbar sein? Mit der Aufhebung war die Mehrheit einverstanden. Aber sie sollte nur mit wenig „Vorzügen" verbunden sein. Die Verzögerung wurde vor dem Großen Rat damit begründet: Rasches Eintreten wäre als Furcht ausgelegt worden.

In sechs Sitzungen wurde der Ratschlag verhandelt. Er war von Ochs verfaßt und spiegelt seine Denkweise wieder. „Wie können Christen, deren Grundlehren

auf Demut, Gleichheit, Liebe und Wohltun beruhen, einen Unterschied des Standes und der Geburt unter sich dulden?" So fragt er. Republiken können nicht Leibeigene haben. Man kann nicht die Freiheit für sich als Kleinod in Anspruch nehmen und sie andern mißgönnen. Der Ängstlichkeit, daß die Gewährung nur neue Forderungen nach sich ziehen werde, begegnete er mit dem Einwurf, entweder seien neue Begehren gerecht oder verwerflich, und darnach werde man verfahren. Am 20. Dezember 1790 wurde vom Großen Rat die Leibeigenschaft der Untertanen „aufgehoben und zernichtet", und sie wurden „für leibsfreie Untertanen" erklärt. Da die bisherigen Verpflichtungen fast in vollem Unfange beibehalten wurden, ist Wilhelm Hoch in seinen Notizen zu verstehen: nur der Klang des Wortes sei abgeschafft worden.

Der Gemeinde Liestal entstand aus ihrer Bittschrift an die Regierung und aus der Widerspenstigkeit gegen ihren städtischen Schultheißen viel Unmuß. Der städtische Inhaber des Liestaler Schultheißenamtes war seit 1743 ein Hebdenstreit, genannt Laroche; er „roch den Lunten" heißt es später von ihm, und er verließ, als der Boden Liestals ihm zu heiß wurde, das Städtlein und begab sich nach Sissach, dann in die Stadt. Es wurde ihm nachgeredet, daß er nur auf seinen Vorteil bedacht gewesen. Das ist schwer zu entscheiden; denn es lag in der Natur des Amtes, daß der Städter, der es bekleidete, den Liestalern ein Dorn im Auge war.

Vorsicht verdient deshalb die Mitteilung Hochs, daß Laroche auf den Rat des Dreierherrn Fürstenberger bei den übrigen Gemeinden gegen Liestal intrigiert habe, um sich zu rächen, weil die Liestaler beim Rat von Basel Klage gegen ihn geführt hätten. Er verfuhr also „nach seiner angebohrenen List" und hetzte die zu Liestal gehörigen Dorfschaften auf. „Jedes Dorf fing mit unss Streit an und verlangte alle möglichen Ungerechtigkeiten in Holz und Waid auss unserem Bahn." Liestal hielt Gemeinde und ernannte Ausschüsse zur Beilegung des Streites. Hoch war unter ihnen. Zwei Jahre hindurch wurde prozessiert, „mit Grossen kösten", und wir „verlohren nicht das geringste dabey." – Handelt es sich hier wirklich um ein Manöver des städtischen Vertreters, damit er den Liestalern, die mit ihren Forderungen und Klagen an den Rat gelangten, das Spiel verderbe? Jagte er ihnen absichtlich die Konkurrenz der Dorfschaften auf den Hals?

Im Prozeß gegen die Dorfschaften des Amtes waren Urkunden aus der Lade hervorgeholt worden, durch welche die früheren Verhältnisse erhellt wurden. Aber sie wurden von der Obrigkeit zurückverlangt und trotz aller Begehren verwahrt. Wie wenig die Stadt nach dem durch die Aufhebung der Leibeigenschaft bezeugten Gnadenakte Übles erwartete, das zeigt sich im Februar 1791, als im Bistum Unruhen

ausgebrochen waren und Basel die Grenze sperrte. Da wurden wieder frohgemut hundert Leute aus der Landschaft in die Stadt gezogen. Sie versahen die Posten und bewachten das Zeughaus. Im April 1792 besetzten die Franzosen die Ajoie; der Bischof mußte fliehen. Von 1792 bis zum Abschluß des Koalitionskrieges durch den Frieden von Campoformio im Jahre 1797 mußte Basel, mit Unterstützung der eidgenössischen Kontingente, seine Grenze wahren. Die Hauptlast der Grenzbesetzung lag auf der Stadt und ihrer Landschaft. Gemeinsam war die Gefahr, und so verhielten sich die Untertanen in Ruhe und Dienstbeflissenheit. Aber der Gedankenaustausch mit städtischen Patrioten schuf Verständnis für die Grundforderung der Revolution, und zweifellos wurden in diesem Grenzdienst persönliche Verbindungen hergestellt.

Daß trotz der Unruhen in andern Kantonen die Baselbieter sich ruhig hielten, ist aus dem Mangel an Aufklärung zu verstehen. Es fehlte zum Beispiel die klare Einsicht in das, was eigentlich die französische Revolution wollte. Man war gewissermaßen in dem Netz feudaler Verhältnisse verstrickt. Es fehlte auch an einem Zusammenwirken von Gemeinde zu Gemeinde. Es gab auf der Landschaft keine Vorschule für helle Köpfe in Lesegesellschaften wie in Stäfa oder Wädenswil. Voraussetzung geistiger Lebhaftigkeit ist ein gewisser Wohlstand, der dem Einzelnen das Bewusstsein seines Könnens und seines Wertes gibt. Er fehlte im Baselbiet. Und es fehlte an aufgeklärten Männern. Wie viel überlegter ist das Memorial von Stäfa als die Liestaler Bittschrift. Da wird nicht nur über Gewerbedespotismus geklagt, sondern über den Ausschluß des Landvolkes von den Studien. Nicht nur über die Lasten des Bauernstandes, sondern über den Mangel an einer Verfassung.

Eines freilich wurde diesen Bauern, die den Strom bewachten, klar: Frankreich bedeutete die Freiheit, und Österreich vertrat die Grundsätze der Aristokraten.

Daher auch die Begeisterung, mit der Bonaparte am 24. November auf der Landschaft begrüßt wurde, als er seinen Weg nach Rastatt durch die Schweiz nahm. Ihm jubelten die Untertanen zu, die Waadtländer und die Baselbieter, und offenkundig ging er den Herren aus dem Wege. Was er im Schilde führte, war allen verborgen. Aber alle wußten, daß er der Sieger über die Koalition war, daß er die Republik Frankreich und damit ihre freiheitlichen Prinzipien gerettet, daß er den Abfall der Veltliner von ihren Bündner Herren gefordert und geschützt hatte. Man feierte ihn als Friedensstifter.

In Waldenburg begrüßten ihn die Abgesandten des Rates. In allen Dörfern paradierte die bewaffnete Mannschaft. In den Straßen Liestals drängte sich das Volk, ihn zu sehen. Schultheiß Niklaus Brodbeck-Brüderlin begrüßte ihn „in feuriger Rede". Das waren aber alles Zurüstungen des Rates und keineswegs spontane

Äusserungen eines revolutionssüchtigen Volkes. Es ist unmöglich, zu sagen, ob der Jubel dem berühmten Mann, oder ob er dem Franzosen schlechtweg galt.

Am Kutschenschlage Bonapartes stehend, sollen Daniel Heinimann, der Zuckerbäcker Brodbeck und der Uhrenmacher Wilhelm Hoch den General und das Volk angeredet haben. Überall ertönte aus der Menge der Ruf „Freiheit und Gleichheit". Die Untertanen betrachteten Bonaparte als ihren Erretter und Erlöser. Wilhelm Hoch — dem ein besonderer Anteil zugeschrieben wird — drückt sich sehr überlegt aus: „Bei der Durchreise des General en Chef Bonaparte durch den Canton Basel im Späthjahr 1797 wurde dass Landvolk rege gemacht, auf die Natürliche Freyheit des Menschen zu denken." Doch will er die Wirkung nicht übertreiben und fügt darum bei, daß man allerdings schon seit Ausbruch der Revolution auf die Begebenheiten aufmerksam war. Jedenfalls fehlte es nicht an Freudenbezeugungen, und man mochte sie so oder so erklären, wie ja auch Bonapartes Wort an der Tafel zu Drei Königen verschiedener Deutung fähig ist: „Votre Listal est bien patriotique".

Wer auf der Landschaft Augen hatte, zu sehen, dem konnte es nicht entgehen, daß Peter Ochs, unterdessen Oberstzunftmeister geworden, von Bonaparte besonders ausgezeichnet wurde. Und als nun noch die Basler Regierung, einem Winke des fränkischen Direktoriums folgend, ihn in besonderer Mission nach Paris schickte, da war kein Zweifel, daß die Politik der Freiheitsfreunde über die Politik der Altgesinnten einen großen Erfolg gewonnen hatte. Denn Ochs verkörperte ein Programm. Und so gut man im Rate zu Basel wußte, daß er die gegenwärtige Verfassung verwerflich finde und ein unbedingter Anhänger des Gleichheitsprinzipes sei, ebensogut wußten auch die Untertanen, daß Ochs für ihre Befreiung und Gleichstellung sich einsetze. Er hatte ja auch am 1. Mai 1797 den Antrag gestellt, daß Basel auf seine Herrschaftsrechte in den ennetbirgischen Vogteien verzichte. Das war ein Anfang zur Befreiung der Untertanen.

Bis zum Ablauf des Jahres 1797 hatten die Untertanen nicht viel mehr als die Aufhebung der Leibeigenschaft erreicht. Die egoistischen Interessen der Liestaler ließen den ganzen Abstand von den modernen Ideen der Revolution erkennen. Nicht nur entbehrten die Untertanen der eigenen Initiative, sondern auch der großen Richtlinien. Erst durch die Verbindung mit den städtischen Patrioten gewannen sie das eine wie das andere. Peter Ochs war es, der Ziel und Weg bestimmte. Er berief sich nicht, wie die Liestaler, auf die Vergangenheit, auf geschichtliches Recht. Sondern im Geiste einer wahren und allgemeinen Brüderlichkeit sprach er die „Grundwahrheiten" aus, die er aus den Menschenrechten, aus dem Naturrecht ableitete. Aus der Niederung egoistischer Interessen sollten sich die

Untertanen zur Höhe einer ideal gerichteten, das ganze Land umfassenden Denkweise erheben. Nicht darum konnte es sich handeln, daß Liestal wieder in alte Rechte eingesetzt wurde, oder daß neue Privilegien geschaffen würden. Sondern es ging um die Grundforderung: alle Untertanen sollten freie Schweizer werden. Der Bewegung auf der Landschaft diese Richtung und der Denkweise ihrer Führer diesen Inhalt gegeben zu haben, das ist in erster Linie das Verdienst des geistigen Hauptes: des Peter Ochs.

## 5. Peter Ochs: Generalidee der „Umschaffung".

Die Landschaft Basel ist dem Oberstzunftmeister Ochs wie keinem zweiten Staatsmann zu Dank verpflichtet. Von ihm ist das Ziel gesetzt worden: Befreiung der Landschaft von ihrer Untertänigkeit; er hat den Patrioten den Weg gewiesen, und er hat den Mut gehabt, jahrelang gegen eine Mauer von Vorurteilen anzukämpfen, bis endlich Bresche gelegt war.

Die Landschaft erweist den Männern, die in der Bauernerhebung Leib und Leben preisgegeben haben, Erinnerung und Ehre. Sie darf darüber diejenigen nicht vergessen, die im selben Geiste der Gerechtigkeit sich 1798 für die Freiheit der Bauern eingesetzt haben. Als Ochs den Widerstand gegen die Regierung organisierte, da wußte er ganz genau, daß sich der Mann mit dem roten Mantel hinter ihm aufrichtete. Er war in Vergangenheit und Gegenwart wohl bewandert. Als Historiker merkte er sich die Namen derer, die 1653 mit Strang und Schwert waren gerichtet worden: die Liestaler Stutz und Schuler, des Schultheißen Sohn Hans Gysin, und die Mannen von Diegten, Langenbruck und Läufelfingen, ihnen voran der Weber Uli Schad von Oberdorf, der hinter seinem Webstuhl sich zuviel Gedanken gemacht und dann diese Gedanken nicht hatte für sich behalten können, so daß er der Wortführer der Rebellen ward und darum auch mit dem Strange gestraft wurde. Ochs kannte aus Akten und Verhörprotokollen auch den Verlauf jener turbulenten demokratischen Bewegung in der Stadt, die man das Einundneunziger Wesen nennt. Immer zeigte die Stadt den Rebellen den Meister. Sie bezwang die Untertanen mit Hilfe der Eidgenossen, und die eigenen Bürger mit Hilfe der Untertanen. Ochs wußte, wie den demokratischen Führern 1691 der Prozeß gemacht ward; er wußte, wie durch die Folter Geständnisse erpreßt, und wie nach oberflächlicher Beratung des Großen Rates drei Hauptschuldige auf offenem Markte enthauptet wurden. Dies Ereignis lag um hundert Jahre zurück, und da ist die Erinnerung noch frisch, als sich Ochs die Umschaffung zum Ziel setzte.

Es ist darum auch durchaus glaubhaft, was Ochs aufgezeichnet hat: Der französische Agent stieß in Gegenwart des Oberstzunftmeisters heftige Drohungen aus gegen die Aristokraten, wurde geheimnisvoll mit Andeutungen und rückte endlich mit der Sprache heraus, ein Aufstand sei notwendig. Darüber erschrak Ochs. Er schilderte, wie die Herzhaftesten und Besten geopfert würden. Er selber müßte sie verurteilen helfen. Hingegen könne er im Großen Rat die Abänderung des Grundgesetzes verlangen. Dazu sei er bereit. „Nur keine Bewegung, von welcher Art sie auch sein möge." Mengaud lächelte, murmelte dann zwischen den Zähnen: „On se passera de vous." Man werde über Ochs hinwegschreiten, so sagte Mengaud auch zum Dreikönigwirt Iselin.

Wenige Wochen später stellte Bonaparte in Paris ein ähnliches Ansinnen an Ochs. Wieder lehnte der Oberstzunftmeister ab. Mit denselben Bedenken. Denn er wußte, daß die Patrioten der allmächtigen Regierung preisgegeben wären. Er sprach von der Wachsamkeit der Polizei, der Landvögte und der Geheimen Räte, sprach vom Zusammenstehen der Regierungen gegen eine Bewegung der Untertanen, von der Folter und der unerbittlichen Strafjustiz. Worauf Reubell erwiderte: „So wird man den Henker töten müssen." Auch diesmal wieder versprach Ochs, den Weg der legalen Verfassungsänderung gehen zu wollen. Davon wird noch zu sprechen sein.

Der Oberstzunftmeister war also keinen Augenblick im unklaren über die Erhebung des Volkes und über das voraussichtliche Schicksal der Führer. Die Versuchung, durch eine Volkserhebung die Rechtsgleichheit zu erzwingen, trat nicht nur durch Mengaud und Bonaparte an ihn heran, sondern auch durch schweizerische Anhänger der Freiheitsideen, aber Ochs lehnte ab. Der Plan wurde verworfen. Der „gesetzmäßige" Weg der Verfassungsänderung war noch gefährlich genug.

Ein katastrophaler Ausgang blieb zwar den Patrioten erspart. Aber für die Einschätzung ihres Mutes ist nicht Glück oder Unglück im Endresultat maßgebend, sondern der Grad ihrer Bereitschaft. Zudem erlitten sie Opfer, die schmerzlich genug waren. Sie wurden verfolgt, gehaßt, in ihrer Ehre gekränkt.

Was sie aus vornehmer Denkungsart und politischer Abschätzung der Weltlage für das Schicksal der Untertanen, und was sie mit der Absicht einer großzügigen eidgenössischen Bundesreform unternahmen, das wurde als Ausfluß kleinlichen Ehrgeizes mißdeutet. Darüber vergaßen sogar diejenigen, für die sich Ochs mit einzigartigem Wagemut seit dem Ausbruch der französischen Revolution eingesetzt hatte, daß dieser Mann nicht wie die Bauern von 1653 dem Stande der Untertanen und Entrechteten angehörte, sondern daß er alles das zu eigen besaß, was andern als die Erfüllung der höchsten Lebenswünsche erscheinen mußte.

Gerade das, was den Ehrgeiz Ungezählter in Bewegung setzt, Reichtum, Macht und Ansehen, das hatte Ochs in einem Umfang, wie es Sterblichen selten zuteil wird. Der Holsteinerhof mit seinen weiten Gärten und Gebäuden entsprach dem vornehmen Lebensstil seines Besitzers. Hier entfaltete das Leben seinen besonderen Reiz, nicht zuletzt in der Pflege der Künste und Wissenschaften. Gastlich öffneten sich die Pforten, und was an Berühmtheiten nach Basel kam, hielt fast ausnahmslos hier Einkehr. Hier herrschte eine Weltweite, wie sie eigentlich Voraussetzung war, wenn man nicht in der städtischen Tradition ersticken wollte. Die Ehrenämter der Republik standen ihm offen. Seine Fähigkeiten fanden Anerkennung. Er wurde mit der Zeit unentbehrlich, wenn es sich darum handelte, verwickelte Staatsverhältnisse zu durchleuchten und die Republik nach außen zu vertreten.

Die Revolution war nach seiner Meinung die Geburtsstunde einer neuen Menschheit. Die Forderung der repräsentativen Demokratie wurde das A und O seiner Bestrebungen. Im Glauben an die Vervollkommnung des Menschengeschlechtes machte er es sich zur Pflicht, dem Untertan zu seinem Rechte und zur Entfaltung seiner Kräfte zu verhelfen.

Darin liegt das Positive seines Denkens und Handelns. Er übernahm den Grundsatz der moralischen Veredlung des Menschengeschlechtes. Im Namen der Religion und des gesunden Menschenverstandes forderte er die Gleichstellung aller Bürger das Staates. Die Gleichheit von Stadt und Land. Im Namen der Gleichheit die Beseitigung der Privilegien. Die „gottgewollte" Obrigkeit mußte der vom Volk gewählten Obrigkeit Platz machen.

Er selber hatte dabei nichts zu gewinnen, sondern nur zuzusetzen. Denn 1797 wurde er Oberstzunftmeister, und das Bürgermeisteramt, die höchste Würde in der Republik Basel, konnte ihm nicht entgehen. Wenn er eine Umschaffung einleitete, dann gab er das, was ihm sicher war, aus der Hand, und sogar dann, wenn er an die Spitze des regenerierten Staatswesens gelangte, besaß er nicht die Machtfülle, die ihm in der aristokratisch verwalteten Republik sicher war.

Rückblickend notierte sich Ochs auf einem Blatt, das wohl für eine eigenhändige Biographie bestimmt war, die entscheidenden Gesichtspunkte: der Gewinn, den die Majorität des Volkes ($^{19}/_{20}$) davontrugen, war so erheblich, daß die persönliche Einbuße nicht in Frage kam. „Ich gab Ehre und Macht einer obersten lebenslänglichen Würde preis, dazu die Einkünfte und Annehmlichkeiten, die damit verbunden waren, ferner die Vorteile, die meine Kinder daraus ziehen konnten. Aber so viele Menschen traten wieder in den Genuß der Rechte, die ihnen durch die Natur zukamen. Unmöglich zu zaudern, da Gott selber der Urgrund und Schöpfer der Natur ist".

Das Ergebnis war für ihn schlimmer, als vorauszusehen war, getäuscht auf der einen, gereizt auf der andern Seite, geriet er in die Intrigen und Wirrnisse der Politik, beantwortete Druck mit Gegendruck, zog sich Feindschaft zu, litt Schaden an seinem Charakter und verlor bei dem ganzen Handel Vermögen und Ansehen. Zu den schmerzlichsten Enttäuschungen gehörte die Entdeckung, daß die große Masse der befreiten Untertanen die wirtschaftlichen Vorteile höher einstellte als den Gewinn der Rechtsgleichheit. Viele dachten sich einen Zustand der Steuerlosigkeit und die Besitzergreifung von Grund und Boden. Ähnlich wie Ochs erging es auch den Liestaler Führern. Nur zu viele Bauern glichen aufs Haar jenem Sime Sämeli, von dem der wunderbare Kenner der Volksseele, Jeremias Gotthelf, in der politischen Geschichte vom Herrn Esau sagt, daß er über alte und neue, über aristokratische und demokratische Regierungen schimpfte. „Es gab eine Zeit, wo er sogenannt liberal war, das heißt, als das Salz herabgesetzt wurde und die Straßen von der Regierung übernommen; als er meinte, mit dem nassen Finger Zehnten und Bodenzinse durchstreichen zu können, durch vermehrte Wirtschaften das Maß Wein um drei Kreuzer zu kriegen, aus seinen Kapitalien aber fünf und sieben Prozente zu ziehen. Sobald er aber sah, daß es nicht ging, wie er meinte, Zehnten und Bodenzinse einstweilen noch blieben, der Wein nicht wohlfeiler wurde, ja das Bettlergeld sich mehrte und Ansprüche für die Schule kamen, da waren Salz und Straßen vergessen, und unser Sime Sämele schimpfte wie vor altem über die Regierung ohne Hehl."

Die Berner Patrizier oder die Basler Altgesinnten, die politischen Widersacher hatten allen Grund, Ochs zu befehden. Der Landschaft Basel hat er nichts als Gutes erwiesen. Man kommt bei aller Skepsis zu dem Geständnis unseres klassischen Geschichtsforschers Johannes Dierauer über Ochs: „An der Reinheit seiner Absichten für die Forderung des Wohles seiner Mitmenschen durfte man nicht zweifeln."

Das eine Ziel, das er mit der Staatsumwälzung verfolgte, war die Aufhebung der Untertänigkeit und damit der Gewinn an gleichberechtigten und am Wohl des Staates gleich interessierten Bürgern. Das andere Ziel: die Zusammenfassung der einander widerstrebenden Orte zu einer straff organisierten und dadurch widerstandsfähigen Eidgenossenschaft, die infolge dieser Regeneration fähig wäre, mit eigener Kraft ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen.

Die Regeneration der gesamten Eidgenossenschaft glückte nicht. Aber die Befreiung der Landschaft Basel und damit die Befreiung der Untertanen im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft.

Dabei unterschätzte er wohl die Schwierigkeiten für den Ausgleich zwischen kantonalen und Bundesansprüchen. Noch ein halbes Jahrhundert wurde nötig, um die Kantone zu einer lebenskräftigen Gesamtorganisation zusammenzufassen.

Ochs steht am Anfang einer neuen Epoche. Vergleicht man sein Vorgehen mit dem Verhalten der Bauern oder der Regenten, dann wird einem die Klarheit und Weite seines Gedankens deutlich. Wenn die Liestaler die von ihnen begehrten Erleichterungen erhielten, dann war das keine Regeneration, und wenn die städtische Regierung einige Abgaben strich, dann blieb die Ungleichheit bestehen. Auf dem Lande fehlte es an Ziel und Richtung. Ochs hingegen hatte ein Programm. Von ihm ging die Generalidee aus, die wegleitend wurde für die Patrioten zu Stadt und Land. Er entriß dem französischen Agenten, der nur Anarchie und Eroberung im Sinne hatte, die Leitung. Er zwang die städtische Regierung, sich dieser Generalidee zu unterwerfen. Die kleinlichen Begehren, die nur wenigen zugute kamen, verstummten. Die Ausflüchte und Ränke wurden kraftlos. Das Markten verfing nicht mehr. Aber auch die zusammenhanglosen Rebelliönchen im Geiste der Arisdorfer waren zwecklos. Ochs ließ sie nur so weit gelten, als sie ein Zeichen waren für das Erwachen. Aber in das Generalprogramm fügten sie sich nicht. Dieses war und blieb: Gleichstellung von Stadt und Land, und Umbildung der Eidgenossenschaft zum festgefügten Staatswesen eines souveränen Volkes.

Sein erstes und letztes Wort war die Einrichtung einer repräsentativen Demokratie. Nicht einer Bauernherrschaft über die Stadt. Nicht einer reinen Demokratie mit unsern weitgehenden Rechten. Nicht einer Herrschaft der Ungebildeten über die Gebildeten. Er war sich bewußt, daß eine Revolution der Masse zur Anarchie führen würde. Die Volksbildung war nach seiner Meinung die notwendige Ergänzung der Volkssouveränität. Den aufgeklärten Männern fiel in Basel und in der übrigen Eidgenossenschaft die Aufgabe zu, von der Mirabeau beim Ausbruch der französischen Revolution schrieb: „Sie werden die ersten sein, zu merken, daß man dem Stoß helfen muß, damit er weniger heftig sei, und daß jeder Widerstand so unnütz wie verhängnisvoll wäre." Mirabeau rechnete, daß fünfzehn Jahre nötig seien, „weil nichts wahrhaft Wurzeln schlagen wird ohne ein gutes System des öffentlichen Unterrichts, und gewiß erfordert es wenigstens fünfzehn Jahre, um neue Menschen zu pflanzen."

Die Patrioten stimmten darin überein, daß rasches Handeln notwendig sei. Sie mußten es aber erleben, daß die Privilegierten sich gegen jedes Opfer zur Wehr setzten. Da zeichnete Ochs den Weg vor: Wohlmeinende Magistratspersonen und Bürger veranlassen die Untertanen zur Eingabe von Petitionen, unterstützen sie im Ratssaal, und die Umschaffung wird freiwillig durch die Regierungen durchgeführt. Das war „Revolution von oben". Die Patrioten sollten dabei die Gewißheit haben, daß durch ein Wort des französischen Direktoriums die Regierungen

in Schach gehalten würden. Die Unverletzlichkeit des Vaterlandes freilich sollte unantastbar bleiben. Also keine stürmische Volksbewegung, keine Anarchie, keine Eroberung.

Es ist nachträglich nicht schwer, die begangenen Fehler nachzuweisen; viel schwerer ist es, die vernünftigen Gründe, durch die sich die Führer leiten ließen, gelten zu lassen. Das Programm hatte ausschlaggebende politische Gründe für sich. Daß die Durchführung nicht etwa von Anfang an aussichtslos war, das beweist die Basler Revolution. Sie verlief, in der Hauptsache wenigstens, programmgemäß, vorbildlich.

Sehr einleuchtend bemerkt ein Zeitgenosse, es sei keine Kunst, die Uhr auseinanderzulegen, aber sie wieder zusammenzusetzen. Aber das ist doch nur eine halbe Wahrheit. Es war wahrhaftig eine Revolution notwendig, um die Basler Uhr in Übereinstimmung zu bringen mit den Uhren der übrigen Welt. Und das ist kein Bild, sondern Tatsache. Was dem Mathematiker Bernoulli nicht gelungen war, das brachte erst die Umschaffung am Tag der Freiheit fertig: die Stadtuhren mußten gleich den Uhren auf der Landschaft gerichtet werden.

Die Umschaffung sollte nicht nur von oben ausgehen und die Anarchie, also die Zerstörung des Uhrwerkes, vermeiden, sondern sie sollte, wie Ochs seinem Schwager Peter Vischer schrieb, sich ohne Convulsion vollenden. Ohne „Kräbel", sans égratignure, wie er sich gegenüber Laharpe äusserte. Keine stürmische Volksbewegung von unten, sondern eine Verfassungsänderung durch den Großen Rat. Dem Bürgermeister Burckhardt gab er das Versprechen, er werde alles anwenden, daß die Basler Umschaffung so ruhig verlaufe wie der jährliche Wechsel im Regierungsvorsitz.

Wenn die Basler Revolution der Anfang der gesamtschweizerischen Regeneration sein wollte, dann mußte sie sich in ihrem Verlauf musterhaft gestalten. Also keine Gewalttätigkeit, keine Expropriation, kein Mißbrauch an Personen und Eigentum, keine Vergewaltigung durch Frankreich. Die Gegner sollten geschont werden. Diese Richtlinien beherrschen ihren Verlauf.

Daß seine Generalidee die Basler Revolution geleitet und zum Erfolg geführt hat, das blieb Ochs auch in den Tagen schwerster Anfechtung ein tröstlicher Gedanke.

## 6. Ochs und Vischer: Vorstoß zur Gleichstellung der Untertanen.

Am Anfang der französischen Revolution steht der Sturm auf die Bastille. Mit der Macht eines Symbols. Die Basler Revolution kennt nichts Ähnliches. Die Phantasie freilich verbindet gerne den Anblick der zerstörten Landvogteischlösser

mit der Vorstellung eines unmittelbaren, über das ganze Land organisierten Bauernaufstandes, durch den die Burgen erstürmt werden. Die Flammen lodern wie ein Signal; in ihrem Lichtschein wogt ein Volk in Waffen gegen die Stadt, und die Bauernführer ertrotzen die Freiheit. Aber mit der Wirklichkeit stimmt diese Vorstellung nicht überein. Der Burgenbruch steht nicht am Anfang der Basler Revolutionsgeschichte. Nur die Zerstörung Waldenburgs ist ein wirkungsvoller Theatereffekt. Die übrigen Schlösser werden geräumt, nachdem der Höhepunkt überschritten ist. Ihren Anfang nahm die Revolution in der Ratsstube, nicht auf der Straße. Und nicht die Untertanen unternahmen das Wagnis, sondern bevorrechtete Bürger, Männer, die der obern Gesellschaftsschicht angehörten, und die sich von ihrem Gewissen, nicht aber von persönlichen Interessen leiten ließen. Darin liegt nicht zuletzt das Große der Basler Revolution: Hier waren geistige Führer am Werke, die, von ethischen Verpflichtungen durchdrungen, für die Entrechteten in den Riß traten. Sie geizten nicht nach Amt und Ehren, sondern sie waren vielmehr bereit, auf Amt und Ehren, die sie besaßen, zu verzichten. Man mag es einen Irrtum nennen, daß sie den Lauf der Welt verkannten. Der Skeptiker wird ihnen sagen, daß die Politik nicht durch Ideen, sondern durch Blut und Eisen entschieden wird, eine Behauptung, die die fortwirkende Kraft des Gedankens unterschätzt, weil wir mit der nichtigen Zeitspanne menschlichen Lebens zu rechnen gewohnt sind. Aber diese Basler vom Schlage eines Vischer, Legrand, Huber, Schmid, vertraten eine große, man müßte sagen: eine im Sinne Kants sittliche Idee. Daß sie die große Zahl der Volksgenossen erst für sich gewinnen, sie überzeugen und mitreißen mußten, daß sie den Widerstand der ängstlichen oder vom greifbaren Vorteil beherrschten Altgesinnten nur schwer brechen konnten, das hat nichts Überraschendes. Sondern erstaunlich ist die Tatsache, daß die rechnerisch nüchterne Art nicht nur durch Zwang, sondern durch die Größe des Gedankens überwunden wurde. Dem Basler geht das Pathos ab. Auch der Verstand soll beteiligt sein, wenn es sich um Entschlüsse handelt. Der Geist der Kritik läßt eine spontane Bewunderung selten zu. Um so höher sind die zähen Anstrengungen und der Erfolg der Patrioten einzuschätzen. Aus der Wirkung, die von den Patriotenführern auf die städtischen Volksgenossen ausgegangen ist, können wir schließen auf den persönlichen Wert der Führer.

Auch sie wurden später von der Revolution verschlungen, „wie Saturn seine Kinder verzehrt", um ein Wort Dantons zu gebrauchen. Aber in der Vorbereitung und in der Krisis der Basler Revolution bewährte sich ihre Führerschaft. Sie brachten es fertig, daß die Umschaffung „von oben" herab gelang und nicht in Anarchie ausartete. Ihr Wort war ausschlaggebend auch auf der Landschaft. Dort wurde es

aufgenommen als das ehrliche Wort der Verständigung. Die Erregung des Landvolkes durfte wohl ins Sieden kommen; aber sie durfte nicht überkochen. Der Bürgerkrieg wurde ausgeschaltet, weil die Bauern und Bauernführer der Aufrichtigkeit und geistigen Überlegenheit der städtischen Patrioten vertrauen konnten.

Man hat nach den Dreißigerwirren oft darüber gestritten, wer die Schuld am üblen Ausgang trage. Die Umschaffung von 1798, welche die Bürger und die Untertanen vor eine Aufgabe von ganz anderm Ausmaß stellte, konnte die Gefahr der Anarchie und Auflösung überstehen, weil die Bewegung von Männern geleitet wurde, die durch überragende Persönlichkeit die Leidenschaften im Zaume hielten und auf das eine Ziel, auf den Ausgleich hinarbeiteten. Das gilt nicht nur von der Zusammenarbeit städtischer und landschäftler Führer, sondern auch von den Verhältnissen in der Bürgerschaft. Auch 1798 bestanden kleinliche Interessen, oben und unten. Aber die Oberschicht, die in einem Staatswesen infolge ihrer ökonomischen Vorteile und kraft ihrer Bildungsmöglichkeiten in erster Linie für die geistige Beschaffenheit eines Volkes verantwortlich ist, – die Oberschicht von 1798 bestand nicht nur aus hartnäckigen Vertretern der überlieferten Ordnung, sondern sie stellte auch weitsichtige Führer der Bewegung, die sich durch Kopf und Herz auszeichneten und fähig waren, Handwerker und Fabrikanten, Gelehrte und Ungelehrte für einen großen Gedanken zu gewinnen.

Diese Führer haben die Umschaffung nach dem Ochsischen Programm als eine Verfassungsänderung zustande gebracht. Ihnen dankt es Basel, daß die Feuer, die aus dem Schlosse Waldenburg flammten, Freudenfeuer und nicht Kriegssignal wurden.

Der „entscheidende Tag" war der 8. Dezember 1797. Am 7. Dezember war Bonaparte in Paris eingetroffen, Ochs zwei Tage vorher. Am 8. Dezember waren beide bei dem Direktor Reubell zu Gast. Schon bei Tisch ergingen sich Reubell und Bonaparte in bittern Worten über die bernischen und solothurnischen Aristokraten. Als die Tafel aufgehoben war, setzten sie abseits von der übrigen Gesellschaft ihr Gespräch fort. Bonaparte und Reubell waren darin einig, daß zur Herstellung erträglicher Beziehungen die oligarchischen Regierungen in der Schweiz durch die repräsentative Demokratie müßten ersetzt werden. Laharpe hatte seit langem die Einmischung des Direktoriums angerufen, damit sich das Waadtland von der Herrschaft der Berner befreien könne. Reubell widersetzte sich einer Intervention. Bonaparte wünschte sie. Seine Eroberungsabsichten aber hielt er geheim. Die Übereinstimmung von General und Direktor erstreckte sich lediglich auf die Demokratisierung der Schweiz. Bonaparte stellte die Frage: Könnten die Patrioten in der Schweiz eine Revolution – also einen Volksaufstand – unternehmen, wenn

die Franzosen in zweiter Linie ständen. Ochs verneinte die Frage. Ein Volksaufstand, der zur Anarchie und zur militärischen Intervention führen mußte, lag nicht in seiner Denkungsart. Bonaparte beharrte darauf, die Revolution müsse doch geschehen, und zwar bald. Daraufhin erklärte der Oberstzunftmeister, daß sie nicht durch das Volk, sondern von „oben herab", das heißt auf legalem Wege durch die Regierung geschehen müsse. Der Große Rat von Basel besitze das Recht, das Fundamentalgesetz zu ändern. Er werde einen Versuch wagen und am nächsten großen Ratstag einen Anzug einbringen lassen. Bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Bonaparte setzte sich ein für die Petition Laharpes zu Gunsten der Waadtländer. Ebenso für die Revolutionierung der ennetbirgischen Vogteien (Tessin).

An allen drei Ansatzstellen handelte es sich um die Befreiung der Untertanen. Aber nur im Ochsischen Programm zur Erteilung der Rechtsgleichheit an die Basler Untertanen wurde unzweideutig der Weg beschritten, den er für den richtigen hielt: Umschaffung „von oben" herab, durch Verfassungsänderung im Großen Rat. Für das Waadtland so wenig als für die ennetbirgischen Vogteien kam diese Methode in Betracht. Dort vollzog sich die Befreiung als Rebellion, als eine Insurrektion des Volkes gegen die bisherigen Herren. Frankreich übernahm das Protektorat.

Ochs übereilte sich nicht. Vielleicht glaubte er, rechtzeitig zur Großen Ratsversammlung wieder zurück zu sein. Seine Gegenwart war dann eine wirksame Rückendeckung der Antragsteller.

Am Tage nach der Unterredung mit Bonaparte und Reubell deutete Ochs dem Bürgermeister Burckhardt an, daß Verfassungsänderungen unumgänglich seien. Ein paar Tage später schrieb er ihm, diejenigen Kantone seien glücklich, die diese Veränderungen selbst durchführten. Mit einer Beharrlichkeit ohnegleichen und mit der Sicherheit des Wissenden wiederholte er von nun an, Brief für Brief, diese Behauptung, daß die Umschaffung eine Schicksalsfrage sei. Er stand mit Bürgermeister Burckhardt in dauernder Verbindung.

Als der Geheime Rat ihn bestimmen wollte, die Verfassungsänderung abzuwenden, wurde Ochs drohend und ernst: wer es gut meine mit dem Vaterland, der befördere die Umschaffung. Mit den diplomatischen Kunststücken der Regierungen vertraut, gab er dem Rat einen Wink, auf Ausflüchte zu verzichten. Auch von regierungstreuen Kundgebungen des Landvolkes, die künstlich erzeugt werden, riet er ab.

Nachdem Ochs am 12. Dezember dem Bürgermeister die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung angedeutet hatte, schrieb er am 13. Dezember an seinen Schwager Peter Vischer: „Große Veränderungen stehen bevor; die Schweiz wird dadurch glücklich und ihre politische Existenz bewahren; es hängt von den Regenten

ab, dafür zu sorgen, daß das Unvermeidliche ohne Konvulsionen sich vollziehe." Ochs lädt Vischer ein, voranzugehen. Er spreche nicht von der Ehre, die damit verbunden sei, sondern er wende sich an sein Gewissen. Am 8. Januar solle er im Großen Rat die Motion stellen: „Ob nicht die Lage der Dinge und die echten Grundsätze einer Republik es erfordern, daß der politische Unterschied zwischen Untertanen und regierenden Bürgern aufgehoben werde." Einfacher ausgedrückt: die Spannung zwischen dem demokratischen Frankreich und den aristokratischen Kantonen, ferner die Gerechtigkeit verlangen die Gleichstellung der Untertanen.

Wenn jetzt Vischer auf das Ansinnen einging, dann bedeutete dies für Ochs und seine Freunde den Übergang von der Theorie zur Praxis. Wer die Kraftprobe bestehen werde, das war nicht vorauszubestimmen. Je nachdem war Ochs ein abgetaner Mann.

Zwischen dem 13. Dezember und dem 8. Januar lagen beinahe ~~sechs~~ vier Wochen. Zeit genug, um den Vorstoß vorzubereiten, Ochs konnte den Bürgermeister brieflich bearbeiten, Vischer mit seinen Freunden die Rollen verteilen. Eine derartige Taktik aber unterblieb. Die Ereignisse überholten die Pionierarbeit. Ochs hatte sich geirrt: die nächste Großratssitzung war schon auf den 18. Dezember angesetzt. Vischer, in seiner Gewissenhaftigkeit, glaubte nicht zögern zu dürfen. Er hatte kaum die Aufforderung seines Schwagers in der Hand, so handelte er. Das Wagnis kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Ratsherr Peter Vischer gehörte zu den Weitsichtigen. Er gab sich mit der Erwägung des Pfarrers zu St. Peter, daß alles nach dem Ratschluß der Herrn geschehen werde, nicht zufrieden. Er erkannte, daß sich Frankreich mit demokratisch regierten Staaten umgeben und daß es die Intrigen der oligarchischen Regierungen nicht straflos hinnehmen werde. Man mußte dem Direktorium den Wind aus den Segeln nehmen. Keim zur Unruhe, meinte er, sei überall vorhanden. Nur durch Opferbereitschaft und durch eine neue Staatsverfassung, so schrieb er dem Zürcher Hirzel, könne die Souveränität, die jetzt erst recht durch die Kombinationen der Nachbarmächte gefährdet sei, wieder „auf einen respektablen Fuß" gesetzt werden. Noch ist es Zeit, das Vaterland zu retten, „wenn wir einig werden, und alsdann wollen wir vor Gott schwören, Schweizerbrüder zu sein und zu bleiben bis in den Tod".

Als Angehöriger des vornehmen und bevorrechteten Basel ist er, der Bandfabrikant, zugleich ein Vertreter jener Revolutionsfreunde, die im Materiellen nicht aufgingen, sondern noch höhere, menschlich wertvolle Interessen pflegten. Auffällig, wie er zweierlei in sich vereinigt: er ist fortschrittlich, sozusagen modern einge-

stellt, infolge seiner praktisch-christlichen Gesinnung. Er hat es aber gleichzeitig schwer, Vorurteile, die mit Stand und Herkommen zusammenhängen, zu überwinden. Er hat ein feines Gefühl für das, was vor seinem Gewissen gerecht ist, und er erscheint – man darf hier das Wort gebrauchen – als ein reiner Charakter. Die Umschaffung war für ihn ein Müssen. Sie führte ihn in schmerzliche Konflikte, auch innerhalb der Familie. Er war nicht ein eigentlicher politischer Kopf. Darum war es möglich, daß sich andere vordrängen konnten. Aber am 18. Dezember steht er ganz allein im Vordergrund. Er ist der Mittelpunkt aller Angriffe durch die Altgesinnten. Aber er gewinnt dadurch auch das unbeschränkte Vertrauen der Landleute. Er war bei aller Bescheidenheit mehr als nur Statthalter seines Schwagers in Paris, wenn er sich auch gerne auf dessen Einsichten berief. Was ihm selber an ruhiger Sicherheit und gleichbleibender Entschlossenheit abging, das wurde durch die Eigenschaften seines Charakters wett gemacht.

Die Bänke des Großratssaales waren am 18. Dezember dicht besetzt. Die Stimmung war gereizt. Denn die Franzosen hatten soeben „als Rechtsnachfolger" des Bischofs von Basel das Bistum besetzt. Ihre Truppen hatten in den benachbarten Gemeinden des Birseck, in Arlesheim und Reinach und im Leimental Quartier bezogen.

Vischer brachte die Motion vor, Wort für Wort, wie sie ihm sein Schwager formuliert hatte. Jede Abänderung der Motion verbat er sich im voraus. Er kannte das beliebte Mittel, durch Einschränkungen einen Antrag unschädlich zu machen. Obschon er seine Mitbürger beschwor, nicht voreilig zu urteilen, sondern die Motion zu späterer Behandlung entgegenzunehmen, entfesselte er einen Sturm, in dem er „viel garstiges Zeug" hören mußte. Oberstzunftmeister Merian suchte schon mit seinem ersten Votum, „den Anzug zu vergiften". Er spekulierte auf die Zunftinteressen und mühte sich insbesondere, die Handwerker gegen Vischer aufzureizen. Man müsse nichts abändern, votierte er, sondern das Extremum abwarten. Die Motion sei überhaupt verfassungswidrig. Vischer wehrte sich: es sei das verfassungsmäßige Recht der Groß- und Kleinräte, das Standesgesetz zu erneuern. Er unternehme den Schritt aus purer Vaterlandsliebe, um auswärtige Einmischung oder Gärung im Innern zu verhüten. Mit gemeinen Schmähungen wurde er überhäuft. Er wurde als Unruhstifter und Rebellenführer bezeichnet. Legrand und Schultheiß Schnell unterstützten ihn. Aber die Mehrheit war nicht gewillt, großzügig auf die Untertänigkeit der Landschaft zu verzichten. Vier Stunden hielt Vischer aus, bis ihm die Nerven ganz einfach versagten. Der Anzug wurde durch großes Mehr verworfen und nicht einmal zu weiterer Behandlung, wie es die Ordnung verlangt hätte, in das Register eingetragen.

Man versteht, wie derselbe Mann, der den Mut zur Motion besessen hatte, jetzt von dem Gefühl überwältigt wurde, daß ihm Unrecht geschehen sei. Mit Tränen schmerzlicher Erregung verließ er die Großratssitzung, mit dem Vorsatz, nie wieder seinen Fuß dorthin zu setzen. Damit hätten allerdings die Gegner ihren Zweck erreicht, und die Zahl derartiger Exekutionen durch die Majorität, wie sie bis auf den Tag sich in Parteiversammlungen und Parlamenten ausleben, wäre bereichert worden.

Der Vielgeschmähte, der mutig in seinem eigenen Namen gehandelt hatte, gab in den an Ochs gerichteten Zeilen dem Schmerze Ausdruck über den Schimpf, der ihn in tiefster Seele verwundete. Ochs ließ den Schwager nicht im Stich. Zur „mehreren Sicherheit seines Schwagers, der in den edelsten Absichten sich bloßgestellt hatte", unternahm der Oberstzunftmeister bei der französischen Regierung „die erforderlichen Schritte". Dann schrieb er an Bürgermeister Burckhardt einen Brief, der nicht nur für diesen bestimmt war. Er nannte es einen Verfassungsbruch, daß die Motion nicht einmal in die Register sei eingetragen worden. Der Große Rat habe das Recht zur Verfassungsänderung. Boshafterweise erinnerte Ochs daran, wie dieser selbe Große Rat wiederholt Verfassungsänderungen vorgenommen habe, nämlich zu Ungunsten der Untertanen. Ein ganzes Register von derartigen Verfassungsänderungen stellte er zusammen. Die Motion sei von ihm, Ochs, ausgegangen. Er habe sie dem Schwager angeraten. Er habe nur dessen Zustimmung abgewartet, um dann rechtzeitig dem Bürgermeister und den Freunden von der Absicht Kenntnis zu geben. Er sei von dem Termin überrascht worden. Im Luxembourg habe man Freude darüber bezeugt, daß Vischer auf die Befreiung der Untertanen angetragen habe. Aber das Benehmen des Rates lasse ihn nichts Gutes voraussehen. Man habe Vischer in seiner Ehre gekränkt. Kurz, Ochs bekannte sich mit aller Deutlichkeit zu der Motion und gab auch zu verstehen, daß man im französischen Direktorium dem Verlauf nicht gleichgültig gegenüberstehe. Auch dem Ratsherrn Vischer schrieb Ochs, und zwar ebenfalls für einen größeren Leserkreis. Er habe nicht nur verfassungsmäßig, sondern uneigennützig und vaterländisch gehandelt. Er solle ruhig erklären, daß Ochs ihm den Anzug angeraten habe und deshalb alle gegen Vischer gerichteten Beschimpfungen auf sich nehme. „Ihre Sache ist ganz meine Sache." Das Schreiben war von geradezu protokollarischer Sachlichkeit.

Die entrüsteten Standesgenossen Vischers setzten ihren Feldzug in Pamphleten fort. Das ist für einen rechtlichen Bürger immer empfindlich. Dafür konnte ihn die unbeholfen verfaßte Sympathiebezeugung aus dem Kreise der Handwerker trösten.

Das Gewitter reinigte die Atmosphäre. Die Kampfansage war erfolgt. Ihr entsprach die Abwehrstellung. Die beiden extremen Parteien zeichnen sich deutlich ab. Zwischen ihnen die Gruppe der Vorsichtigen, die sich das Protokoll für alle Fälle offen behielten. Es war mit dem Sieg über Vischer, wenn man die ganze Wirkung erfaßte, nicht weit her. Denn jetzt beginnt die Agitation auf der Landschaft, und das Patriotenkämmerlein in der Stadt nimmt neue Mitglieder auf. Es sind gute Namen, die sich eintragen lassen. Man spürt, wie die neutrale Ruhe jetzt durch Bewegung abgelöst wird. Die Motion wirkte wie ein Frühlingsregen. Auf einmal ist die Starre des Bodens gelöst; alles drängt ans Licht.

Die scheinbare Niederlage Vischers zeitigte ihre Erfolge. Es läßt sich ohne Mühe denken, wie, laut und im stillen, nur von diesem Tumult in der Ratsversammlung gesprochen wurde. Man wußte jetzt, um was es in erster Linie ging: um die Gleichstellung der Untertanen. Der Rat getraute sich nicht, sich seines Erfolges über Vischer zu rühmen. Wenn die Bürgerschaft, und wenn die Landleute von dem Vorstoß Vischers vernahmen, dann wuchs die Unruhe. Also wurde „Heling" geboten. Niemand durfte ausplaudern, was sich zugetragen. Wie auf beiden Seiten diese Verschwiegenheit nicht beachtet wurde, das erhellt aus den anonymen Zetteln und Zuschriften an Vischers Haustür und aus dem gegen ihn gerichteten „Libell" auf offenem Markt. Der Große Rat setzte sich aus rund 280 Mitgliedern zusammen. Wenn nur die Hälfte der Anwesenden unter dem Siegel der Verschwiegenheit den Zusammenstoß im Rat den nächsten Vertrauten schilderte – und wer konnte das unerhörte Erlebnis mit sich allein herumtragen? – dann mußte in kürzester Frist die Kunde von Vischers Motion wie ein Lauffeuer durch die Stadt gehen. Auch Vischer ließ sich durch dies veraltete Mittel nicht mundtot machen.

Seine Motion enthielt die Formel, die von jetzt an als Programm der Patrioten zu Stadt und Land Geltung hatte und in die unklaren und zersplitterten Forderungen Klarheit brachte. Die mißtrauisch zurückhaltenden Bauern auf der Landschaft wußten jetzt, daß sie Freunde in der Stadt „und einen Anwalt in Paris" hatten, und zwar Freunde, die es auf ein Wagnis ankommen liessen. Der Auftritt vom 18. Dezember wurde zur zügigsten Propaganda.

Der 18. Dezember ist der eigentliche Beginn der Basler Revolution. Sie vollzog sich in einem unglaublich raschen Tempo, nämlich im Zeitraum von fünf Wochen. Ein kurzer Zeitraum für eine Umschaffung, die das Gewalttätige nach Möglichkeit vermied.

Es begann jetzt der zähe Kampf in der Stadt zwischen den Altgesinnten und den Patrioten. Jeder Vorstoß der Freiheitsfreunde wurde von den Altgesinnten nach bestem Können aufgefangen und unschädlich gemacht. Dafür erweiterte sich

der Kreis der Patrioten zusehends. Sie nützten die Zeit. Sie brauchten sie zur Verbindung mit den Bauern.

Die Obrigkeit war im Nachteil, weil man ihr und nicht den Patrioten einen Verfassungsbruch vorwerfen konnte. Es blieb ihr gar nichts anderes übrig, als auf die Motion zurückzukommen. Sie zeigte dem Volke gegenüber die Bereitwilligkeit zu Reformen. Damit ließ sich die übliche Verschleppungspolitik verbinden. Der Motion wurde zudem die Spitze genommen. Am 23. Dezember machte Bürgermeister Buxtorf den Anzug, „es sollte von einer oder mehreren Stellen beraten werden, was zum Besten des Landes vorgenommen werden könnte". Das war sehr unbestimmt. Von der Aufhebung der Untertänigkeit war da keine Spur. Ochs hatte, als er von dem Antrag hörte, nur ein geringschätziges Lächeln und eine ablehnende Handbewegung dafür übrig.

Den Altgesinnten im Rat lag viel daran, Zeit zu gewinnen. Denn in Aarau trat eine außerordentliche Tagsatzung zusammen. Ihre Beratungen gingen darauf aus, sich durch die fremden Mächte den bisherigen Verfassungszustand garantieren zu lassen, gemeinsam den Schwindelgeist, der bald da, bald dort die Untertanen ergriff, niederzuhalten und durch die Erneuerung des Bundes zweierlei zu erreichen: die gegenseitige Verpflichtung auf die alten Briefe, d. h. Fortdauer einer undemokratischen Eidgenossenschaft von regierenden Orten und regierten Untertanen, und das Schauspiel der Einigkeit nach außen. Wenn Basel sich an diesem Bundesschwur beteiligte, dann war das ein Verzicht auf die Umschaffung.

Alles drängte auf einen Entscheid: für oder gegen die Motion, für oder gegen Rechtsgleichheit, für oder gegen die bestehende Form der Eidgenossenschaft. Während der Geheime Rat über Konjunkturen brütete, ging die Kunde von Vischers Antrag durchs Land. Der Bauer wußte, daß die Gnädigen Herren auch Gestrenge Herren waren. Und trotzdem hatte sich Vischer nicht gefürchtet. Er war unterlegen. Aber sie würden es ihm nie vergessen.

Die Motion Vischer beunruhigte nicht nur die baslerischen, sondern die schweizerischen Regierungen überhaupt. Bern voran. Dem Schultheißen Steiger war es schlechtweg unmöglich, der neuen Strömung nachzugeben. Sein Verharren auf der antifranzösischen Politik, die mit Kaiser und Reich allerdings geschlagen war, war konsequent. Nur war sie in diesem Zeitpunkt weniger staatsmännisch denn je. Wie er sich gegen jegliches Zugeständnis zur Wehr setzte, so klammerte sich in Basel der Oberstzunftmeister Andreas Merian an das Bestehende. Er war die Seele der Altgesinnten, der einzige von den vier Häuptern, der es aufs Biegen oder Brechen wollte ankommen lassen. Das Verharren auf dem Bestehenden aber besaß nichts Produktives. Der idealistischen Gesinnung und Opfer-

bereitschaft hatte er nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen. Im entscheidenden Augenblick hatte er, wie sich Johann Rudolf Frey ausdrückt, la bouche cousue. Er sah die Zahl seiner Anhänger zusehends geringer werden. Das Verharren im Überlieferten ist in gewissem Sinne Treue gegen sich selbst. Aber es ist unfruchtbar und geradezu verhängnisvoll, wenn die Anschauungen sich umbilden und neue Lebensformen verlangen.

In der Bürgerschaft selber vollzog sich der Umschwung zugunsten der Umschaffung. Die Gedanken von den Menschenrechten und die Einsicht in die Weltlage bemächtigten sich auch der Zögernden. Es ist durchaus richtig, wenn Carl Wieland, der Enkel des damaligen Liestaler Stadtschreibers, betont, daß „die Besten, die Edelsten der Nation" an der helvetischen Revolution teilnahmen, „nicht aus selbstsüchtigen Absichten, sondern weil sie einsahen, wie unendlich vieles faul sei im Vaterlande, und wie nur eine gründliche Reformation an Haupt und Gliedern Heilung und Besserung schaffen könne".

Der Agent Mengaud wird französischer Geschäftsträger. Am 28. Dezember 1797 begrüßt ihn eine Abordnung des großen Rates. Die Hüninger Generalität hat sich eingefunden. Die Patrioten sind anwesend. General Dufour schließt seine Ansprache an Mengaud mit den Worten: „Du wirst gerecht sein gegen alle, aber du wirst die Feinde der Oligarchen unter deinen Schutz nehmen." Mengaud antwortet verwegen. Die Reden werden zur Propaganda als Flugblatt gedruckt. Die französische Nationalfahne, das Zeichen der demokratischen Republik, wird aufgezogen. Das Fahnentuch füllt die Straße vor Drei Königen. Von Hüningen donnern die französischen Kanonen. Darauf ein Bankett, eine Patriotenmahlzeit, die vorbildlich wird für ähnliche Festlichkeiten. Auch Ratsmitglieder befinden sich unter den Gästen. Am selben 28. Dezember fällt in Paris eine wichtige Entscheidung: das fränkische Direktorium stellt „auf Grund alter Verträge" die Waadtländer Patrioten unter seinen Schutz. Die Regierungen von Bern und Freiburg werden persönlich haftbar gemacht. Wenn also die Waadtländer Patrioten eine Nationalversammlung einberufen, um sich frei und unabhängig zu erklären, dann muß Bern mit ihnen schonend verfahren. Oder der Krieg mit Frankreich ist die Folge.

Der Stadtschreiber Wieland, der in Liestal als aufmerksamer Beobachter seines Amtes waltete, sprach die Meinung aus, Aufopferungen von allen Seiten seien notwendig. Er war der Auffassung, daß der Stadtbürger dies Opfer seinem bisherigen „Pflegesohn" bringen könne, ohne dabei zu verlieren. Pflegesohn – nicht Untertan! Die Patrioten, die den ersten Aufruf veröffentlichten, gingen noch weiter. Sie nannten die „biedern und rechtschaffenen Bürger des Kantons" – nicht nur der Stadt – „Teuerste Brüder".

Als „Brüder" betrachteten sich die Patrioten, die sich im „Kämmerlein" zusammenschlossen und sich zu Stadt und Land für die Erteilung der Rechtsgleichheit einsetzten. Sie vor allem bewirkten, daß in Basel die idealistische Richtung siegte, ein Sieg, wie er sich in Jahrhunderten von Politik nicht oft wiederholt.

## 7. Organisation der städtischen Patrioten und Verbindung mit den Untertanen.

Der Wille zur Verfassungsänderung galt als revolutionär. Wenn dieser Wille und das offene Wort aus dem Ratssaal verdrängt werden, dann treten die Gleichgesinnten in der Stille zusammen, um das Werk durchzuführen. Das aber ist das Wesen solcher Verbindung: sie führt nicht Protokoll, versorgt nicht die Archive mit Berichten und Entwürfen, sondern sie wird erst offenbar, wenn sie stark genug geworden ist, um die Öffentlichkeit nicht zu fürchten.

So werden wir auch nie erfahren, was in den vier Wänden der Bauernstube oder des Tabakkämmerleins bei gedämpftem Licht abgeredet worden ist, oder wie unter dem Schein von Kauf und Verkauf, unter dem Vorwand von Geschäftsgängen aufs Land hinaus oder bei scheinbar harmlosen Zweckessen die persönlichen Verbindungen hergestellt worden sind. Auch die Strategie der Revolution ist, wie die im Felde, eine Angelegenheit von Eingeweihten. Es bestandem im Jahre 1797 Einverständnisse unter den städtischen Patrioten, bevor eine Organisation geschaffen wurde, und die Verbindung mit Männern der Landschaft wurde bald da, bald dort hergestellt.

Der erste planvolle Zusammenschluß erfolgte in der Stadt. Dort hatte Ochs Vorarbeit geleistet. Die Anwesenheit der französischen Gesandtschaft und die Nähe der Besatzung in Hüningen bot den städtischen Patrioten einen gewissen Schutz. Die Regierung mußte sich Zurückhaltung auferlegen, durfte nicht dreinfahren, wie die extremen Altgesinnten gerne gesehen hätten.

Der Bürger politisierte hinter seinem Schoppen. Er ließ sich nicht völlig das Maul verbinden. Seitdem Mengaud sich sozusagen auf offener Straße als Freund der Patrioten bezeichnete, revolutionäre Redensarten im Angesichte von Regierungsvertretern aussprach und zum Ärger der Altgesinnten die Trikolore aufzog, wurden auch die Patrioten in der Stadt mutiger. Wenn man aber etwas erreichen wollte, dann mußte man aus dem Zustand der Diskussion zur Handlung übergehen. Haltbare Verbindungen zwischen den städtischen und Baselbieter Patrioten mußten hergestellt werden.

Diese Aufgabe übernahm das Patriotenkämmerlein, das auch Rheineck-Kämmerlein genannt wurde, weil beim Bierbrauer Erlacher neben der Rheinbrücke die Zusammenkünfte stattfanden. Dieser Club wurde am 14. Dezember gegründet und umschloß zunächst nur 12 Mitglieder. Er war ein Freundschaftsbund gleichgestimmter Seelen. Johann Jak. Erlacher der Jüngere, der um seiner freien Reden willen schon gebüßt worden war, repräsentiert die radikale Linke. Er und Gerichtsherr Wernhard Huber sind wohl die Gründer. Sämtliche Zwölf waren, wie Huber ausdrücklich betonte, „bevorrechtete Bürger der Stadt". Der Club besaß den Charakter der Ausschließlichkeit und sogar der Vornehmheit. Die gemäßigte Richtung, die nach Ochsischem Rezept eine gesetzmäßige und friedliche Umschaffung bewerkstelligen wollte, behielt die Oberhand, obschon Mengaud sich alle Mühe gab, den Club zu Gewalttätigkeiten zu verleiten.

Das Kämmerlein ist der Kern der Basler Umschaffung. Das große Ziel, das die Mitglieder unentwegt verfolgten, war die Gleichstellung der Landschaft. Die Namen dieser Zwölf sind Zeugnis dafür, daß die Bewegung in der Stadt von Männern ausging, die nichts für sich, sondern alles für das Gemeinwohl wollten. Sie trugen nicht leicht daran, daß man ihre uneigennützige Gesinnung als Mangel an Vaterlandsliebe gemein machte, oder daß man sie verdächtigte, sie wollten eine Rolle spielen. Sie besaßen die heilige Überzeugung, der Gerechtigkeit zu dienen und zugleich das Vaterland vor fremdem Eingriff und innern Unruhen zu retten. Ihre Gefühlswelt ist uns fremd geworden, wie ihre Begeisterungsfähigkeit. Es liegt im Wesen unserer von Wirtschaftsparteien beherrschten Politik, daß große Ideen Mühe haben, sich neben praktischen Erwägungen Gehör zu verschaffen. Die Mitglieder des Kämmerleins gehörten einer Gesellschaftsklasse an, die durch das Handelsgeschäft, durch Industrie und Spedition reich geworden war und es sehr wohl verstand, Gewinn und Verlust abzuwägen. Um so eindrucksvoller ist ihr Verzicht auf rein materielle Erwägungen. Sie sind beherrscht von den Forderungen der Humanität.

So war der Schreiber des Kämmerleins, Wernhard Huber, bewandert in der Kantischen Philosophie und in den übrigen Schriftstellern seiner Zeit. Bei Ausbruch der Revolution ließ er in seinen Fingerring die Devise eingraben: „Frei leben oder sterben." Und sein Bildnis trägt die Unterschrift: „Ein Knecht der Freundschaft – im übrigen gefreyt." Seinen Glauben an den Aufstieg der Menschheit teilte der Seidenfabrikant Johann Lukas Legrand, ursprünglich Theologe, der sich im weitern Verlauf als helvetischer Direktor und als Menschenfreund ein Ansehen erwarb, wie es kein zweiter Staatsmann der Helvetik erreichte. Zur Zeit der Umwälzung war er Meister einer Herrenzunft und Obervogt in Riehen. Johann Jakob Vischer war nicht nur Mitglied des Großen Rates, sondern einer

der Direktoren der Kaufmannschaft. Lizentiat Johann Jakob Schmid galt als ausgezeichneter Notar. Er war ein ebenso klarer wie ruhiger Kopf und bewies seine organisatorischen Fähigkeiten als späterer Regierungsstatthalter des Kantons Basel. Kaufleute waren Christoph Burckhardt und Johann Lukas Burckhardt, Sohn des Pfarrers zu St. Peter; Samuel Flick, Buchdrucker, war unentbehrlich für die Durchführung der Propaganda. Zu den ersten Mitgliedern zählten auch Matthias Roschet und Emanuel Brenner, endlich Remigius Frey, der früher in Frankreich gedient hatte, und Ludwig Iselin, Wirt zu Drei Königen. Alles in allem: Menschenfreunde nach Art des von ihnen geschätzten Isaak Iselin, Zugehörige zur Helvetischen Gesellschaft, Kantianer wie Huber, Freidenker und Freimaurer, Anhänger der Naturrechtslehre und der Menschenrechte, und Bewunderer von Friedrichs aufgeklärtem Despotismus. Von denselben Hoffnungen gestärkt, von denselben Idealen beseelt, von denselben Gefahren bedroht und von derselben weitherzigen Liebe zu ihrer Vaterstadt durchdrungen, schwuren sie, auf Tod und Leben zusammenzustehen. Sie nannten sich vertrauensvoll Brüder. Ihr Bund hat in der Stadt Einzigartigkeit, und er findet seinesgleichen nur auf der Landschaft in dem Bunde der drei Männer, die sich im Hause des Wilhelm Hoch den Treueid schwuren. In diesen beiden Zirkeln wurde das Werk der Verbrüderung begonnen, zunächst durch das Beispiel der zwölf städtischen Führer, dann, von ihnen gestützt und gestärkt, durch den Geheimbund in Liestal.

An Ochs erging eine geradezu schwärmerische Einladung, als Mitbegründer dem Kämmerlein beizutreten. Neben andern Gesinnungsfreunden schloß sich Peter Vischer nach der mißglückten Motion der Gesellschaft an, weil er erkannte, daß der Einzelne nur im Verbande zur Erfüllung der Pläne wirken könne.

Im Kämmerlein liefen von jetzt an alle Fäden zusammen: die Berichte aus Paris, die Meldungen von der Landschaft. Sicherlich wurde hier beratschlagt über das Vorgehen im Großen Rat. Der Bürgermeister Burckhardt hielt die Fühlung aufrecht mit einzelnen Mitgliedern. Nicht nur stand er in engem Briefverkehr mit Ochs, sondern vertraulich suchte er Vischer auf, die Lage mit ihm zu besprechen. Durch das Kämmerlein wurden die Landschäftler auf dem Laufenden gehalten. Es gab sozusagen keine Überraschungen mehr. Wenn die Regierung die Absendung einer Deputation nach der Landschaft beschloß, dann waren noch am gleichen Abend die Sendboten des Kämmerleins nach Liestal unterwegs; die Vertrauensleute wurden instruiert. Einem Erlacher wurde es nicht zuviel, in winterlicher Kälte nach Liestal zu reiten, wenn der Erfolg auf dem Spiel stand. Die führenden Landleute ihrerseits wußten, wo sie einkehren mußten, wenn sie unter nichtigem Vorwand nach Basel gingen, die Stimmung zu erforschen.

Das Kämmerlein war der Kern der Opposition, solange der Kampf im Ratssaal ausgefochten wurde. Die Patrioten besorgten das Geschäft der Propaganda. Sie hatten Gesinnungsverwandte in dem von der Regierungspartei beherrschten Kleinen Rat. Verhandlungen fanden, auch wenn „Heling" beschlossen war, schon am gleichen Tag den Weg durch die Gassen, in die Konventikel, in den „Drachen", wo die französische Gesandtschaft daheim war, aufs Land hinaus, nach Paris, zu Ochs, ins Direktorium. Es entwickelte sich jene Unsicherheit, die alle Verhältnisse erfaßt. Man weiß nicht, ob der Vertraute von gestern nicht der Überläufer von heute ist. Neben den Unvorsichtigen, die sich vom Zorn gegen die Neuerer hinreißen lassen, lavieren die Vorsichtigen, um nicht den Anschluß an die Siegerpartei zu verpassen. Man weiß nicht, was aus Einsicht und gutem Willen oder aus bloßer Ängstlichkeit zugestanden wird. Die Worte bekommen andern Inhalt als die Gedanken. Man fragt sich, ob der Gehorsam des Liestaler Schultheißen Brodbeck und sein Jammer über die zunehmende Unruhe auf dem Lande geheuchelt, ja sogar berechnet sind, um die Regierung zu schrecken und gefüge zu machen.

Aber unzweideutig, in ihrem Wesen und Wollen genau erkennbar, stehen die Patrioten vom Kämmerlein als aufrichtige Bekenner vor uns. Sie setzen sich den Angriffen am härtesten aus, weil sie sich nicht schonen. Ihr lautes Ja für die Befreiung der Landschaft ist nicht ein verborgenes Nein, das nur auf günstigere Zeiten wartet, um das Versprechen der Notlage wieder rückgängig zu machen. Sie sind die treibende Kraft. Und sie zuerst müssen sich das schnöde Wort, Verräter zu sein, von den Gegnern gefallen lassen. Ihr ehrenhafter Charakter und ihre Gesinnung werden von Leuten abgetastet, die nichts von ihrer Gewissensverpflichtung begreifen wollen, und denen der freiwillige Verzicht auf die Privilegien als Wahnwitz erscheint. Man möchte die Patrioten mundtot machen, damit nicht ihre Worte in die Landschaft hinauszünden können.

Das Kämmerlein war das eigentliche Generalstabsquartier. Von hier ging die erste, noch anonyme Aufforderung aus, die alle Bürger des gesamten Kantons als „teuerste Brüder" anredete. Samuel Flick bereitete den offiziellen Publikationen der Regierung üble Konkurrenz. An der französischen Gesandtschaft besaßen sie Rückhalt. Als die Franzosen, unter Berufung auf den Frieden mit dem Reich, die jurassischen Täler des Bistums besetzten, und als sie auf dem Domhof, dem früheren Sitz des Bischofs, die Trikolore aufzogen, da war dies eine Demonstration, die den Patrioten zugute kam, obschon sie nicht ohne Einschränkung von ihnen gebilligt wurde. Der französische Geschäftsträger Bacher schrieb damals an Ochs: „Der Samen, den du ausgestreut hast, geht auf, und

in kurzem wird uns der schönste Tag leuchten, da die Bewohner von Stadt und Land zu einer einzigen Familie sich vereinigen werden."

Es bestand im Dezember die Gefahr, daß im Gegensatz zu dem Ochsischen Programm sich die Hände der Fremden ins Spiel mengten. Nämlich durch Mengaud, der in seinem Jakobinerhaß am liebsten aus den „nichtsnutzigen Baslern" (ces vilains Bâlois) Marmelade gemacht hätte. Nach Vischers Mißerfolg waren die fränkischen Sympathiebezeugungen erwünscht. Aber sie wuchsen sich zu herausfordernder Propaganda aus, die zwar einerseits den Zusammenschluß der Patrioten begünstigte, anderseits jedoch die Entwicklung der Umschaffung „von oben" in Frage stellte. Diese Gefahr wurde innerhalb der eigenen Partei, vor allem durch Legrand, Schmid und die beiden Vischer, überwunden.

Den Zusammenschluß der Freiheitsfreunde beförderten die „Patriotenmahlzeiten". Sie waren französischer Import und mit ihren Begleiterscheinungen so unbaslerisch wie citoyen und citoyenne. Aber sie kamen einer augenblicklichen Stimmung entgegen und waren zugleich eine Kraftprobe. Hier begegnen uns nun auch Landleute, Untertanen der Gnädigen Herren. An einem Zweckessen Mengauds zur Feier des Friedens von Campoformio war der Schlüsselwirt Brodbeck von Liestal beteiligt. Auf den 1. Januar 1798 veranstaltete das Kämmerlein einen „bürgerlichen Friedensschmaus" auf der Bärenzunftstube. Alles war geschickt vorbereitet. Der Liestaler Stadtschreiber Wieland aus Basel hörte im voraus von diesem Plan: auch „freiheitsliebende Landleute" seien zu diesem großen patriotischen Fest eingeladen. Es waren etwa 150 Personen anwesend, also für die damaligen Verhältnisse eine sehr stattliche Zahl. Und Aufsehen erregten die Namen. Das offizielle Frankreich war in corpore da, und geschlossen erschienen die Mitglieder vom Kämmerlein, dazu noch viele andere städtische Patrioten. Dann aber auch zehn Liestaler Bürger, Bauern von Pratteln, von Sissach, Riehen, Reigoldswil und aus anderen Gemeinden. Sogar vier Deputierte der Solothurner Patrioten nahmen teil.

Fünfundzwanzig Toaste waren in französischer und deutscher Sprache gedruckt, um rechtzeitig losgelassen zu werden. Aber auch noch andere Gesundheiten, wie die Stimmung sie eingab, wurden ausgebracht. Sie waren alle eingestellt auf den Gedanken der Freiheit und der Verständigung. Der Tagsatzung wurde „das Beste der Städter und des Landmanns" ans Herz gelegt. Ochs wurde nicht vergessen, „auf dessen patriotische Gesinnungen und auf dessen Kenntnisse sich die Hoffnung aller Freunde des Vaterlandes gründet." Vischer wurde von den Landleuten um seines mutigen Antrages willen in besonderer Weise gefeiert. Er war voller Freude. „Alles war ausserordentlich fröhlich", so schreibt er selber, „brüderlich und vergnügt, also daß man dieses Bankett wohl ein Friedensfest nennen konnte".

Die Gegner freilich waren über diese Demonstration empört. Sie boten das Gerücht herum, auf dem Münsterplatz werde ein Freiheitsbaum errichtet, und die Patrioten hätten die Absicht, die Aristokraten zu „erwürken". Die Teilnehmer des Festes wurden auf dem Heimwege belästigt. Ihre Widersacher rasselten „mit Schwertern und Bengeln" auf dem Pflaster, liessen Petarden los, schrien vive le roi! Aber die Patrioten vermieden Händel. Es war nach diesem Bärenessen, daß Bürgermeister Burckhardt dem Ratsherrn Vischer beteuerte, er könne nicht genug sagen, wie sehr er gewünscht hätte, „auch bei diesem repas eingeladen zu sein."

Alles, so versichert uns Peter Vischer, ging in bester Ordnung zu, „alles war außerordentlich fröhlich, brüderlich und vergnügt, also daß man dieses Bankett wohl ein Friedensfest nennen konnte."

Am Tag darauf war Gasterei beim „citoyen Minister Mengaud". Wieder war der Hüninger Generalstab geladen. Auf jeden Toast setzte die Musik mächtig ein. Hier wurde Peter Vischer besonders ausgezeichnet. Zu Ehren seiner Motion wurde ihm „eine schmeichelhafte Gesundheit" ausgebracht, und General Gérard sang ein eigens auf den Ratsherrn verfaßtes Lied, das so viel Schmeichelhaftes enthielt, daß sich Vischer „aus Bescheidenheit gegen den Fenstern kehren mußte". Als er sich aber auf den Heimweg begab, wurde er vor Drei Königen von einem Trupp Aristokraten gelästert.

Diese demonstrativen Mahlzeiten hoben die Stimmung der Patrioten. Aber die Anwesenheit der Hüninger Generalität und des Agenten Mengaud stimmte bedenklich. Der letztere hatte es auf ein Zusammengehen von Militär und Patrioten abgesehen. Es war ein Glück, daß seine eigene Regierung jeden Gewaltakt mißbilligte, und es war gut, daß das Kämmerlein sich die Handlungsfreiheit zurückgewann. Es bestand ein letztes gegenseitiges Mißtrauen. Vischer und seine Freunde verlangten immer wieder die Bestätigung, daß die Gerüchte falsch seien, wonach es die Franzosen auf die Eroberung Basels abgesehen hätten. Als ein französischer Agent auf eine Vereinigung Basels mit Frankreich anspielte, da erklärte Vischer, er wäre der erste, sich mit Gut und Blut gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.

Mengaud selber erkannte, daß er kein Glück habe. Man tauschte wohl den Bruderkuß mit den Franzosen. Aber man wollte nichts als Freundschaft. Wir verstehen, warum die Patrioten der Stadt, und nach ihrem Vorbild auch diejenigen der Landschaft, allen andern Artikeln den Satz voranstellten: Wir wollen Schweizer bleiben. Damit wurde die Verleumdung niedergeschlagen, als ob man mit dem Fremden einig sei. Während sich die Waadtländer von ihren bisherigen Herren trennten, beharrten die Baselbieter auf ihrem Zusammenhang mit der Stadt.

Auch nach der Citoyenmahlzeit im Bären hielten sich die Bauern ruhig. Es war freilich unerhört, daß Untertanen in städtischer und fränkischer Gesellschaft die Gesundheit mitgetrunken, daß sie gefährliche Redensarten mitangehört hatten, und daß ihnen trotzdem die Obrigkeit kein Leid zufügte. Aber das alles war doch nur denkbar, weil Ratsherren und Bürger sie veranstaltet hatten. Das Stirnrunzeln des Landvogtes war jetzt mehr gefürchtet als das Regiment in der Stadt.

Die städtischen Patrioten knüpften engere Beziehungen zu den Vertrauensleuten auf der Landschaft; Briefe von Ochs wanderten nach Liestal; aber Vischer und seine städtischen Freunde nahmen zunächst die Arbeit ganz auf sich. Immer in der Hoffnung, daß der Rat von sich aus die Verfassungsänderung beschließe.

Die Aktion der Patrioten im Großen Rat soll uns hier nicht beschäftigen. Die Feststellung mag genügen, daß es mit der Selbstsicherheit des Rates fertig war. Abgesehen von der Merianschen Gruppe, war die Mehrheit wenigstens für Erleichterung zugunsten der Landleute zu haben. Aber das Grundverhältnis durfte nicht angetastet werden. Man bewegte sich also an der Oberfläche. Die Patrioten dagegen beharrten auf ihrem Fundamentalsatz und verlangten nicht Nachgiebigkeit im Nebensächlichen, sondern ganz einfach die Gleichstellung von Stadt und Land.

Der Geheime Rat suchte den Urheber dieser kategorischen Forderung umzustimmen: er schrieb an Ochs einen Brief väterlicher Ermahnungen, rühmte dessen bewährte Vaterlandsliebe und gab die Geneigtheit kund, den Untertanen, die übrigens mit ihrem Lose recht zufrieden seien, zeitgemäße Erleichterungen zu gewähren. Aber diese Sirenentöne verfingen nicht. Ochs konnte sich auf seine Vertrauensleute berufen, die besser als die Geheimen Räte berichtet seien. Er wich keinen Schritt.

Als am 5. Januar der Große Rat zusammentrat, gab Vischer ein Beispiel der Versöhnlichkeit. Obschon er diesmal auf Unterstützung zählen konnte, blieb er ernst und eindringlich ohne jede Gehässigkeit. Man sei gewaltsam, unpolitisch und unchristlich gegen ihn vorgegangen, sagte er. Er wolle aber nur an das öffentliche Wohl denken. Er machte den Anzug, daß inskünftig die Ratsversammlungen bei offenen Türen gehalten würden, damit die Bürgerschaft wisse, was vorgegangen sei. Damit erhielten die Beratungen eine eindrucksvolle Publizität. Überhaupt prasselten jetzt die Vorschläge zur Verfassungsänderung. Die Motion Vischer für Aufhebung der Untertänigkeit wurde von Lukas Preiswerck aufgegriffen. Allen andern Beratungen solle sie vorausgehen.

„Der ganze Kleine und Große Rat waren sehr bescheiden", notiert Vischer in seinem Tagebuch. „Der gütige Gott vermehre unsere Einigkeit, so werden

wir uns noch immer, auch in der größten Not, zu helfen wissen und keine Gesetze von auswärts aufzunehmen haben."

Aber die Obrigkeit war nicht gesinnt, das Heft aus der Hand zu geben. Vielmehr hoffte sie auch jetzt noch das Äusserste, nämlich die Erteilung der Rechtsgleichheit, zu verhindern. Sie verlegte sich aufs Entgegenkommen, um den Anträgen die Spitze zu brechen. Sie nahm ihre Hilfe zu Proklamationen, zu Deputationen und Wechseln auf die Zukunft. Auch zu einer augenblicklichen Erleichterung, um den Landmann im treuen Gehorsam zu erhalten. Sie erließ schon am Tag nach dem Bärenessen in alle Ämter den Befehl, daß mit dem Einzug der Fastnachtshühner bis auf weiteres sollte innegehalten werden.

Damit unternimmt sie den praktischen Versuch, sich die Gunst des Landmannes zu erhalten. Das heißt: sie tritt in Konkurrenz mit den städtischen Patrioten. Gemessen an den Menschenrechten oder an der einen Forderung der politischen Gleichstellung war das Entgegenkommen lächerlich gering. Durch Abschaffung der Fastnachtshühner war eine Bewegung, die aus dem Gegensatz zweier Weltanschauungen sich entwickelte, nicht aufzuhalten. Aber taktisch war das Vorgehen doch nicht so ungeschickt, wie es uns nachträglich erscheint. Ein greifbarer Vorteil besitzt größere Durchschlagskraft als die Verheißung von Menschenrechten. Und zudem gab der Rat damit den Beweis, daß es ihm jetzt ernst sei mit Zugeständnissen. Die Fastnachtshühner gehörten zum Bestand der landvögtlichen Einnahmen. Der Ausfall mußte durch freiwilligen Verzicht oder durch entsprechenden Ersatz für den Übergang geregelt werden. Die Abgabe war fühlbar gewesen. Die Aufhebung, die 1525 umsonst begehrt worden war, bekamen beinahe alle Untertanen zu spüren. Natürlich verschwieg die Publikation, daß unter Druck gehandelt wurde. Der Dreizehnerrat begründete den Beweis seiner huldreichen Gesinnung mit dem Hinweis auf die treuen Dienste, welche das Landvolk während der Kriegszeit geleistet habe.

Die beiden städtischen Parteien kämpften um die Seele der Landschaft. Der Rat beschloß die Einsetzung einer Kommission „zur Anhörung vaterländischer Vorschläge". Aber als sie unter vielen Umständlichkeiten im Laufe des Januar gebildet wurde, da war sie überholt, und zudem war sie bereits durchsetzt von Patrioten. Fast zu gleicher Zeit bildete sich eine Gesellschaft „zur Beförderung bürgerlicher Eintracht", die nach ihrem Versammlungshaus kurzweg Bärengesellschaft genannt wurde. Sie drückte von Anfang an das behördliche Kollegium an die Wand. Dieser neuen Gesellschaft traten sofort die Mitglieder des Kämmerleins bei. Damit ist auch ihr Charakter gekennzeichnet: sie wirkte für die Verständigung mit der Landschaft auf der Grundlage der Rechtsgleichheit, und sie beherrschte in den entscheidenden Tagen die revolutionäre Entwicklung in der Stadt. Obschon auch

Moderierte zur Teilnahme eingeladen wurden, bestand vom ersten Augenblick an die Absicht zur Durchführung der Umschaffung. In der Eröffnungsrede verkündete Dr. Hagenbach mit schneidenden Worten den Sieg der Revolution. Rücksichtslos geißelte er den Egoismus der Altgesinnten: „Die Zeit ist vorbei, wo Vorrecht der Geburt und Reichtum allein geltende Vorzüge in unserem Staate waren, . . . wo dem Genie auf der Landschaft jedes Mittel vorenthalten blieb, den Keim zu entwickeln, den die Natur in dasselbe hineinlegte." Nur Schwachköpfe, Feige, nur Träge und nur Eigennützige, „denen Gleichheit ein Greuel ist", wollen die Krisis hemmen. Aber nicht nur die Altgesinnten wurden apostrophiert. Sondern auch die Bauern. Die Gesellschaft streckte die Hand zur Verständigung hin, aber sie wies die Bauern auf den Weg des Rechtes und der Gesetzlichkeit. Sie gab das Schlagwort aus: „Einigkeit der Bürger der Stadt, Brüderschaft mit den Bürgern des Landes." Sie wußte sich einig mit der Mehrheit des Volkes und unterzeichnete deshalb, unbefugterweise freilich, ihre an die Landschaft gerichtete Publikation „im Namen der Bürgerschaft zu Basel". Die Behörden wurden durch sie beinahe ausgeschaltet.

Damit sind wir allerdings den Vorgängen vorausgeeilt. Aber wir gewinnen dadurch einen freieren Ausblick in die Verhältnisse im Januar des Jahres 1798. Das Schwergewicht verschob sich aus dem Ratssaal in die Bürgerschaft. Den amtlichen Publikationen folgten Schlag auf Schlag die Kundgebungen der Patrioten. Sie waren in einer andern, in einer lebendigen Sprache abgefaßt. Da führten nicht „Meine Hochgeachteten Gnädigen Herren" das Wort, sondern Gruppen, Volksmänner, Ausschüsse im Namen des Volkes. Sie verfügten nicht über die gebräuchliche Formel: „Wir Bürgermeister, Klein und Großer Rat der Stadt Basel, entbieten Unsern getreuen, lieben Mitbürgern Unsern geneigten Willen." Sondern sie wandten sich „an alle biederen, rechtschaffenen Bürger des Kantons Basel". Die Anrede lautete unmittelbarer, sogar herzlich: „Teuerste Brüder, liebe Mitbürger!" Oder „Bürger, freie Männer!" „Freie Schweizer!" Der Hauptgedanke wurde schon im Motto ausgedrückt: „Freiheit ist das Leben der Welt, Zwang ist ihr Tod."

Da werden gleiche Rechte und gleiche Pflichten verlangt. „Eine gesetzmäßige und Gott wohlgefällige Obrigkeit ist eine vom Volk erwählte . . . Sie erteilet keinem Menschen Vorrechte . . . Alle Menschen sind vor ihr gleich, so wie sie es vor dem Allmächtigen sind." Alle Bürger der Stadt und Landschaft Basel „müssen also hinfüro nur eine einzige, unzertrennliche Familie ausmachen".

Neben dieser Verkündigung, die sich auf den „Stifter unserer göttlichen Religion" und auf die Menschenrechte berief, verblaßten die offiziellen Ermahnungen. Auch den obrigkeitlichen Deputationen aufs Land war kein Erfolg beschieden.

Von der Haltung der Bauern hing schließlich der Ausgang ab. Ihre Befreiung konnte sich nur vollziehen, wenn sie den Willen dazu hatten. Und gefahrlos wurde die Verbindung der städtischen Patrioten mit der Landschaft nur dann, wenn sich jene in das Ochsische Programm der Umschaffung „von oben" einfügten. Die Generalidee, wie sie Ochs entwickelte, mußte stärker sein als der anarchistische Plan Mengauds, das Unterste zuoberst zu kehren.

Hier setzte die Arbeit des Kämmerleins ein. Neben der bewegten Handlung im Ratssaale steigert sich, zunächst kaum beachtet, eine zweite Handlung: die Verbindung der städtischen Patrioten mit den Untertanen des Landes. Es war vor allem notwendig, die Landschaft vor den Lockungen Mengauds zu bewahren. Denn es ist keine Frage, daß dieser gewalttätige Jakobiner, der sich seiner revolutionären Fähigkeiten rühmte, durch Agenten und Schriften die Gemüter erhitzte. Aber nur ein einziges Mal glückte es ihm, eine Revolte auszulösen.

Den städtischen Patrioten gelang die schwierige Aufgabe, den Freiheitswillen auf der Landschaft zu stärken, aber den Ausbruch von Aufständen zu verhindern. Das war nur möglich, weil die Landschäftler Führer mit einer Ruhe und Beherrschtheit vorgingen, die uns alle Achtung abnötigt. Sie gingen nicht darauf aus, eine Rolle zu spielen, sie ließen sich nicht von der Leidenschaft leiten, sondern sie handelten im Bewußtsein der Verantwortlichkeit. Es ist auffällig, wie die bedeutendsten Führer auf ein und derselben Linie stehen. Sie bilden geradezu eine Einheit. Es gibt da kein eitles Sichvordrängen. Jeder hat seinen Platz, seine Aufgabe, und keiner treibt Politik auf eigene Faust. Bewundernswert ist auch, wie sie sich dem Programm der städtischen Patrioten einfügen. Man muß sich die altüberlieferten sozialen und politischen Unterschiede vergegenwärtigen, um sich klar zu werden, was es bedeutet, daß Hoch, Stehlin und Schäfer Vertrauen besaßen zu den städtischen Freunden, den „Herren".

Die Anfänge der Bauernorganisation sind uns nicht deutlich. Bis zum Jahresende 1797 scheint das Land ruhig. Es fehlt an führenden Männern, und es fehlt noch der einheitliche Gedanke. Aber mit der Vorbereitung und Sammlung ist begonnen worden. Zum Neujahrsschmaus vom 1. Januar auf der Hausgenossenzunft im „Bären" sind Baselbieter aus allen Ämtern geladen.

Riehen, wo Legrand Landvogt war, war vertreten durch zwei vom Geschlecht der Stumpf, beide Johannes mit Vornamen, der Rößleinwirt der eine, der Kilchmeier der andere. Dazu Simon Seidenmann, der Beck. Es ist auffällig, wie gewisse Berufe vertreten sind, Müller, Bäcker und Metzger, die Geld verdienen und im Gegensatz zu den Kleinbauern wohl von einer gewissen Behäbigkeit sind. Wirte – außer dem Reigoldswiler und dem von Riehen, der Liestaler Schlüsselwirt Brod-

beck und sein Mitbürger, der Kopfwirt Brüderlin – Leute, die politisieren und bei denen Nachrichten aus- und eingehen können, ohne daß Verdacht geschöpft wird. Bäcker sind, außer Seidenmann, der Liestaler Johannes Hoch, Pastetenbeck, der Bruder des Uhrmachers Hoch, und Zeller von Pratteln. Die beiden Metzger Rosenmund und Singeisen sind Liestaler. Von dort kommt auch der Krämer Johannes Plattner. Neben den selbstbewußten Gewerbetreibenden, die sich durch ihren Beruf über die soziale Stufe der Kleinbauern hoben und auf Bildung Anspruch machten, stehen auch die Landärzte, Daniel Heinimann, dazu der junge Bohny.

Die Heinimann sind die jüngste der drei Liestaler Ärztedynastien, zu denen auch die Bohny gehören. Daniel Heinimann ist der Bruder des auf der ganzen Landschaft berühmten Geburtshelfers Ambrosius. Aus Muttenz kommt Chirurgus Gaß. Das sind Leute, denen die Zurücksetzung der Landschaft besonders empfindlich ist, und die durch ihren ärztlichen Beruf in Haus und Familie hineinsehen, denen manches zu Gesicht und zu Ohren kommt.

An der Bärenmahlzeit fehlen die Waldenburger. Offenbar ist die Furcht vor dem groben und gewalttätigen Landvogt Müller heillos. Dafür ist Jakob Madörin, der Wirt von Reigoldswil, da. Einige dieser Namen begegnen uns nachher wieder. Manche verschwinden unserm Auge. Aber zweifellos sind diese Männer, die sich nach Basel wagten, die eifrigsten. Sie sind tätig im Volk, arbeiten unter der Hand, werden uns plötzlich wieder sichtbar, wie Madörin, der in seiner Wirtschaft gewichtig und unvorsichtig auftritt.

Im einen und andern wirkt persönlicher Haß gegen Landvogt und Regierung. So kam Ambrosy Hug aus Sissach, „welcher erst kurz allhier im Turm gewesen, weil er den Landvogt gestoßen". Er war also tätlich geworden.

Die Solothurner haben wir bereits erwähnt. Wer bot sie auf? Die Kunde, die wir besitzen, daß der Orismüller Schäfer die solothurnischen Landleute „giftvoll" bearbeitete, und daß er mit dreifarbiger Kokarde auf dem Oltener Markt paradierte, ist späteren Datums. Aber sie verrät uns, daß Schäfer im Nachbarkanton Beziehungen hatte. Aus dem Bernerbiet endlich erschien zur Citoyenmahlzeit der Schwäher des Schlüsselwirtes Brodbeck.

Welch unfaßbares Erlebnis für die Landleute, mit den Herren und mit fremden Gesandten an einer Tafel zu sitzen, mit ihnen auf die Freiheit anzustoßen, Bruderschaft zu trinken. „Es lebe der Ackerbau und alle, deren Hände damit beschäftigt sind", so lautete einer der merkwürdigen Trinksprüche. Man brauchte nichts von den Physiokraten zu wissen, um doch zu verstehen, daß diesmal der Bauer gerühmt ward. Man trank auf das Andenken Wilhelm Tells, man ließ Freiheit und Gleichheit hoch leben!

Nicht alles, was dort gesprochen wurde, war zum Druck geeignet. Wohl aber geeignet, den Dorfgenossen heimgebracht zu werden. Nicht unter der Linde, nicht auf dem Dorfplatz; aber beim Fronen im Blomberg, oder wenn man zu Acker fuhr, hinter dem Meiel in der Wirtsstube, wenn man zu zweien war und bei geschlossenen Fenstern, während draußen die Flocken wirbelten, nicht einmal von einer Fliege gestört wurde. Im Stall, wo es still und warm war, und man zusehen konnte, wie der Milchstrahl in den Melkkübel spritzte. Man hatte viel zu tuscheln, zu rätseln und zu prophezeien, wenn man nur schon sagen konnte, daß man mit einem zusammengetroffen, der bei der Citoyenmahlzeit gewesen, und daß frevle Reden, wie sie sonst einen in den Turm bringen, von den großen Herren ungestraft geführt wurden.

Was landauf und landab bruchstückweise berichtet wurde, bald mit unbeweglicher Miene, als ob das Gesicht stehengeblieben wäre, bald mit flackerndem Blick, das können wir nur ahnen.

Wer dabei gewesen, dem wurde die Zunge gelöst. Manch einer wurde vorsichtig, sobald er das Schloß des Vogtes wieder sah. Gelegentlich aber ging er aus sich heraus und kam an den Unrechten.

So der Wirt Madörin von Reigoldswil. Daheim berichtete er, daß auf jener Mahlzeit die Abschaffung von achtzehn Artikeln verlangt worden sei: Bodenzinse, Waldkommission, Heuzehnten, Weinumgeld, Fronden für die obrigkeitlichen Schlösser und noch mancherlei sollen abgetan werden. Die Dreierherren sollen durch eine Finanzkommission ersetzt werden, die mit mindern Einkünften vorlieb nehmen müsse, „auch brauche man in Zukunft weder Schultheiß noch Landjäger"; die Geistlichen werden auf halbe Ration gesetzt, das Bauamt sei überflüssig. Den Waldenburger Ämtern werde mans gedenken, daß sie sich des patriotischen Schmauses entzogen haben. „Und wenn ihnen Unsere Hochgeachten Gnädigen Herren besagte Bedingnisse nicht bewilligen sollten, so verlassen sie sich auf die französische Republik." Eine Drohung, die uns selten in dieser offenen Form begegnet. Aber sie ist Ergebnis der Verbrüderung vom 1. Januar.

Es sind Reigoldswiler, die drei Wochen später das Waldenburger Schloß anzünden. Nicht nur, weil Landvogt Müller verhaßt war, und nicht nur, weil die Waldenburger dem Schmause ferngeblieben, sondern wohl auch aus Privatrache. Denn es war ein Waldenburger Maurer, der den Denunzianten machte, so daß Madörin seiner Reden wegen zur Verantwortung gezogen wurde. Es wurde dem Wirt allerdings kein Haar gekrümmt, während noch kurz vorher die Gnädigen Herren jegliche Aufreizung bestraft hatten.

Seit der Citoyenmahlzeit war von sechzehn Artikeln die Rede, welche die Regierung gewähren müsse. Der Stadtschreiber von Liestal, Johann Heinrich Wieland,

sah mit Unbehagen, wie die Gärung zunahm. Er war der Meinung, man dürfe keinen Anlaß zu fremder Einmischung geben, müsse also von Zwangsmitteln gegen die Volksmänner absehen. In seiner Privatkorrespondenz nannte er auch die Reformen, die nicht mehr zu umgehen seien: Freiheit der Gewerbe, des Weinkaufs, Umbildung der Waldkommission, Einschränkung der Straffähigkeit der Landvögte u. a. Er stellte Anfang Januar fest, daß Unzufriedenheit und Unruhe zur Genüge daseien, aber noch keine Partei.

Wieland hielt seine Augen offen. Ihm konnte nicht entgehen, daß sich eine Änderung in den Forderungen vollzog. Was Madörin berichtete, und was Wieland als wesentliche Forderungen ansah, das war von der Generalidee, die Ochs ausgegeben hatte, weit entfernt. Die Aussicht, daß der Rat bei dem Verzicht auf die Fastnachtshühner nicht stehenbleiben könne, weckte die Begehrlichkeit. Aber da ging es doch in erster Linie um materielle Besserstellung. Wo war da der große Gedanke der Gleichstellung von Stadt und Land?

Der großzügige Gedanke von der Rechtsgleichheit und von der Schaffung einer repräsentativen Demokratie mußte erst ins Volk getragen werden. Er wurde zur bedeutsamen Antwort an die Deputation der Regierung. Mitte Januar hielt auch Wieland einzelne Reformbegehren für überholt. „Allgemein ist das Begehren für Freiheit und Gleichheit", meldete er schon am 11. Januar, und er fügte die bedeutungsvollen Worte dazu: „Doch ohne Trennung von der Stadt, ohne fremde Einmischung und ohne Aufhebung der Abgaben." Nur schien es ihm fraglich, wie lange die gutgesinnten Männer die Führung behalten könnten. „Die Regierung sollte Ausschüsse wählen lassen, damit durch diese die Beschwerden abgefaßt werden. Entweder wird man alles cedieren, oder ihnen die Hoffnung fremden Beistandes entziehen müssen." Gerne hätte er den Zeitpunkt einer Wiedergeburt der morschen Staatsverfassung aufgespart, „wo mehr Aufklärung geherrscht hätte". Aber nun sei der Ball in Bewegung. Der Privatvorteil müsse dem Wohl der Gesamtheit weichen.

Diese Sätze sprechen das aus, was Ochs als Richtlinien seinen Freunden ausgegeben hatte. Das war etwas anderes, als Madörin zum Beispiel meinte, oder worauf Mengaud spekulierte, um den Einzelnen in Bewegung zu bringen. Wer Erleichterungen und bloßen materiellen Vorteil suchte, der mochte sich mit den Altgesinnten zusammentun, die durch einzelne Zugeständnisse die Aufmerksamkeit der Bauern von der großen, der einzig wichtigen Frage ablenken wollten. Man muß mit diesen sechzehn oder achtzehn Artikeln die vier Artikel vergleichen, von denen bald die Rede sein wird. Wenn nur der dritte von den vier Artikeln, die am 13. Januar aufgestellt wurden, gewährt wurde, dann war die Gleichstellung

von Stadt und Land erreicht, und alles übrige ergab sich dann von selbst. Wenn aber die sechzehn Artikel genehmigt wurden, dann blieb die Ungleichheit bestehen, und die Stadt konnte in ihrem Ratsbuch künftigen Geschlechtern zum zweiten Male ans Herz legen, daß sie zur Nachgiebigkeit sei gezwungen worden, daß man aber die Einbuße nie vergessen wolle.

Auf der Landschaft gab es so wenig eine einheitliche Denkweise in diesen Dingen wie in der Stadt. Wie Stadtschreiber Wieland sagte: es fehlte an Aufklärung. Aber die führenden Männer in Liestal, vor denen Wieland allen Respekt hatte, die wußten, was sie wollten. Sie machten sich das Generalprogramm zu eigen.

Von diesen Führern muß nun die Rede sein. Sie bilden das Gegenstück zu den im Kämmerlein vereinigten Patrioten. Sie schenkten ihr Vertrauen den städtischen Freunden, und sie wurden durch das Vertrauen dieser Männer wiederum in seltenem Maße ausgezeichnet.

## 8. Hoch und seine Freunde: Zusammenschluß und die vier Artikel.

Auf der Landschaft sind es drei Männer, die sich zu besonders engem Verbande zusammengeschlossen haben: Hoch, Schäfer und Stehlin. Sie sind von auffälliger Überlegtheit und treten nicht unnötigerweise ins helle Tageslicht. Mit der natürlichen Witterung für das Gefährliche ihres Unternehmens nützen sie den günstigen Augenblick, ohne ihn erzwingen zu wollen. Sie beobachten sorgfältig die Entwicklung in der Stadt. Sprichwörtlich für das Landvolk ist das langsame Erwägen und das Hinauszögern wichtigen Entscheides. Keiner der drei Männer nimmt am Friedensschmaus in der Stadt teil. Aber sie sind durch ihre eigenen Leute auf dem laufenden gehalten. Schäfer hat seinen Sohn hingeschickt. Und Hoch ist vertreten durch seinen Bruder Johannes Hoch, den Pastetenbeck. Auch der Zuckerbeck Brodbeck-Plattner, der mit dem Schultheißen den Vornamen Nikolaus gemein hat, hat es gewagt, am Patriotenessen zu erscheinen. Daniel Heinimann, der politisierende Chirurg, durfte nicht fehlen. Er ist immer in Bewegung, ist einer der eifrigsten, wie der Schlüsselwirt Ambrosius Brodbeck, der Bruder des vorsichtigen Schultheißen. Diese entschlossenen Patrioten begegnen uns bald als „Ausschüsse". Der Schlüsselwirt und der Zuckerbeck unterschreiben in dieser Eigenschaft gemeinsam die Eingabe vom 17. Januar an die Regierung. Heinimann, und wiederum der Zuckerbeck, setzen auch ihren Namen unter die vier Artikel. Aber die Leitung liegt in der Hand der drei Männer.

Die Stehlin, die sich Stöhli nannten und schrieben, stammen aus der baslerischen Enclave Benken im Birsigtal. Hans Georg wurde 1760 geboren. Sein

Vater war Bäcker und Kirchmeier. Hans Georg diente in der Landmiliz als Artillerist. Während der Grenzbesetzung gewann er die Gewogenheit des Zürchers Escher (von der Linth), dem er gefiel „durch kräftigen Gesichtsausdruck, durch Richtigkeit seiner Urteile und durch die einfache und klare Weise, wie er dieselben mitzuteilen verstand". Wie er sich auch in der Stadt große Wertschätzung erwarb, das geht daraus hervor, daß er 1798 das Stadtbürgerrecht erhielt. Er erlebte die Dreißigerwirren, wurde sogar als Vermittler auf die Landschaft geschickt; aber sein Wort, das 1798 Macht und Ansehen besessen hatte, versagte.

Volkstümlicher als Stehlin blieb auch über die Revolutionszeit hinaus der Orismüller Johann Jakob Schäfer, der nicht zu Liestal, sondern zur benachbarten Gemeinde Seltisberg gehörte. Er wurde 1749 geboren. Da er auch über die Helvetik hinaus den Widerstand gegen die Altgesinnten fortsetzte, zog er sich Haß und Verfolgung zu. Er war zweifellos mehr als nur ein „schlauer, von Bildung angehauchter, aber auch ein eingebildeter Bauer". Seine Belesenheit ist vielmehr beachtenswert, und für Geometrie und Mathematik zeigte er seltenes Verständnis. In der Revolutionszeit bewies er persönlichen Mut, verbunden mit Klugheit. Daß er sich gegen die Zurücksetzung der Landschaft nach der Helvetik zur Wehr setzte, ist durchaus konsequent. Das parteipolitische Urteil seiner Gegner bedeutet daneben recht wenig. Ihre Abneigung gegen den Landschäftler tritt zu offenkundig hervor.

Am wenigsten wissen wir von Wilhelm Hoch, dem Uhrenmacher, von Liestal. Er war 1750 geboren, und er starb 1826 als ein Sechsundsiebenziger. Ein scheinbar unbedeutender Zug wird uns berichtet, der auf seine Wesensart Licht ausbreitet: Er wurde nämlich einmal von einem schlechtgekleideten Manne aufgesucht, den man seinem Äußern nach für einen Landstreicher hielt. Es war Pestalozzi, der zu seinem Freunde Isaak Iselin nach Basel reiste und bei Hoch Einkehr hielt. Wie Stehlin und Schäfer, diente Hoch bei der Artillerie. Er brachte es bis zum Feldwebel. Die mündliche Überlieferung ist durchaus richtig: ihm namentlich ist es zuzuschreiben, daß die Revolution einen im ganzen friedlichen Verlauf nahm.

Den Mangel an biographischer Schilderung ersetzen die Tatsachen. Er führt den Rechtshandel für die Gemeinde Liestal. Er kennt die Schriften. Er ist Vertrauensmann. Er durchschaut Verhältnisse und Menschen. Er ist ruhig aber zäh, geht seinen ganz bestimmten Weg. Wie Bonaparte über Liestal reist, tritt er an den Wagenschlag, den General zu begrüßen. Zweifellos im Auftrag seiner Volksgenossen. Er muß, wenn die Stunde es verlangt, vortreten. Wo keiner etwas wagt, richtet sich der Blick auf ihn. Sein Verhalten wird Gradmesser. Der Bund der Führer wird unter seinem Dache geschlossen. Er sucht die Gefahr nicht

auf; aber er fürchtet sie auch nicht. Gewalttätigkeiten sind nicht in seinem Sinn; denn sie führen zu nichts. Darum ist er am Platze, wo es gilt Ordnung zu halten. Die städtischen Führer schätzen ihn. Sein Haus wird, wie das Kämmerlein in der Stadt, zum Hauptquartier. Heinimann, Schäfer, Stehlin gehen hier ein und aus, ebenso städtische Patrioten. Die Botschaften vom Kämmerlein nehmen den Weg zu ihm. Zweifellos denkt Wieland in erster Linie an ihn, wenn er den Wunsch ausspricht, die ruhigen Führer möchten nicht von unlauteren Elementen verdrängt werden. Hoch führt das Wort vor der Deputation des Rates im Namen der Gemeinde. Er unterzeichnet als erster die Bauernartikel. Seine Mitkämpfer, wie Heinimann oder Ambrosius Brodbeck, Schäfer und Stehlin, gehen durchs Land, stellen Verbindungen in den Dörfern her; sie führen die Miliz in die Stadt. Hoch bleibt daheim. Er ist in seinem Quartier stets gegenwärtig. Tag und Nacht. Wenn nach geglücktem Umschwung die Wahlen vorgenommen werden, dann wird er sofort nach Wieland als zweiter Administrator gewählt. Als Repräsentant steht er nicht an erster Stelle, aber die Nationalversammlung ernennt ihn zum Präsidenten der Urversammlungen für Liestal. Unter den vier Senatoren, die Basel für das helvetische Parlament wählt, wird er uns als einziger Landschäftler begegnen. Er wird Gemeindepräsident, Siechenhauspfleger und Appellationsrat.

Selten begegnet uns seine Handschrift. Zum erstenmal auf dem entscheidenden Dokument, unter den vier Artikeln. Dann in den durch ihre Einfachheit und Unmittelbarkeit einzigartigen Aufzeichnungen der revolutionären Geschehnisse. Diese Aufzeichnungen erstrecken sich auf etwas mehr als zehn Folioseiten. Sie sind mitten im Satz abgebrochen. Die vorliegende Darstellung verdankt diesen im Ochsischen Nachlaß vorhandenen Mitteilungen unschätzbare Aufschlüsse.

Ochs schildert Hoch und Schäfer als schlaue und behutsame, kalte Charaktere. Chirurgus Heinimann dagegen war nach seinem Urteil „von einer feurigen Gemütsart". Ebenso der Schlüsselwirt Ambrosius Brodbeck. Sie waren, wie Erlacher in der Stadt, unersetzlich, um die Bewegung in Fluß zu bringen und den Ängstlichen Mut einzuflößen. Wenn sie jedoch die Oberhand behalten hätten, dann wäre die Revolution schwerlich so „friedlich" verlaufen.

So scheiden sich auch die Geister auf der Landschaft. Die einen sind Stürmer, und sie reißen das Volk aus der scheuen Zurückhaltung zur Tat. Die andern verfahren nach der Wesensart dieses Volkes, das Mühe hat, sich in eine unerwartet neue Lage zu finden, das seine vorhandenen Mittel vorsichtig überschlägt, dem Wagnis abgeneigt ist und sich gerne aufs Abwarten verlegt. Der Stadtschreiber Wieland hat sofort die Verhältnisse durchschaut: „Die Federn der Uhr sind in Basel."

Zum erstenmal ließ die regierende Stadt die Zügel schleifen. Es galt nun, durch Tastversuche die Grenzen der Nachgiebigkeit der Regierung zu prüfen. In der Nacht vom 5. auf den 6. Januar wurde in Liestal ein Tännlein aufgepflanzt mit einem Freiheitskäpplein. Schultheiß Brodbeck ließ es sofort entfernen, und das Gericht setzte drei neue Louisdors auf die Entdeckung des Täters. Die Liestaler Bürgerschaft wurde versammelt und bestätigte die Belohnung. Der Kleine Rat von Basel ließ den Liestalern das „einsweilige Wohlgefallen über ihr Betragen" bezeugen. Am 8. Januar fuhr Mengaud in vierspänniger Kutsche, auf deren Imperiale die Trikolore flatterte, und von sechs Husaren eskortiert, mit einem Sekretär, mit General Dufour und dessen Adjutanten durchs Land. In Liestal wurde er stürmisch begrüßt. Es war ein Volksfest, berichtet Wieland. Mengaud wurde förmlich betäubt von dieser Stimmung, – wenigstens fand er nicht Worte genug, um dem Direktorium den Erfolg zu schildern. Im Geiste sah er bereits die Schweiz revolutioniert und in den Händen der Franzosen.

Ein Schuhknecht aus Arisdorf wurde von der Begeisterung angesteckt. Es war der Sohn des Johann Tillen Schmids. Er brachte Aufregung in die Gemeinde, indem er von den Rechten redete, die man wieder haben müsse. Die Arisdorfer machten sich auf den Weg nach Farnsburg; unterwegs schlossen sich ein paar Leute von Nußhof mit dem Geschworenen Muß Fricker an, auch Hersberger, alles in allem etwa neunzig Mann. Sie begehrten vom Obervogt, dem kleinen, unansehnlichen aber gefürchteten Hans Franz Hagenbach, daß er ihnen das Gewölb – also das Archiv – öffne und die Urkunden herausgebe. Schließlich fügte er sich dem Trotz. In der Schloßstube schlugen die Bauern Feuer und rauchten Tabak, als ob sie im Wirtshaus wären. Sie führten bedrohliche Reden, jetzt gelte es Leben um Leben. Die Rebellion in der Stadt und auf dem Lande sei bereits ausgebrochen. Die Landvögtin fiel in Ohnmacht, beruhigte sich aber wieder, und mit zwei Urkundenbänden verabschiedeten sich die Bauern. Sie gaben dem Landvogt die Hand und sagten Adieu. Zwischen zehn und elf Uhr nachts begehrte eine Schar Rickenbacher Einlaß. Auch diese wollten Schriften herausbekommen, ließen sich aber, da es spät sei und da sie wohl dem Burgfrieden nicht recht trauten, auf den folgenden Tag vertrösten. Es waren nämlich aus Ormalingen Landleute zum Schutz des Schlosses aufgebracht worden.

Obschon sich die Leute, von ein paar Schreiern abgesehen, „bescheiden und vernünftig" benommen, allerdings den Wein des Herrn Landvogts ausgeschlagen, dafür ihre Brief und Siegel unweigerlich begehrt hatten, – ihr Unternehmen war nichts anderes als strafwürdige Insurrektion. Damit war es nun auch wieder fertig mit dem friedlichen Ton in der Ratsversammlung. Am 9. Januar wurde

WILHELM HOCH

Kupfertiefdruck Birkhäuser, Basel

plötzlich „in beide Räte gelitten". Alles verlief noch ruhig, bis Martin de Martin Wenck „heftig zu brühlen anfing". Er beschuldigte Vischer, sein Anzug habe diese Empörung bewirkt, und das Signal zur Insurrektion sei gewiß aus der Stadt gegeben worden. Auch Meister Schnepf und Tribun Merian erhoben schwere Vorwürfe. Im Rat sonderten sich die Parteien deutlich. Man machte kein Geheimnis daraus, daß unter den Patrioten von Stadt und Land ein Einverständnis bestehe, und aus der Entrüstung der Altgesinnten hört man bereits die Befürchtung heraus, daß vor dieser Verbindung die bisherigen Machtmittel des Staates versagen müssten. Es entspann sich wieder ein erbitterter Kampf, der damit endigte, daß der Rat beschloß, zwei Deputierte – Deputat Sarasin und Ratsherr Wenck zu Gerbern – nach Arisdorf zu schicken, „um denen insurgierten Gemeinden zuzusprechen und die weggenommenen Schriften zurückzufordern".

Das Verhör in Arisdorf gestaltete sich zu einer Anklage gegen die Stadt. Man bekannte, daß man den Zug besser unterlassen hätte; aber man forderte zugleich die alten Rechte zurück. Der bestehende Zustand, so behaupteten die Leute, sei nicht länger zu ertragen. Sie müßten immer fahren und karren und hätten doch allen Schaden. Schließlich sprachen die Gemeindebeamten – also nicht einmal die Aufrührer – ihr Bedauern aus. Man möge ihnen verzeihen. Aber im gleichen Atemzug stellten sie ihre Beschwerden zusammen. In Nußhof und Hersberg desgleichen. Schließlich ein für die Stadt unbefriedigendes Ergebnis: die schäbige Reue der Insurgenten mußten die Deputierten mit wohlwollenden Worten quittieren, und sie mußten die von den drei Gemeinden aufgesetzten Klageschriften mitnehmen unter dem Versprechen, sich dafür bei der Obrigkeit zu verwenden. Hoch faßt das Resultat in die Worte: „Die Bürgerschaft wurde verhört, und Ihnen von seiten der Deputation alles Gutte versprochen, Sie solten sich nur ruhig verhalten." Der nach Farnsburg entsandte Kanzlist Lic. Freyburger faßte in seinem Bericht ebenfalls eine ganze Reihe von Klagen zusammen, die er unter der Hand vernommen hatte.

Der Marsch gegen Farnsburg war die erste gefährliche revolutionäre Kundgebung auf der Landschaft. In der Stadt wurde man um so mehr beunruhigt, weil man nicht wußte, ob man es mit der Renitenz einiger weniger Gemeinden oder mit dem planvollen Anfang einer Gesamterhebung zu tun habe. Sogar der französische Sekretär Bignon schrieb nach Paris, es sei nicht klar, ob diese erste Bewegung ein ganz bestimmtes Ziel verfolge, ob sie spontan oder auf einen noch unbekannten Einfluß zurückzuführen sei, ob nur der Individualhaß gegen den und den Landvogt beteiligt sei, oder ob dies der Anfang einer Volkserhebung sei, die auf die Wiedererlangung der alten Rechte ausgehe.

Hatten hier die städtischen Patrioten die Hand im Spiel? Ging die „Insurrektion" von dem Liestaler Triumvirat aus, das sich vorsichtig im Hintergrund hielt, um an diesem Ausgang das Spiel der Kräfte zu prüfen? Handelten die Arisdorfer im Rahmen eines festen Planes? Wir müssen, wenn wir von Mengaud absehen, alle diese Fragen verneinen.

Der Arisdorfer Zug ist eine Erscheinung unzusammenhängender, ungeordneter und unüberlegter Volksbewegung. Eine Flamme, die plötzlich auflodert und aus Mangel an Nahrung sofort wieder in sich zusammenfällt. Wurde das Beispiel heute hier und morgen dort nachgeahmt, dann war die Anarchie das Ende. Niemand konnte dann dafür bürgen, daß der Putsch jedesmal so genrehaft ländliche Szenen aufführe wie auf der Farnsburg. Sobald unsaubere Hände sich einmischten, sobald Privatrache den Weg vorzeichnete, dann war Blutvergießen unvermeidlich.

Die Farnsburger Episode war gnädig verlaufen. Und sie blieb eine Episode für sich. Nicht nur städtische Patrioten wie Vischer und Legrand wollten grundsätzlich von Gewaltanwendung nichts wissen, sondern auch Hoch und Schäfer und Stehlin verurteilten den Putsch der Arisdorfer. Vielleicht fürchteten sie, daß Basel zu militärischem Aufgebot und zu Anrufung eidgenössischer Hilfe gezwungen werde. Das Land war nicht gerüstet, Widerstand zu leisten, auch wenn es gewollt hätte.

Doch Chirurgus Heinimann und Niklaus Brodbeck der Zuckerbeck, die temperamentvollen und radikalen Patrioten, freuten sich über dies erste feste Auftreten der Bauern. Daß sie irgendwie beteiligt waren, ist nicht glaubhaft. Aber diese beiden waren es, die schon am Morgen des 9. Januar Hoch ausführlich den Vorgang berichten konnten.

Soviel steht also fest, daß die „Insurrektion" nicht von denjenigen geschürt war, welche jetzt die Führung übernahmen und darauf ausgingen, eine die ganze Landschaft umfassende Bewegung zu organisieren, um, unter Vermeidung von Gewalt, die Rechtsgleichheit zu erlangen.

Die Generalidee kam immer mehr in der Haltung der Parteiführer zum Ausdruck. Wir erinnern uns, wie ausser Gysin auch Hoch und Heinimann jener geheimen Liestaler Partei „zur Wiedererhaltung der verlorenen Freiheiten" angehört hatten. Damals dachten diese Liestaler nur an ihre Stadtgemeinde. Jetzt aber handelte es sich nicht mehr um die Wiederherstellung der Liestaler Privilegien, sondern um die Befreiung der ganzen Landschaft. Von den drei Männern, die sich 1798 an die Spitze der Bewegung stellten, war nur Hoch ein Liestaler. Die Erweiterung des Programmes drückt sich in seinen Aufzeichnungen aus: „Man wurde immer aufgeklärter und man glaubte sich ebensowohl Mensch als die Stadtbürger." Niklaus Brodbeck – der spätere Distriktsstatthalter – und Chirurgus

Heinimann kamen Ende Dezember wiederholt zu Hoch, namentlich wenn Briefe von Ochs in Basel eingetroffen waren. Aber ihre patriotischen Pläne waren Hoch zu gefährlich. Trotzdem ließen sie sich nicht abwendig machen und kamen immer wieder.

Hoch schloß sich an Schäfer an. Dieser hinwiederum tat nichts ohne Verständigung mit dem Uhrmacher. Beide blieben absichtlich dem Bährenmähli fern. Dafür schrieb der Orismüller einen „dreiviertelblatt vollgeschriebenen Brief" an Bürgermeister Buxtorf, in dem er von dem eidgenössischen Bund redete, der auf wankenden Säulen ruhe. Er gab, bevor er dieses am 1. Januar abgefaßte Dokument abschickte, den Entwurf dem Freunde Hoch zum Lesen. Auch Hans Georg Stehlin von Benken war Freund der beiden. Er kam auf den 8. Januar nach Liestal. Er hatte sein Kommen dem Freunde Hoch angemeldet. Dieser berichtete dem Orismüller, so daß dieser zu gleicher Zeit erschien, und die drei versprachen einander „gleichsam eidlich", die Wiedererhaltung der Menschenrechte zu bewirken.

Diese Abrede der drei Männer, die ruhig und verständig zu Rate gingen und im Bewußtsein des Wagnisses eine heilige Verpflichtung auf sich nahmen, besitzt durch ihre phrasenlose und natürliche Einfachheit wirkliche Größe. Das Bekenntnis zu den unverjährbaren Rechten des Menschen verbindet sich mit dem Willen, der auch den einfachen Mann über sein alltägliches Leben hinaushebt, nämlich mit dem Willen, sich die Freiheit zu erkämpfen. Man glaubt, in den alten Schriften zu lesen, die das Epos der Menschheit gerade in den einfachen Zügen am schönsten geben, wenn unser Auge auf den drei Bundesgenossen ruht, die über den Weg sich beraten, der sie zum Ziele führen soll. So verschlossen ist das Landvolk, daß auch diese drei nicht wissen, wie der einfache Mann von der gegenwärtigen Zeit denkt. Der Zuckerbeck Hoch, Wilhelms Bruder, und der Orismüller machen sich auf den Weg nach Gelterkinden, um „zu erfahren, wie das Volk in den Dorfschaften gesinnt sei." Sie gaben vor, Korn einzukaufen und „brachten gute Berichte mit".

Als nun Hoch am andern Tag durch Heinimann erfuhr, was sich am Abend und in der Nacht des 8. Januar in und auf dem Schlosse Farnsburg zugetragen, war er beunruhigt. Denn die Abmachung der drei Bundesgenossen konnte durch eine vorzeitige Revolte vereitelt werden.

Das geschah nun glücklicherweise nicht. Aber die „Insurrektion" zwang zu rascherem Handeln als beabsichtigt war. Hoch und seine Freunde mußten den radikalen Elementen zuvorkommen. Die Propaganda unter dem Landvolk wurde erleichtert durch die Proklamationen und Deputationen der Regierung. Denn, unterstützt von den städtischen Patrioten, antworteten sie mit Gegenkund-

gebungen, und sie machten Liestal zum Zentrum der Bewegung. Separatistische Erhebungen waren soviel wie ausgeschlossen.

Mit dem Berichte der von Arisdorf zurückgekehrten Deputierten Bernhard Sarasin und Martin Wenck waren die Ultras nicht zufrieden. Der Kleine Rat beschloß, in sämtlichen Kirchhören eine Kundgebung verlesen zu lassen, in welcher „Ordnung gepredigt" wurde. Jeder werde „in billigen Beschwerden geneigtes Gehör und Erleichterung finden". Aber die Klagen sollten den Oberbeamten – also den verhaßten Vögten – eingegeben werden. Zu dieser Deputation offerierte sich sogleich Ratsherr Hieronymus Christ, sagend, „er wolle schon mit diesen Leuten reden". Ihm wurde Meister Joh. Rud. Merian vom Straßburgerhof beigegeben, „ein liebhabender gutter Mann". Beide gehörten zu den Altgesinnten. Erklärend fügt Hoch bei: „Es ist zu wissen, daß niemand bey der Obrigkeit für Irgend eine Klage Einkommen durfte als durch die Landvögte und Schultheissen."

Am Abend wurde in Liestal Gemeinde abgehalten. Es ging laut zu. Als die Frage aufgeworfen wurde, was man der Deputation, deren Ankunft durch die Patrioten der Stadt gemeldet war, antworten solle, schrie ein jeder: Freiheit und Gleichheit wie die Bürger von Basel, das wollen wir haben.

Schon in Muttenz stieß die Gesandtschaft auf Schwierigkeiten. Das Volk war ungehalten, daß man die Beschwerden dem Landvogt und nicht der Deputation übergeben solle. Vormittags zehn Uhr traf diese in Liestal ein. Obschon verabredet worden war, man wolle sich nicht zeigen, kamen die Bürger doch auf die Straße. Viele eilten in Hochs Haus, um ihn zu bestimmen, daß er das Wort führe. „Ich schlug es aus", berichtet er, „weil ich theils nicht wohl auf war und die Arisdörfer zu Eylig gewehsen und vermuthete, das nichts Guttes herauskomen möchte." Als um 1 Uhr in der Kirche die Herren vor der Gemeinde erschienen, war Hoch doch entschlossen, zu reden. Christ hielt eine Rede, Stadtschreiber Wieland verlas mit Nachdruck die Publikation, worauf Niklaus Brodbeck anfragte, ob ein Bürger im Namen aller antworten dürfe. Dies wurde gestattet, und sofort rief alles, Wilhelm Hoch solle vor den Altar treten.

Da erklärte Hoch, daß er zu Handen der Obrigkeit für Ordnung und Ruhe der Gemeinde bürge, für Unverletzlichkeit von Personen und Eigentum. Dafür verlange er, daß die Deputierten ihn im Namen ihrer Obrigkeit versichern, daß ihm das, was er jetzt reden werde, nicht Schaden bringe. Durch Handschlag wollte er sie ins Gelübde nehmen. Allein sie wollten nicht. Da sagte er, so wolle er auch nicht reden. Daraufhin gaben ihm die Herren, einer nach dem andern, ihr Ehrenwort, es solle ihm kein Leid geschehen. Sie markteten lange. Endlich

faßte er sich und erklärte: Wir verlangen nichts als die unverjährbaren Rechte des Menschen, Freiheit und Gleichheit der Rechte, so wie sie der Bürger von Basel genießt, und dies müsse durch eine Repräsentativ-Regierung gesichert werden.

Sie fragten ihn, ob er wisse, was er mit der repräsentativen Regierung sagen wolle. Hoch erwiderte: Ja. Darauf trat eine Stille ein. Vermutlich erwartete man, sagt Hoch, daß sich der Sprecher an die Gemeinde wende, um nach ihrer Zustimmung zu fragen. Die Stille machte Christ Mut. Er sprach als Sittenprediger, warf den Neuerern die Sucht nach Luxus, Üppigkeit und Wollust vor, als ob sie darum zu keinem Wohlstand kämen. Ein Murren, das zum wilden Lärm anschwoll, unterbrach ihn. Er wurde Lügner und „wollüstiger Hurer" genannt. Einige holten Äxte und Pickel und zerstörten das Epitaph jenes Imhof, der als Sohn des den Liestalern im Jahre 1653 verhaßten Schultheissen galt. Alles schrie jetzt: Herunter mit dem Tyrannen! sodaß die Deputierten sich von ein paar Bürgern schützen und durch das Gedränge zur Kirche hinaus zum Gasthaus geleiten ließen. Christ erholte sich, als er außer Gefahr war, und wollte sich ausreden, er habe es nicht so böse gemeint. In der Kirche traktierten unterdessen die Zurückgebliebenen die Unterbeamten, die alle mit Ausnahme von Hochs Bruder geschwiegen hatten, als Feiglinge. „Da warre dan der Kübel umgeworfen."

Der Bericht Hochs läßt den Kontrast deutlich werden: auf der einen Seite die herrisch auftretende Autorität; daneben der Mann aus dem Volk, erst ängstlich, dann unerschrocken, der in den Menschenrechten nicht unkundige Uhrmacher. Er weiß ganz genau, daß die Stadt mächtig ist. Darum hält er seine Hand hin. Aber des Bauern Handschlag wird nichts geachtet. Spannung und jeden Nerv erfassende Aufregung ist heute noch aus dem schlichten Bericht Hochs spürbar: es vollzieht sich ein Bruch mit der Vergangenheit, wenn der untertänige Bürger Liestals vor den Abgesandten der Gnädigen Herren den Mund auftun, und wenn er unterhandeln soll, wie gleich zu gleich. Körperliches und seelisches Unbehagen sind nicht erheuchelt, wenn Hoch daheim bleiben will. Und wenn er den Ratsherrn auf Ehrenwort will versichern lassen, daß ihm um der freien Rede willen kein Leid angetan werde, – wer erinnert sich nicht an die entsprechende Szene des schweizerischen Chronisten! – dann fällt auch dies unheimliche, kaum zu überwindende Mißtrauen auf die Herren zurück, auf die Landvögte vor allem, die mit ihrer Strafgewalt das Rechtsbewußtsein des Volkes oft schmerzlich verletzt hatten. Hoch ist kein Phrasenmacher und Aufwiegler. Er hat den Satz von der repräsentativen Regierung sich zu eigen gemacht. Dieser Satz steht fest trotz des spöttischen Lächelns und Fragespiels der Herren. Aber daß er, ungeübt im Verhandeln und durch die Aufregung aus der Fassung gebracht, vergißt, die Gemeinde um ihre Zustimmung anzufragen,

das ärgert den Volksmann auch dann noch, wie er den Vorgang später niederschreibt. Es kommt ihm nicht einmal zum Bewußtsein, daß er unter allen der Mutigste gewesen, und daß er, die angeborene Scheu des der Rede ungewohnten Mannes überwindend, im entscheidenden Augenblick das entscheidende Wort gesprochen hat. Er ist kein Staatsmann, und doch gibt er der Stunde ihre historische Bedeutung.

Die Unerschrockenheit des einen macht die Entschlossenheit der andern frei. Die vielen, die nur im Verband und nicht selbständig sich hervorgetrauen, stellen sich hinter ihn. Er aber hat im Vertrauen auf die städtischen Patrioten das Schicksal der Basler Gesandtschaft bestimmt. Damit auch das Schicksal der Basler Revolution.

Kläglich ist der Abzug der Gesandten, beschämend für sie der Schutz, der ihnen wie eine fühlbare Kränkung von denjenigen zu teil wird, die erst noch sollten gedemütigt werden. Der Versuch, sich auszureden, es sei so schlimm nicht gemeint gewesen, wird zum Eingeständnis der selbst verschuldeten Niederlage.

Am Abend mauern die Leute das Loch, das sie in die Kirchenmauer gerissen haben, wieder zu, als schämten sie sich über die sinnlose Zerstörung. Aber den Herren steckt die Angst in den Gliedern.

Eine mündliche Überlieferung berichtet, daß am Morgen, als Christ und Merian nach Muttenz kamen, die Bauern mit Hochachtung die Vertreter des Rates grüßten, Christ aber hochnäsig den Gruß nicht erwiderte. Da soll ihm Merian zugeredet haben: „Hut ab, Christ!" Aber Christ war ein ebenso tüchtiger als unbedingter Vertreter des ancien régime. Er hatte im Auftrag der Stadt zweimal in Liestal die Huldigung entgegengenommen, war acht Jahre lang Landvogt in Münchenstein gewesen. Darum hatte er sich vorgedrängt, die Landleute mores zu lernen. Mit ihm versagte das System, das er für unerschütterlich gehalten.

Meister Merian „hatte genug abzuwehren", wie Frau Jakobe Fuchs an die Frau Bürgermeisterin Burckhardt schreibt. Es sollten keine Herren mehr, wie der Ratsherr Christ einer sei, aufs Land geschickt werden, der sein Leben nicht nach den Geboten Gottes, viel weniger nach den Gesetzen der Menschheit einrichten könne. Aber Meister Merian seien sie alle Liebe und Achtung schuldig, weil er die Bürger auch mit Liebe behandelt habe. Ähnlich Stadtschreiber Wieland: Christ habe den Prediger gemacht. Das konnten die Liestaler, die seine eigene Moralität nur zu gut kannten, nicht ertragen. Man solle künftig Deputierte schicken, die mehr Liebe und Zutrauen bei den Landleuten genössen. Ohne den unzeitigen Eifer Christs wäre alles ruhig geblieben, besonders seit der städtische Schultheiß sich nach Sissach aus dem Staube gemacht habe.

Die Deputierten gaben, nachdem sie noch mit Hoch, Heinimann und Brodbeck sich ausgesprochen, ihren Plan der Weiterreise nach Lausen auf. Sie fürchteten,

daß der Alarm dorthin gedrungen sei und zogen vor, sich in das Seitental nach Bubendorf zu wenden. Aber Schneider, der den Vorgang mit angesehen und noch mit Hoch verhandelt hatte, kam ihnen auf Richtwegen zuvor. Die Vorgesetzten des Dorfes berieten, gemeinsam mit ihrem Pfarrer von Brunn, die Antwort, die sie geben wollten. Merian hielt die Ansprache, die Proklamation wurde verlesen; als aber die Stelle kam, welche die Eingabe der Beschwerden an die Landvögte verlangte, riefen die Leute: Nichts Landvogt, nur Freiheit und Gleichheit! Von Brunn bemühte sich vergeblich, zu beruhigen, und die zitternde Stimme Merians ging im Lärm unter. Die Deputierten verliessen die Kirche. Von Brunn warnte sie, ihr Glück in Reigoldswil zu versuchen. Sie liessen sich also vom Pfarrer etwas zu nacht geben, schliefen bis morgens um drei Uhr und kehrten wieder nach Basel um. „Der Überreuter, welcher die Farb trug – also den schwarz und weißen Mantel als Symbol der Obrigkeit – mußte den Mantel, um Sie zu Liechstal bey der Durchfart nicht zu kennen, umkehren."

Die Bestürzung über die verunglückte Deputation war in Basel ausserordentlich. Die Zerstörung des Imhofschen Grabmals in Gegenwart der Deputierten war offenkundige Gewalttätigkeit. Nicht weniger erschrak man über die ungestümen Klagen der Bubendörfer, die ihren Landvogt einen Tyrannen genannt hatten.

Christ hatte die Sache der Altgesinnten gründlich verdorben. Die Vorfälle in der Kirche wurden aufgebauscht und zu Stadt und Land, zur Freude der einen, zum Schrecken der andern verbreitet. Sogar Hubers an Ochs gerichteter Bericht vergrößerte den Tumult. Vor den Augen der Gesandten, so erzählte er, sei das Imhofsche Grabmahl zerstört, die Mauersteine seien unter Schmähungen wie in einer Prozession herumgetragen und in die Gosse geworfen worden. Und der Gesandtschaftssekretär Bignon berichtete dem Direktorium, die Leiche des Schultheißen sei ausgegraben und seine Statue zerbrochen worden. Es war ein Gewaltakt verübt worden, und diese Tatsache allein genügte, um die Phantasie eines bisher zum Schweigen gezwungenen Volkes in Bewegung zu bringen.

Sofort ordneten die Häupter eine neue Deputation ab. Der Umschwung äußert sich in der Wahl der Gesandten. Die unbedingten Vertreter der alten Ordnung hatten verspielt und nur die Leidenschaften entfesselt. Man mußte schleunigst den Fehler gutmachen. So wurde kein Geringerer als Lukas Legrand an die Spitze der neuen Gesandtschaft gestellt, und Dreierherr Stähelin nebst Rechenrat J. J. Minder, ebenfalls Freunde der Neuerung, wurden ihm beigesellt. Noch am Abend des 12. Januar trafen sie mit einem Kanzlisten in Liestal ein.

Dort war man vorbereitet. Durch Eilboten aus der Stadt war man von dem Kommen einer neuen Gesandtschaft benachrichtigt. Die Namen der zur Deputation bestimmten Männer verhießen den Landschäftlern Gutes. Daß Legrand, neben Vischer der entschiedenste Verfechter der politischen Gleichheit im Rate, mit der Führung der Mission betraut worden war, das durfte man als Zugeständnis an die Patrioten ansehen.

In Liestal kam es nun vor allem darauf an, durch geschlossenes Auftreten und durch Zusammenfassung der Klagen zu entscheidenden Hauptpunkten den gewonnenen Vorteil auszunützen. In aller Eile wurde eine gewisse Organisation geschaffen; sechs Ausgeschossene wurden für die kommenden Verhandlungen bestimmt, Männer, „die am meisten durch Moralität" und die alle sich durch Fleiß auszeichneten. Daß der eine und andere unter ihnen wie Heinimann von der Obrigkeit einmal gestraft worden war, das war kein Makel. Es waren ihrer Verantwortlichkeit bewußte, von ihrem guten Recht überzeugte Patrioten, welche gleichsam als Vertrauensleute nunmehr an der Spitze der Bewegung standen und dieser „Revolution" das Zeichen einer ernsten Handlung aufprägten. Keine Schreier, keine haßerfüllten Demagogen, wie sie bei solchen Volkserhebungen Leidenschaften aufwühlen und alle Verhältnisse vergiften. Mit einer gewissen Schwerfälligkeit wurde das Werk der Befreiung an die Hand genommen, und man unterstellte sich den Erfahrungen und Einsichten der befreundeten Städter. Der Respekt vor der geistigen Macht der Stadt war nicht erloschen.

Noch am Abend des 12. Januar trafen die Basler Deputierten in Liestal ein, und sie besprachen sich mit den Ausschüssen. „Aber diese Underredung vermochte unss nicht von unserem Einmal gefaßten beschluss abzubringen", schreibt Hoch. Am folgenden Morgen, schon um 8 Uhr früh, versammelte sich die Gemeinde in der Kirche; die Bürger von Seltisberg kamen unter der Führung des Orismüllers. Mit Achtung und Ehrerbietung wurden die Gesandten angehört. Legrand wurde von dem großen Augenblick, da er vor diesem Volke stand, das mit Verehrung zu ihm aufblickte und das von dem Willen zur Freiheit und Gleichheit erfüllt war, tief ergriffen. Er hielt, wie Hoch berichtet, „eine rührende Rede" und zeigte, wie weit eine Freiheit, die in Zügellosigkeit ausarte, ein Volk führen könne. „Alles war bewegt, den seine Augen waren voll Freudenthränen." Darauf übergaben die Ausschüsse die vier Artikel, nachdem sie sie auf dem Altar der Kirche unterschrieben hatten. Nicht nur waren die Forderungen eine geschickte Zusammenfassung, sondern sie waren auch eine Kundgebung, den schweizerischen Verband aufrecht zu erhalten.

Die vier Artikel wurden sofort gedruckt. Vielleicht geht der Druck auf Samuel Flick, Vater, zurück. Inhalt und Aussehen des Druckblattes sollen getreulich, nur in etwas kleinerem Maßstab als das Original, wiedergegeben werden:

Dieß sind die Erklärungen, welche die Bürger von Liestahl und Seltisperg den Herren Deputierten von Basel, Herrn Mstr. Legrand und Herrn Dreyerherr Stähelin schriftlich eingegeben haben, nachdem sie vorher auf dem Altare Gottes von sieben Ausschüßen im Namen der Gemeinden feyerlichst unterschrieben worden sind.

---

1.° Sind wird entschloßen Schweizer zu bleiben.

2.° Wollen wir Freyheit, Gleichheit, die heiligen unverjährbaren Rechte des Menschen und eine Verfaßung, wozu Repräsentanten aus dem Volke gewählt werden.

3.° Enge Vereinigung der Stadtbürger mit den Landbürgern, als zu einem Körper gehörend, welche gleiche Rechte und gleiche Freyheit zu genießen haben.

4.° Endlich begehren wir unverzüglich eine Volksversammlung, worzu von Stadt und Land nach zu bestimmenden Regeln, z. B. von 50 Bürgern einer erwählt würde, welche den zu bestimmenden Gesetzen für die Zukunft, vorläufig beywohnen könnten; jede Verzögerung könnte Schaden bringen.

Unterschrieben, Liestahl den 13ten Jänner 1798.

von Liestahl
- Wilhelm Hoch, Artillerie-Feldweibel.
- Nikolaus Brodtbeck.
- Daniel Heinimann.
- Nikolaus Pfaff.
- Michel Singeisen.
- Michel Strübin.

von Seltisperg Hs. Jakob Schäfer, Orismüller.

Das ist, neben dem Freiheitsbrief, das wichtigste Dokument der baslerischen Revolution. Es war noch keine Erklärung sämtlicher Gemeinden, sondern lediglich der Ausdruck der „ganzen Bürgerschaft zu Liestal". Genauer: eine erste offizielle

Kundgebung der Führer. Deshalb auch vom Orismüller Schäfer von Seltisberg unterzeichnet. Man darf überhaupt nicht fragen, von wem die „Ausschüsse" ihr Mandat erhalten haben; sondern die Tatsache ist entscheidend, daß die Häupter jetzt hervortreten und die Sache der Gemeinde führen. Die offizielle Behörde hatte da nichts mitzureden. Niklaus Brodbeck, der unterzeichnet, ist nicht der Schultheiß Brodbeck-Brüderlin, sondern der Zuckerbeck Brodbeck-Plattner.

Das Schriftstück ist aber auch ein Zeugnis für den Zusammenschluß der Patrioten von Stadt und Land. Nicht nur war es sofort in städtischer Offizin gedruckt, so daß es im ganzen Kanton konnte verbreitet werden, sondern auch die Abfassung verrät die Hand der städtischen Patrioten. Was es enthielt, das hatte Ochs planmäßig von Paris aus seinen Freunden geschrieben, sozusagen Punkt für Punkt. Der dritte Artikel enthielt die Grundforderung. Darüber hinaus wurde bereits der gangbare Weg, und zwar völlig im Sinne von Ochs, vorgezeichnet.

Legrand, der selber nichts Schöneres wünschen konnte als die Verbrüderung, kam es nicht in den Sinn, irgendwie Formschwierigkeiten zu bereiten. Nur verlangte er die Zustimmung der versammelten Gemeinde. Als diese angefragt wurde, ob sie mit den Erklärungen der Ausschüsse einverstanden sei, antwortete sie einhellig mit Ja. Die Orgel setzte ein, und ein Chor junger Mädchen sang das Lied: „Holde Eintracht", — ein Hymnus, der von da an Freiheitsreden und Freiheitsfeiern begleitet.

Das alles gewann das Aussehen eines Festaktes. Aber man blieb sich wohl bewußt, daß zwischen einem Legrand und dem Rate der Stadt ein gewaltiger Unterschied bestehe. Die Deputierten wurden also nicht nur ehrenvoll gefeiert, sondern es wurde auch noch „eint und andres zur beschleunigung geredt und Ihnen den Depudierten anempfohlen". Der Orismüller trat zum Schlusse vor: In den Artikeln sei zwar nichts gesagt von bewaffneter Einrückung einer fremden Macht, aber sie, die Ausschüsse, verlangen, daß die Deputierten in Basel berichten, das Land habe sich um keine fremde Hilfe umgesehen; wenn aber die Stadt den Anfang mache, dann sei auch das Land nicht verlegen, Unterstützung zu finden. Wilhelm Hoch richtete seine Mahnung noch ganz persönlich an den Vertreter des Kleinen Rates, an Dreierherr Stähelin: wenn den Basler Freunden ein Haar gekrümmt werde, dann werden die Liestaler mit Gut und Blut für sie einstehen. Das solle Stähelin dem Kleinen Rate ans Herz legen.

Der Sinn war also unverkennbar. Welche Worte immer gebraucht wurden: es kam auf das hinaus, was Vischer in seinem Tagebuch notierte, daß sich nämlich die Landschaft an die französische Republik wenden werde, sobald Basel die

aristokratischen Eidgenossen anrufe. Aber über allem erklärten die Liestaler, daß sie selber keine fremde Einmischung wünschten. Man wird nicht fehl gehen, wenn man einer beiläufigen Bemerkung entnimmt, daß gerade die Rücksicht auf Legrand und seine Mitdeputierten die Ausschüsse davon abgebracht hat, diese Drohung, die in einem öffentlichen Aktenstück Erbitterung hervorgerufen hätte, unter die vier Artikel aufzunehmen. Wenn dafür im ersten Artikel das Schweizertum betont wurde, dann war dies deutliche Erklärung genug, die Hände von fremder Intervention zu lassen. Die Liestaler wußten sich in dieser Auffassung mit den meisten städtischen Patrioten einig. Wernhard Huber hob in seiner Berichterstattung an Ochs gerade diesen Punkt hervor: Die Liestaler erklärten außerdem, — d. h. als Ergänzung der vier Artikel, — daß sie die Einmischung einer Partei oder einer fremden Macht in diese baslerische Angelegenheit unter keinen Umständen dulden würden, daß sie aber der Unterstützung einer sehr starken Macht sicher seien. Sie seien entschlossen, bis auf weiteres Ruhe und Ordnung zu wahren und sogar das Eigentum ihrer Gegner und deren persönliche Sicherheit zu garantieren; sie seien aber auch bereit, jeden der ihrigen und ihre Freunde in der Stadt zu schützen, und sie erklärten die Regierung verantwortlich für jede Gewalttätigkeit, die einem der ihren angetan werde.

Mit andern Worten: Wenn die altgesinnte Partei einen Hilferuf an die aristokratischen Miteidgenossen richtete, dann war es nicht ausgeschlossen, daß die Landschaft sich an Frankreich wende. Den Nachdruck legten die Liestaler darauf, daß überhaupt keine Intervention angerufen und der Hausstreit in der Basler Familie ausgetragen werde. Von größter Bedeutung ist, wie sie ihre Freunde in der Stadt des Schutzes versichern. Auch die Warnung vor Verschleppungspolitik war nicht unbedenklich.

Diesmal mußte sich die Deputation nicht vor Schimpfreden flüchten, sondern sie wurde mit Freudenrufen aus der Kirche zur Kutsche geleitet. Hundert Knaben präsentierten das Gewehr mit ihren Stöcken, eine dreifache Wache stand unter dem Tor, und zehn Dragoner gaben das Geleite bis zur Hülftenschanze.

Der Erfolg war so fühlbar, daß jetzt die Liestaler Bürgerschaft in Bewegung geriet. Ungeduldige drängten sich vor mit ihren Ratschlägen. Sie verlangten von Hoch, daß er mit der Kopie jener Eingabe an die Obrigkeit vom Jahre 1790 herausrücke. Dreierherr Fürstenberger habe gesagt, die Gnädigen Herren werden alles bewilligen. Aber Hoch war über jene Artikel, die einzig und allein den Liestalern zugute gekommen wären, hinausgewachsen. Er erwiderte, er habe „die Copia nicht mehr beyhanden, und jetzt seye es Eine andere Zeit, den

wir verlangen dermahlen nicht weniger als der Bassler Bürger und jedes Dorf solle die Gleichen Rechte nicht mehr und nicht weniger haben".

Er ließ sich nicht durch die Pfuscher dreinreden, sondern beharrte auf dieser Generalidee der Revolution.

## 9. Revolution: Sieg der Patrioten.

Mit Legrand hatten die Liestaler eigentlich bereits den Anfang zum Verbrüderungsfest gemacht. Sie zählten ihn zu den Ihren. Sie waren mit ihm einig, daß der Weg der Verständigung jedem andern vorzuziehen sei. Die in der Geschichte der Revolutionen seltene Beherrschung einer gleichzeitig zerstörenden und aufbauenden Volksbewegung ist nur erklärlich aus dem Wesen und Willen der Führer.

Die Altgesinnten im Rate gaben ihre Sache noch nicht verloren. Sie schimpften auf die Patrioten und versuchten ihr Glück mit einer weitern Abordnung. Dreierherr Stähelin und Ratsherr Wenck übernahmen die Mission. Sie sollten die ganze Landschaft bereisen und die Klagen und Beschwerden entgegennehmen. Man war also nachgiebig, indem man die Forderung fallen ließ, wonach die Landleute sich an ihre Obervögte wenden sollten. Aber man nährte doch die stille Hoffnung, in den Gemeinden andern Bescheid zu bekommen als in Liestal und gutgesinnte Dorfschaften von dem Anschluß an die Liestaler Bewegung abzuhalten.

Diese Gegenaktion der Regierungspartei zerschellte an dem Zusammenschluß der städtischen Patrioten mit denjenigen der Landschaft. Die Verbindung des städtischen Hauptquartiers mit Liestal wird eine engere. Die Deputation des Rates hat es nur äußerlich mit den Bauernvertretern zu tun. Hinter den Liestalern, ihnen sogar übergeordnet, stehen die städtischen Patrioten. Von ihnen kommen Instruktionen, sie halten ab von unüberlegten Schritten.

Sobald die Entsendung einer neuen Deputation beschlossen war, wurden auch „die patriotischen Kuriere" losgelassen. So berichtet Huber dem Oberstzunftmeister in Paris. Mit einer Offenheit sondergleichen setzte Ochs in einem Brief vom 14. Januar dem Bürgermeister auseinander, daß die Publikationen der Obrigkeit nichts wert seien; man müsse gerade aufs Ziel losgehen. Der Beschluß des Direktoriums, der die Berner Regierung für die Waadtländer verantwortlich mache, sei deutlich genug. Wer jetzt Widerstand leiste, der sei ein Verräter.

In der Stadt und auf dem Lande hatte man Zeit, den Empfang vorzubereiten. Denn der 14. Januar war ein Sonntag, und erst am Montag konnte die Ausreise

beginnen. Noch am Samstag erhielt Hoch einen Brief seines Freundes und Bundesgenossen Hans Georg Stehlin, und am Sonntagmorgen eilte Erlacher persönlich nach Liestal. Er entwickelte die Meinung der Basler. Er fragte Hoch, ob es nicht möglich sei, in alle Dorfschaften zu berichten, daß je zwei Ausgeschossene gewählt und sofort nach Liestal geschickt würden. Hoch schickte jetzt etwa 20 Liestaler mit den Artikeln in sämtliche Gemeinden. Um ein Uhr nach Mitternacht waren alle Ausgeschossenen im Hause Hochs besammelt. Nun mußte man ihnen erst auslegen, was dies alles und was die Artikel im Einzelnen zu bedeuten hätten. Hoch, Schäfer, Heinimann und der Zuckerbeck Brodbeck wechselten ab mit Erklärungen, so daß sie sehr ermüdet, aber auch erfreut waren. Noch in der gleichen Nacht schickte Hoch einen Extrakurier an Erlacher, um diese „glückliche Begebenheit" zu melden.

Der Zusammenschluß der Dorfschaften mit Liestal war also das Werk der städtischen Patrioten und des Liestaler Hauptquartiers.

Frühmorgens am 15. Januar fuhren die Gesandten zum Albantor hinaus, offenbar ohne eine Ahnung von der Bereitschaft der Landschaft. In den Dörfern Muttenz, Pratteln und Frenkendorf, die sie auf dem Weg nach Liestal berührten, wurden von den Gemeinden die vier Liestaler Artikel eingegeben, und als die Herren im Städtlein selbst eintrafen, sahen sie, daß viel Volks da war. Sie ließen Hoch und Schäfer, der sich bei dem Uhrmacher aufhielt, kommen und fragten, was das zu bedeuten habe. „Wir sagten ihnen", so berichtet Hoch, „wir haben geglaubt, es seye besser, wen sie die Ausgeschossenen der samtlichen Gemeinden hier abhören könten, als Gefahr laufen, von Einigen Gemeinden mißhandlet zu werden, und seye dadurch viele mühe und Zeit Erspart. Mit dieser Auskunft warren Sie so zimmlich wohl zufrieden, jedoch bestürzt."

Hoch hätte ebensogut sagen können, daß durch diese Maßregel wohlwollende Gemeinden verhindert würden, sich gefügig zu weisen. Zeigte es sich doch, daß, als die Herren noch vor dem Mittagessen sämtliche Klagen einsammelten, die Zunzger erklärten, sie seien mit der Obrigkeit zufrieden, wenn sie nur das Tannreisig im Bergblom nutzen dürften. Die Ausschüsse aller andern Dorfschaften gaben nichts anderes ein als die vier Artikel. Verschiedene Abgesandte wiesen auch ihre Vollmachten vor. Endlich wurde noch ein von Hans Georg Stehlin verfaßter Aufruf der Landbürger an die Bürger der Stadt vorgelesen und den Deputierten mitgegeben. Dieser Aufruf war im voraus bei Haas in der Stadt gedruckt worden. Darin zeigte sich der Verfasser so geübt in der Doktrin der Menschenrechte, daß man städtische Mitarbeit vermuten darf. Wenn einer der größten Menschenkenner und Monarchen des Jahrhunderts – ohne daß Friedrich

der Große mit Namen genannt wäre – als Kronzeuge angeführt wird dafür, daß auch Fürsten Pflichten haben, dann denkt man unwillkürlich an die Feder Legrands. Dagegen war seinem Wesen wohl die Drohung fremd, in welcher der Verfasser proklamierte, daß ihnen der Geist der Revolution ebenso bekannt sei wie die Kraft der Waffen – eine Stelle im Aufruf, gegen die sich bald darauf der Aufruf „wohlmeinender Stadtbürger", des Bärencomités, wendete.

Während man in Basel die Deputation erst nach Verfluß mehrerer Tage zurückerwartet hatte, kam sie noch gleichen Tages wieder. Auch Schäfer, Brodbeck der Zuckerbeck, und Heinimann machten sich auf nach der Stadt, um den Ausgang zu verfolgen, während Hoch und noch einige andere daheim blieben, um „auf Ordnung zu sehen". Am 16. abends kamen die Freunde „mit gutem Bericht" wieder nach Liestal zurück.

Die Oberbeamten waren zum Teil weg, und die untern Behörden galten nichts mehr.

Damit war die Landschaft auf dem Punkt angekommen, da ihre Forderung mit dem Antrag Vischers zur Aufhebung der Untertänigkeit völlig übereinstimmte. In den vier Artikeln war das Programm Ochs ausgesprochen, und es handelte sich nun nicht mehr um dies und das, sondern um diesen einen Zentralgedanken der politischen Gleichheit von Stadt- und Landbürgern, und um die Herstellung einer repräsentativen Verfassung. Die Landschaft besaß ihre provisorische Regierung, besaß den engen Zusammenhang mit den städtischen Patrioten; jede Gemeinde hatte ihren Vertreter bestimmt, die Ausschüsse waren bereits als eine geschlossene Macht der obrigkeitlichen Delegation entgegengetreten; die Forderung der Landschaft war in den vier Artikeln präzisiert, sie war der Deputation überreicht worden, und man wartete jetzt auf die Entschließung von Rat und Bürgerschaft. Alles hatte sich in verhältnismäßig friedlichen Bahnen bewegt. Der Gehorsam war nicht aufgesagt worden. Aber es gab jetzt auch kein Zurück mehr.

Am gleichen 15. Januar, an dem Stähelin und Wenk sich auf ihrer Fahrt durch die Gemeinden von der zunehmenden Organisation der Bauern überzeugen konnten, tagte in Basel der Große Rat von morgens 9 bis abends 6 Uhr. Wer nicht als Mitglied des Kämmerleins in die Geheimnisse der Patrioten eingeweiht war, der ahnte nicht, daß die Landschäftler Ausschüsse in Liestal zum Empfang der Deputation bereit und eines willens waren in der Überreichung der vier Artikel. Man stellte sich vielmehr vor, daß die Deputierten von Gemeinde zu Gemeinde Begehren und Bitten entgegennähmen. Diese und die daran anschliessende Prozedur konnte sich auf einen längern Zeitraum erstrecken. Man war der Landschaft durch die Absendung dieser Deputation entgegengekommen und konnte

der Bürgerschaft gegenüber nicht zugeknöpfter sein. Der Rat beschloß also, eine Fünfzehnerkommission einzusetzen, welche die Wünsche und Vorschläge der Bürger entgegennehmen sollte. Die Kompetenz dieser Einrichtung ist schon durch ihre Bezeichnung umschrieben. Es war die bereits erwähnte Kommission zur Anhörung vaterländischer Vorschläge. Als acht Tage vorher der Antrag auf ihre Einsetzung vorgebracht wurde, da hätte sie noch eine wirkliche, zeitgemäße Aufgabe erfüllen können. Die Reformer, wie Vischer, wünschten nichts besseres als eine Behörde, welche Vorschläge zur Verfassungsänderung hätte entgegennehmen können. Ihre Einrichtung lag ganz auf der Linie des Reformprogrammes: Umschaffung von oben.

Aber am 15. Januar, als die umständliche Wahlart dieser aus der Bürgerschaft zu bestellenden Kommission zum Beschluß erhoben wurde, war es reichlich spät. Zu spät, wie man am Abend desselben Tages erfahren mußte. Denn die Landschaft war der Stadt bereits wieder um einen Sprung voraus. Sie präsentierte ihre vier Forderungen, und zwar ohne Umstände und nicht zum Markten gewillt, und der Entscheid durfte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Denn die Deputierten hatten mit eigenen Augen das Anschwellen der Bewegung beobachten können.

Durch den Bericht der Deputierten wurde die Sachlage völlig verändert. Der Beschluß auf Einsetzung der Fünfzehnerkommission genügte jetzt nicht mehr. Denn diese Kommission war als ein rein städtisches Organ gedacht: die Bürger der Stadt konnten hier ihre Wünsche einreichen, und die Regierung verkündete im voraus, daß sie die Privilegien der Stadt gegenüber der Landschaft schützen werde. Jetzt aber, als die Deputierten die vier Artikel als einheitliche Forderung der Landschaft überreichten, waren die Thesen, um die es sich handelte, formuliert, nicht von städtischer, sondern von Bauernseite, und die Hauptfrage, die Frage nach der Erteilung politischer Gleichheit, war plötzlich in den Mittelpunkt aller Diskussion gerückt.

In der Stadt neigte sich der Sieg auf die Seite der Neugesinnten. Wir können das hier nur zusammenfassen. In der Bürgerschaft taten sich die Freunde der Umschaffung mit den Gemäßigten zusammen in der „Gesellschaft zur Beförderung bürgerlicher Eintracht", um den Bürger für die Preisgabe seiner bisherigen Privilegien geneigt zu machen und die Verbrüderung von Stadt und Land sozusagen auf breiter Basis und außerhalb des Ratssaales in die Wege zu leiten. Das geschah durch das Mittel von gedruckten Kundmachungen und durch das offene Bekenntnis zu den Menschenrechten und der politischen Gleichheit. In dieser Gesellschaft „zum Bären" vollzog sich zuerst das Amalgam von Stadt und Land. Hier wurde das Verbrüderungsfest vorbereitet.

Aber kritische Stunden gingen voraus. Die Auseinandersetzung im Rat zwischen den Altgesinnten und den Freiheitsfreunden wurde mit erbitterter Heftigkeit geführt. Die Partei der Altgesinnten zerbröckelte zusehends. Trotzdem vermochte sie die Entscheidung zu hintertreiben. Der Große Rat faßte den zweischneidigen Beschluß, auch die Landschaft zur Wahl von fünfzehn Ausschüssen einzuladen. Sie sollten mit den städtischen Ausschüssen über die vier Artikel und die Verfassungsänderung beraten. Er beschloß ferner, eine Volksanfrage an die städtische Bürgerschaft zu richten, damit sie diese Maßnahmen billige. Eine solche Anrufung der Bürgerschaft war seit 1691 nicht mehr geschehen.

Den Ausgang konnte niemand voraussagen. Die Landschäftler waren sich bewußt, daß es den Zünften nicht leicht sein werde, auf die gewerblichen Vorrechte zu verzichten. In einer Eingabe wurde darum der Bürgerschaft ausdrücklich erklärt, daß es nicht etwa auf eine wilde Konkurrenzierung der Handwerker abgesehen sei. Offenbar fürchteten die Landschäftler eine Ablehnung der Regierungsvorschläge durch die Zünfte. Die Patrioten waren überhaupt der Meinung, daß es die Altgesinnten auf eine Verzögerung abgesehen hätten. Es wurde ja gar nicht über die vier Artikel, sondern über die Einsetzung einer Kommission abgestimmt. Das war ein übler Kompromiß und keine endgiltige Lösung.

Bevor die Abstimmung erfolgte, nahm die Entwicklung einen tumultartigen Charakter an. Man kann sich nicht besser ausdrücken als der Tagebuchschreiber Pfarrer Burckhardt: „Der 17. und 18. Januar waren die merkwürdigen Tage, da es sich bei uns zu einer Revolution anließ." Es bestand für einen knappen Zeitraum die Gefahr, daß die Leitung in Liestal und in Basel den bisherigen Händen entgleiten und von den Radikalen übernommen werde. Die Zögernden wurden dadurch zu raschem Handeln, und die schwierigsten Widersacher zur Kapitulation gezwungen.

Es sind drei Vorgänge, die, sobald sie nach Basel gemeldet wurden, den stärksten Eindruck ausübten: am 17. Januar wurde in Liestal ein Freiheitsbaum errichtet; ferner wurden von den Liestaler Patrioten 2000 Mann zu einem bewaffneten Zug nach der Stadt aufgeboten, und endlich wurde das Waldenburger Schloß in Brand gesteckt.

Die Schilderung dieser Vorgänge im Einzelnen ist im Rahmen dieses Neujahrsblattes nicht möglich. Wesentlich ist, daß auf einmal die angebahnte Verständigung, zu der die Patrioten von Stadt und Land gemeinsam beigetragen hatten, in Gefahr war, durch Gewalttätigkeit abgelöst zu werden.

Es waren die „Unverantwortlichen", die bei der Aufrichtung des Freiheitsbaumes vor dem Rathaus zu Liestal die obrigkeitliche Fahne in den Kot rissen mit den

Worten: „Nehmt den Fahnen des Despotismus und der Unterdrückung." Nicht nur Schultheiß und Stadtschreiber, sondern auch Hoch und seine Mithelfer waren unbeteiligt. Ein dreifarbiges Fahnentuch, rot-weiß-schwarz, wurde aufgezogen.

Die Kundmachung des Rates, wonach die Gemeinden zur Wahl von Ausschüssen eingeladen wurden, wurde gedruckt und in die Ämter geschickt. Der Schultheiß Brodbeck von Liestal, der sich der revolutionären Bewegung fernhielt und fürchten mußte, von den Landtribunen verdrängt zu werden, übergab sofort den Harschierern die für die Vögte und Meyer bestimmten Exemplare. Aber das Land befand sich in aufrührerischer Erregung. Den Harschierern wurde die Proklamation entrisssen, und das Volk geriet in Wut, so daß sich der Schultheiß nicht zu helfen wußte. „Man machte Anstalt zu einem Freiheitsbaum aufzustellen", berichtet Hoch, ohne die Urheber zu nennen. Ein Tannenbaum wurde samt den Wurzeln ausgegraben und um zwei Uhr nachmittags – es war der 17. Januar – aufgerichtet. Das geschah unter mächtigem Tumult. Der Schultheiß konnte es nicht hindern. Er begnügte sich damit, die Tatsache lakonisch nach Basel zu melden. Pfarrer von Brunn aus Bubendorf will bewirkt haben, daß nicht die „französische Blutmütze", sondern der Schweizerhut den Freiheitsbaum krönte. Damit war trotz aller Nachäffung französischen Brauches der Wille der Bauern bekundet, Schweizer zu sein und zu bleiben. Aber der alte Gehorsam war offenkundig abgesagt.

Auf den 17. Januar fällt auch die Verbrennung des Waldenburger Schlosses.

Die Aufregung auf der Landschaft wurde durch das Gerücht gesteigert, daß Solothurner und Berner Truppen unterwegs seien, um die Insurrektion niederzuwerfen. Die Landvogteischlösser sollten von den Truppen besetzt werden, im Einverständnis mit mehreren Städtern. Diesem Streich wollten die Bauern zuvorkommen.

Der erste Windstoß genügte, um die kleinen „Tyrannen" wegzuwehen. Kaum konnte die Kunde von den Erfolgen der Liestaler nach Waldenburg gelangt sein, als der Landvogt Müller, ein Angehöriger der Metzgernzunft, seine Regierung bat, sie möchte ihm erlauben, das Schloß zu verlassen und in die Stadt zu ziehen, da er für sich Gefahr fürchte. Der Vertreter städtischer Obrigkeit hatte es eilig, den Posten zu räumen. Aber die Häupter gingen auf das Ansuchen nicht ein, antworteten vielmehr, die Stimmung des Landvolkes sei, wenn man von unbedachtsamen Äusserungen einiger Gemeinden und Partikularen absehe, nicht so, daß eine gefährliche Unruhe entstehen sollte. Vielmehr sei zu hoffen, daß durch wechselseitige Unterredung Ordnung und Stille können beibehalten werden. „Es wird also von dem Herrn erwartet, daß derselbe den Gedanken von Verlassung des Schlosses aus dem Sinne schlagen und fernerhin auf demselben verbleiben werde."

Aber der Obervogt Johann Jakob Müller kümmerte sich mehr um sein Leben als um die Obrigkeit. Er wußte nur zu wohl, daß ihm das Landvolk gehässig war der Strafen wegen, „womit er sie allezeit belegte". So streng er regiert hatte, so jämmerlich verzog er sich. Die Feldschlangen und Kanonen, die er im Schloßhof aufstellen ließ, gaben seinem bösen Gewissen keine Ruhe. Junge Leute machten sich an ihn, forderten die Bußen zurück, und er fügte sich kleinlaut. Am 17. Januar aber machte er sich aus dem Staub. Trotz seiner Geschütze war er froh, wie Vischer berichtet, „zur Hintertür hinaus entfliehen zu können und durch ein erbärmlich schlecht Weglein nach Langenbruck eilen zu können, allwo er die gnädige Frau Landvögtin in einer Kutsche antraf". Sie retteten sich durch das Fricktal nach Basel. Er wäre bei einem Haar von den Bauern, die ihm bis über die Grenze nachgingen, erwischt und „in diesem Fall auf das ärgste traktiert worden".

Kaum hatte der Landvogt das Schloß verlassen, so kamen „zwanzig ledige Leut von Reigoldswil und andern Orten", um ebenfalls ihre Bußen, die ihnen der Landvogt vor Jahren und dieses Jahr diktiert hatte, zurückzufordern. Schloßschreiber Munzinger schrieb ihre Namen auf, was sie offenbar beruhigte. Oder machten sie sich so eilig davon, um die Fährte des Flüchtlings aufzuspüren?

Der Schloßschreiber versprach seinen gnädigen Herren zu Basel, er werde ohne obrigkeitlichen Befehl Schloß und Archiv nicht verlassen. Waldenburg wolle ihn vor Gewalt, deren er keine befürchte, sichern. Es geschah wohl nicht ohne Absicht, daß er sich so sicher hinstellte neben die Figur des Obervogtes, der sich entfernt habe, „um den vernommnen Drohungen zuvorzukommen". Aber auch seine Herrlichkeit war von so kurzer Dauer, daß er nicht einmal die Antwort des Rates, der ihm die Amtsgeschäfte übertrug und der den Vogt zur Rechenschaft zog, auf dem festen Sitz in Empfang nehmen konnte.

Am 17. Januar – am Tag des Liestaler Freiheitsbaumes – wurde Munzinger gewarnt: was der Stadt und dem Landvogt gehöre, solle er in Sicherheit bergen. Das Archiv und was an obrigkeitlichen Früchten vorhanden war, ließ er ins Städtlein Waldenburg hinunterbringen, und als er gegen sechs Uhr abends das „läre" Schloß kaum verlassen hatte, stand es urplötzlich in hellen Flammen. Gegen 4 Uhr des folgenden Morgens stürzte „das Eingewaide" zusammen. Das Feuer sei in Abnahme gekommen, meldete ein Bericht nach Basel, „überhaupt aber sonsten alles ruhig abgeloffen seye".

Dieser Bericht Munzingers bezeugt also mit aller Deutlichkeit, daß es sich nicht um einen „Bastillesturm" handelte. Das Vorhaben wurde nicht von den städtischen Patrioten angeraten, wie behauptet worden ist; auch die Landschäftler Führer gaben nicht den Anstoß. Sie griffen aber ein, um die Gewalttat in Grenzen zu

halten. Hoch schreibt: „Um 6 Uhr abends brandte das Schloß Waldenburg, nachdehme alle Schriften und Effecten in Sicherheit wahren. Nachts um 11 Uhr Erhielten wir vom Schloßschreiber bericht, das Schloß seye in Brand, welches wir aber wohl wußten, den wir hatten ihme und . . . Schneider aufgetragen, alles in Sicherheit zu nehmen und Ruhe und Ordnung zu Erhalten. — Von dieser Zeit an ward Eine provisorische Regierung in Liechstal, die das ganze Land besorgte, aufgestellt."

Noch in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar langte der Bericht über den Schloßbrand in Basel ein. Am Morgen des 18. durchlief er die Stadt, und sofort wurde der Kleine Rat zu außerordentlicher Sitzung einberufen. Peter Vischer, der schon am 17. Januar im Kämmerlein von dem Vorhaben gehört hatte, mißbilligte „die treulose Verbrennung des Waldenburger Schlosses", aber er verbarg sich nicht, daß gerade dies Warnungssignal viel zur Vollendung der Revolution beitrug. Während am 18. Januar die Nachrichten aus der Landschaft in der Stadt Schrecken und Verwirrung verbreiteten, schwelte das Feuer ruhig im Gebälk und stieg der Rauch aus dem hohen festen Turm. Als Vischer und Lizentiat Schmid am 18. Januar abends 8 Uhr als Friedensboten des Rates nach Waldenburg kamen, hatten sie „noch das Spektakel, das Schloß in Brand zu sehen", und sie wurden begrüßt mit den Schüssen aus denselben Kanonen, die der Obervogt zur Verteidigung hatte aufstellen lassen.

War es bloßes Gerücht ohne Untergrund, oder verfolgte der Haß den Landvogt auch in die Stadt, — in der Nacht vom 18. auf den 19. Januar ging die „Sage", daß sein städtisches Haus angezündet werde. Eine Ordonnanz meldete das Gerede dem Bärencomité und in dessen Auftrag dem Bürgermeister. Dem Quartierhauptmann wurde Auftrag gegeben, Vorsorge zu treffen.

Das Ende der Vogtgewalt im obern Baselbiet ist nicht rühmlich. Was der Einzelne verschuldet hat, das ist nachträglich mit Unrecht der ganzen städtischen Verwaltung zur Last gelegt worden. Das zähe Festhalten der Altgesinnten an den Vorrechten der Stadt über die Landschaft und die Berufung auf Autorität und schuldigen Gehorsam waren nicht imstande, die Zersetzung aufzuhalten.

Man wird sich nicht über die Bauernrevolte wundern, sondern darüber, daß trotz des Farnsburger Vorspiels sich der Haß gegen die Vögte nicht auch in andern Ämtern, und zwar in derberer Form entlud. Dann auch darüber, daß erst die drohende Gefahr eidgenössischen Anmarsches diese Waldenburger Demonstration auslöste.

Es blieb an dem berüchtigten 17. Januar nicht bei Freiheitsbaum und Schloßbrand, sondern die Bauern machten Miene, gegen die Stadt zu marschieren.

Und diese bedrohliche Wendung verursachte im Rat und in der Bürgerschaft die größte Aufregung. Der Schloßbrand wurde als das Feuerzeichen aufgefaßt, das die Ämter unter die Waffen rief, diesmal nicht zum Schutze, sondern zum Untergang der städtischen Herrlichkeit, und diese Gefahr erschien so unaufhaltbar, daß jetzt gerade die unversöhnlichen Gegner des freiheitlichen Systems völlig versagten und der Erfolg den Bauern und ihren städtischen Freunden in den Schoß fiel.

Die Landmiliz bildete das Gros der militärischen Ausrüstung Basels. Jeder Einzelne hatte die Ausrüstung selber zu beschaffen, war also mit Gewehr und Bajonett und Säbel ausgerüstet. Während der Revolutionskriege hatten sich die Landleute im Grenzbesetzungsdienst geübt. Wenn sie jetzt ihre Kraft und ihre Waffen gegen die Regierung wendeten, dann waren sie schon rein zahlenmäßig der städtischen Bürgerschaft überlegen. Die Widerstandskraft der Städter war zudem gelähmt durch die Parteigegensätze im Innern, und das Gerücht ging um, daß 20 bis 30 000 Franzosen den Insurgenten Hilfe leisten wollten, wenn die Stadt die Forderungen der Landschaft nicht erfülle.

Wie der Alarm über Stadt und Land ergangen, darüber bestanden schon bei den Zeitgenossen die verschiedensten Auffassungen. Sie lassen deutlich erkennen, daß die Bewegung nicht einheitlich organisiert war und daß nicht eine einzige, sondern viele Ursachen gleichzeitig zusammenwirkten. Vor allem aber bestand die unerschütterliche Überzeugung, eidgenössische Truppen seien im Anmarsch begriffen. Wenn Vischer der Ansicht war, Oberstzunftmeister Merian stehe „vermutlich in solchen engagements", daß er seine Meinung nicht mehr ändern könne, dann verstehen wir, daß auch die Baselbieter Führer diesem Mann und damit der Obrigkeit geheime Verbindungen mit den Berner und Solothurner Oligarchen zutrauten. Für den Gang der Ereignisse ist ausschlaggebend, daß jetzt mit aller Bestimmtheit an die eidgenössische Intervention geglaubt wurde. Diese Furcht muß am 17. Januar fast plötzlich gewirkt haben.

Wir denken hier in erster Linie zur Erklärung des Vorganges an den „voreiligen Bericht ab unsern Grenzen". Wilhelm Hoch gab dem Bürger Gerster den Auftrag, für gute Wache bei Läufelfingen, am untern Hauenstein, gegen die Berner und Solothurner zu sorgen. An die Berner Grenzen rückten französische Truppen; das verursachte begreiflicherweise auch militärische Bewegung von Seite Berns. Der Geheime Rat von Bern ersuchte gerade um jene Zeit den eidgenössischen Mitstand Basel, für alle Fälle die Mannschaft bereit zu halten, – ein Gesuch, das am 16. Januar vom Großen Rat abgelehnt wurde. Wie viele unkontrollierbare Meldungen ließen sich aus dieser Lage der Dinge ableiten!

Wir müssen uns in die Erregung hineinversetzen, besonders in die aus den letzten Ereignissen herauswachsende Unternehmungslust der Unverantwortlichen. Erinnern wir uns, daß am 15. Januar die Ausschüsse aus sämtlichen Gemeinden nach Liestal waren beschieden worden zu gemeinsamer Überreichung der vier Artikel an die Basler Deputation. Der Aufmarsch war geglückt. Man wird sich schwerlich vorstellen, daß alle Ausschüsse daraufhin friedlich in ihre Dorfschaften zurückkehrten. Der Erfolg mußte gefeiert werden, und wer zurückblieb, das waren die Unbändigsten, die, für demokratische Freiheit nicht geschult, ihrem Jubel kräftigen Ausdruck geben mußten. Es waren vor allem die Liestaler selber, die jetzt im Mittelpunkt der ganzen Bewegung standen. So wurde am 17. Januar der Freiheitsbaum aufgerichtet, nicht mit beherrschter Freudigkeit, obschon Hoch von einem feierlichen Anlaß spricht, sondern mit Schmährufen gegen die schwarz und weiße Fahne. Diese festliche Aufregung brauchte keiner aufreizenden Briefe aus der Stadt. Sie suchte von sich aus nach tatenlustiger Auswirkung. Hier ging der Gedanke auf, ein Vorhaben auszuführen, das sicherlich nicht erst zu dieser Stunde ausgeheckt wurde: die Verbrennung Waldenburgs. Die provisorische Regierung hinderte die Ausführung des Vorhabens nicht. Sie tat das, was in ihrer Macht stand: sie schickte Bericht an den Schloßschreiber zur Rettung der „Effekten". Hier so wenig als an andern Orten wurde fremdes Eigentum weggenommen.

Auch der Alarm zu den Waffen ging von der Landschaft aus. Das steht fest. Die Art und Weise aber ist verdunkelt. Durch einen Bericht des Pfarrers von Brunn und durch damalige Zeitungsmeldungen ist bis zur Stunde das Urteil irregeleitet worden. Berichte und Vorgänge erscheinen uns widerspruchsvoll. Sogar in den Aufzeichnungen Hochs, der es doch am besten wissen mußte. Nachdem er uns mitgeteilt hat, daß Schäfer, Heinimann und Brodbeck am 16. Januar abends mit guten Berichten aus der Stadt zurückkamen, behauptet er wenige Zeilen später, daß es im Rat nicht nach Wunsch der Patrioten ging.

Und doch gibt gerade Hoch mit dieser Andeutung den Schlüssel zur Lösung des Rätsels. Nicht nur wurden im Rate zu Basel in turbulenter Sitzung die Patrioten als Verräter beschimpft, und nicht nur wurde der Entscheid, die Gesandtschaft aus Aarau zurückzurufen, verschoben; sondern sogar das Entgegenkommen des Rates war etwas ganz anderes, als die Landschaft erwartet hatte. Nahm der Rat die vier Artikel an? Nein! Er lehnte sie freilich auch nicht ab. Er forderte sogar die Landschaft auf zur Wahl von Ausschüssen, die mit ebensoviel Städtern über die Artikel verhandeln sollten. Durch diese Kommissionsbildung aber wurde das Schicksal der vier Artikel einer sehr unsichern Zukunft anheimgestellt. Eine Kommission konnte Abänderungsvorschläge einreichen, konnte Termine hinaus-

schieben, konnte unterdessen einzelne Gemeinden begünstigen und die Bauernorganisation samt ihrer Verbindung mit den Städtern sprengen. Die Volksanfrage war keine Abstimmung über Annahme oder Verwerfung der vier Artikel; sondern die Zünfte wurden lediglich angefragt, ob sie die von der Obrigkeit beschlossene Kommission „bevollmächtigen wollen, über die von den Landleuten eingelegten Begehren mit den 15 Ausschüssen der Landschaft in nähere Unterhandlung einzutreten oder nicht". Das war nun aber nicht die Meinung der Landschaft. Sie verlangte ein glattes Ja oder Nein auf die vier Artikel, keine Hinauszögerung, keine unsichere Diskussion. Wir verstehen jetzt, daß sich die Auffassung der Führer bemächtigte, die Obrigkeit meine es nicht ehrlich. Der provisorischen Liestaler Regierung konnte es bange werden, daß sie um den Erfolg des 16. Januar geprellt werde. Nachdem das gesamte Land den Deputierten Stähelin und Wenk ihren Willen kund getan hatte, nicht von den vier Artikeln zu weichen, erwartete man alles andere als eine Hinausschiebung des Entscheides. Wenn jedoch der Große Rat auf das Recht der Verfassungsänderung verzichtete und, in guter oder böser Hoffnung, sich an die Bürgerschaft wendete, dann konnte es sich bei dieser Abstimmung nach der Auffassung der Landschaft nur um Annahme oder Ablehnung der vier Artikel handeln. Man wollte jetzt nichts anderes als die Antwort auf die beiden Grundforderungen: Aufhebung der Untertänigkeit und Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung.

Das war für die Patrioten so selbstverständlich, daß sie zuerst den Unterschied zwischen dem, was sie vom Rat erwarteten, und dem, was tatsächlich eingefädelt wurde, gar nicht merkten. Nur aus diesem Mißverständnis heraus erklärt es sich, daß die Landschäftler durch ihre Zuschrift an Bürgerschaft und Räte den Sinn des dritten Artikels auslegten. Dann aber kam das Gefühl über sie, daß durch die Altgesinnten Spiegelfechterei getrieben werde. Gleichzeitig verstärkte sich jetzt die Überzeugung, daß die Regierung „fremde Truppen" heranziehe. Sogar in Basel kam es darüber zum Tumult.

In Liestal schlug die sieghafte Stimmung um in eine Stimmung des Trotzes. Es brauchte jetzt sehr wenig, um die Leidenschaften aufzuwühlen. Wenn die Masse sich der Bewegung bemächtigte, und wenn die Hitzköpfe die bisherigen Führer an die Wand drückten, dann war es aus mit der Zusammenarbeit der städtischen und landschäftler Patrioten. Da gab die provisorische Regierung ihre abwartende Stellung auf und handelte über die Köpfe der Basler Freunde hinweg.

Das geschah so unerwartet, daß Stadtschreiber Wieland offenbar überrascht wurde. Schrieb er doch noch am 17. Januar – wir wissen freilich nicht, zu welcher Stunde – dem Appellationsherrn Schweighauser: „Unsere Ausschüsse haben die

besten Absichten." Die Mehrheit der Gemeinde liebe die Obrigkeit und werde, wenn Freiheit und Gleichheit bewilligt würden, mit Treue und Anhänglichkeit an Basel hangen. „Gott gebe es und stürze alle Pläne, die Eigennutz und Ehrsucht zu gegenseitigem Unglück aufbringen." Wo sind die Eigennützigen, vor denen Wieland warnt? Mißtraut auch er den Altgesinnten im Rat?

Am selben 17. Januar schickten die Ausschüsse von Liestal im ganzen Land herum, daß sich bis am nächsten Morgen, dem 18. Januar, früh acht Uhr, 2000 Mann besammeln und gegen die Stadt marschieren sollten. „Soviel ich gehört hab, ist alles willig zum marschieren." So lautet der Bescheid des Schultheißen Brodbeck, den er noch in der Nacht nach Basel beförderte.

Von dem Truppenaufgebot, das „die neue Regierung" erlassen hatte, wurde durch Hoch Meldung an das Patriotenkämmerlein geschickt. Sein Sohn war der Träger dieser Botschaft. Als Vischer am Abend des 17. Januar sich nach dem Konzert ins Rheineck-Kämmerlein begab, vernahm er den geheimen Bericht, die Bauern, 4–5000 an der Zahl, wollten die Nacht darauf auf die Stadt losziehen. Sein Bruder, Joh. Jak. Vischer, Meister Legrand und er selbst schmähten gewaltig, da es ihrem Plan gänzlich zuwider war. Der Bote eilte nach Liestal zurück, um die provisorische Regierung von diesem Schritt abzuhalten.

Sofort versammelte diese die Liestaler Gemeinde. Es war abends acht Uhr. Die Gemüter waren unbändig; mehr als einer wußte, daß um diese Stunde auf dem Felssporn des Obern Hauenstein das Schloß des verhaßten Vogtes lichterloh in die Nacht hinaus leuchte! Die Vernünftigen redeten der Gemeinde zu, mit dem militärischen Aufbruch noch einige Tage zu warten. Aber es war schwer, das Begonnene wieder zum Stillstand zu bringen. Der größte Teil der Gemeinde „wollte es schier nicht annehmen; durch vieles Zureden haben sie sich besänftigen lassen". So meldet der Schultheiß in leider nur zu knappem Bericht den Vorgang.

Aber die Aufforderungsbriefe an die Mannschaft waren bereits ergangen; der Schlüssel zum Pulverturm war abgefordert worden. Glücklicherweise ließen es die Städter nicht bei dem an Hoch geschickten ablehnenden Bericht bewenden; sondern noch in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar eilten Lizentiat Schmid und Artilleriewachtmeister Stehlin nach Liestal, und der Bauernaufmarsch unterblieb.

Die Berichte über diesen Ruf zu den Waffen haben das Bild verzeichnet. Sogar Ochs, der von Paris aus die Losung zu einer Umschaffung „von oben" ausgab, ist ganz persönlich für den Brand des Schlosses Waldenburg verantwortlich gemacht worden. Da ist uns der Hochsche Bericht trotz seiner Kürze ein wertvolles Bekenntnis. Aus zwei Gründen. Einmal wird dadurch die Legende widerlegt, die sich schon

in den folgenden Tagen bildete, wonach Legrand und Vischer durch „falsche Briefe" die Landschaft aufgereizt und das Aufgebot gewünscht hätten. Überdies enthalten die Angaben Hochs das direkte Eingeständnis, daß sich die provisorische Regierung durch die Masse hinreißen, dann aber durch die städtischen Führer wieder zur Vernunft bringen ließ. Es sind ausgerechnet Legrand, Schmid und Vischer, die den Aufmarsch verhinderten, und die Bauernführer machten ihren Fehler gut. Der Bericht Hochs lautet in seiner Schreibweise: „Zu Basel wollte im Raht die sache nicht recht günstig für uns werden, wesswegen Truppen zusammenzuzihen in unserer neuen Regierung beschlossen wurde, um den 19. nach Basel zu ziehen. Es kam aber bericht von Basel, daß dies ein dörrichtes benehmen seye, wie es auch wirklich war. Die Aufforderungsbriefe an die Manschaft waren forth, ich undersuchte die Munition, allein wie Erschrakh ich, da ich nur für 2000 Man etwa 2500 patronen vorfand und sonst nichts, den 18. Nachts kam um die sache zu hindertreiben der jetzige Stadthalter Schmidt und jetziger Verwalter Stehlin, es gelang Ihnen, daß der Zug nicht vor sich ging."

Als die städtischen Führer später verleumdet wurden, den Marsch der Bauern gegen die Stadt gewünscht zu haben, durfte Vischer mit gutem Recht behaupten, daß sie im Gegenteil „diesen Überfall mit aller Macht" vereitelt hätten. „Ohne uns wäre niemand imstand gewesen, ihn zu verhindern, während ein Wink von uns die ganze Landschaft in die Stadt gezogen hätte."

Die Anarchie vom 17. Januar war vorübergehend wie ein plötzliches Fieber. Stadtschreiber Wieland fürchtete nichts von der Landschaft. „Hier sind wir ruhig und gesetzlich", so schrieb er am 20. Januar. So rasch legte sich die Woge des 17. Januar.

Auch in Basel gingen die Wogen hoch. Donnerstag, den 18. Januar trat schon am Morgen der Kleine Rat zusammen. Die Aufregung war aufs höchste gestiegen. Andreas Merian, der freundschaftlich gewarnt worden war, weil er im Verdacht stehe, eidgenössische Hilfe begehrt zu haben, gab seine Entlassung. Das verursachte „ein gewaltiges Aufsehen und Jammer, so daß M. G. H. einander erbärmlich ansahen und allen Mut verlieren wollten". Vischer aber sprach ihnen zu, sie sollten standhaft bleiben. Der Rat beschloß, Merian solle sich diesen Schritt noch einmal überdenken. Am folgenden Tage wiederholte er schriftlich seine Bitte, und sie wurde ihm gewährt.

Als nun in dieser denkwürdigen Sitzung vom 18. Januar das Vorhaben der Bauern eröffnet wurde, gegen die Stadt zu marschieren, wäre „bald jedes Ratsglied nach Hause geloffen", hätte man ihnen nicht neuerdings Mut eingeflößt. Bürgermeister Burckhardt „jammerte auch, daß er jetzt das einzige Haupt wäre,

und ein jeder redete was er wollte, ohne die Ordung zu beachten". Dann kam noch der Bericht von den Grenzen, die Schweizer Truppen wollten sich der Obrigkeit annehmen. Da mag es geschehen sein, daß Legrand, dem soeben Stehlin die verfahrene Lage geschildert hatte, in den Kleinen Rat eilte, nicht im strengen Ratsherrenhabit, sondern unerhörterweise so, wie er von der Straße kam, im grauen Anzug, mit dem runden Hut, den Stock in der Hand, und sich mit Vischer so sehr bemühte, die Ratsversammlung beisammen zu halten, daß mehrere Mitglieder des Rates auf den Gedanken kamen, diesen beiden Männern die fernere Leitung der Geschäfte allein zu überlassen. Um Gewalt zu verhindern, machte Legrand den Vorschlag, ein Piket von etlichen hundert Mann aus der Landschaft als Garnison in die Stadt aufzunehmen und „die Eintracht zwischen Stadt und Land beizubehalten". Vischer unterstützte ihn.

Draußen vor dem Rathaus sammelten sich Bürger, die von den Gerüchten gehört hatten. Der Sturm richtete sich gegen die Dreizehner. Legrand forderte sie auf, zu deklarieren, ob sie insgeheim von Bern und Solothurn Hilfe verlangt hätten. Diese beteuerten auf Ehre, nichts davon zu wissen. Der Lärm nahm zu. Einige Bürger verlangten, daß Vischer herauskomme. Sie wollten wissen, ob das Vaterland in Gefahr sei. Sie hätten gehört, von den Dreizehnerherren seien fremde Truppen verlangt worden. Wenn dem so sei, würden sie die Ratsstube einschließen und die XIII bei den Köpfen nehmen. Vischer beruhigte. Der Argwohn sei falsch, er wolle mit seinem Kopf dafür stehen. Da waren sie zufrieden und begaben sich zu den Ihren in den Hof hinunter.

In der Ratsstube aber ward die Umfrage vorgenommen. Was sollte geschehen, wenn wirklich die Bauern und „fremde" Truppen anrückten? Man beschloß, das Piket der Landmiliz einzuladen, gemeinschaftlich mit den Bürgern der Stadt die Besatzung zu bilden. Legrand und Hans Georg Stehlin wurden nach Liestal geschickt, um die Einladung zu überbringen. Vischer und Schmid hatten sich nach den Grenzen zu begeben, um zu erforschen, ob Solothurner und Berner im Anmarsch seien. Im gegebenen Fall hatten sie den Kommandanten anzuzeigen, daß Stadt und Land „in vollkommenem Vertrauen und Einigkeit mit vereinten Kräften darauf bedacht sei, die innere Ruhe und Wohlfahrt zu befestigen".

In der Stadt aber begaben sich Ratsdeputierte auf die Zunftstuben, um die Bürger für die Landschaft günstig zu stimmen. Die Volksanfrage wurde jetzt ohne viel Federlesens als eine Abstimmung über Annahme oder Verwerfung der vier Artikel angesehen. Die Bürgerschaft „begnehmigte einhellig" die Artikel. Die Umschaffung der Verfassung galt nunmehr als Willensäußerung nicht nur der Regierung sondern der ganzen Bürgerschaft. Auf diese Volksabstimmung stützte

sich denn auch die Großratsversammlung, die das Freiheitspatent ausstellte. Wie Ochs sagt: „Die anwesenden Bürger willigten in die Revolution ein."

Dadurch gewann die Bewegung, die zweimal in Anarchie überzugehen gedroht hatte, wieder die von ihm vorgezeichneten Richtlinien. Auf diese Gesetzmäßigkeit wurde aller Nachdruck gelegt in der Mitteilung an den eidgenössischen Vorort. Es durfte nicht der Anschein gegeben werden, als ob man durch die Untertanen oder durch die freigesinnten Bürger überwältigt worden sei, wenn man den Miteidgenossen den Anlaß nehmen wollte, sich unter Berufung auf das Stanserverkommnis einzumischen. Man erging sich also in der schönen aber ungenauen Darstellung, daß bei sämtlichen Landbürgern das Gefühl für Freiheit und Gleichheit aufgewacht sei. „Dieses sehnliche Verlangen ließen sie durch ihre gewählten Ausschüsse einer von uns ernannten Deputation auf behörige Weise eingeben." Da aber die Räte nicht zuständig gewesen wären, den Entscheid zu fällen, seien sämtliche Bürger zur Volksanfrage aufgeboten worden, „und einmütig wurden von ihnen, sowie von Uns, alle von Seiten der Landschaft eingegebenen Artikel, so wie aus beygehender Akte des Umständlichen zu ersehen ist, genehmigt". Das Schreiben hob hervor, wie die politische Umschaffung „mit so vieler Ruhe, guter Ordnung und ohne fremde Einmischung bewerkstelligt wurde, „und dass nun freundbrüderliche Eintracht zwischen Stadt- und Landbürgern mit unbeschränktem Zutrauen allgemein herrschet".

Die städtische Deputation, welche die Einladung zur Absendung des Pikets überbrachte, wurde auf der Landschaft mit lauten Ehrenbezeugungen empfangen. Legrand wurde in Liestal gefeiert, Vischer in den Dörfern mit der neuen Nationalfahne, mit Parade und Kanonenschüssen geehrt. Wo er eine improvisierte Rede an die Gemeinde richtete, wurde ihm mit Jubelrufen gedankt, und man versprach überall, seinen Zuspruch zu beherzigen und Ordnung zu halten. Lange vor Tagesgrauen marschierten die Abteilungen nach Liestal. Dort wurde das Piket von der provisorischen Regierung in Eid genommen, und mit der dreifarbigen Fahne marschierten Füsiliere, Kanoniere, Jäger und Dragoner unter Stehlins Kommando nach Basel. Das Jägerkorps der Basler Freikompagnie ritt ihnen entgegen, und je ein städtischer Jäger ritt neben einem Baselbieter Dragoner durchs Tor in die Stadt ein. Stehlin, Schäfer, Heinimann und der Schlüsselwirt Ambrosius Brodbeck, die mit nach Basel kamen, stellten die Mannschaft erst dann unter den Oberbefehl Buxtorfs, nachdem dieser zu Handen des Landvolkes einen Eid geschworen hatte, in dem er die Grundforderungen der vier Artikel anerkannte. Die Landtruppen legten den gleichen Eid ab – er war von Stehlin verfaßt – mit dem Beifügen, von niemand Befehle anzunehmen als von ihrem Kommandanten, den selbstgewählten Offizieren und den Ausschüssen des Landvolkes.

Der Organisator des Landschäftler Aufgebotes war Stehlin. Auf städtischer Seite war es das Bärencomité, das die nötigen Vorbereitungen zum Empfang der Truppen traf. Hier, in der Bärengesellschaft, wurden vom 19. Januar an die wichtigen Beschlüsse gefaßt. Die Regierung war, namentlich nach der Abreise von Vischer und Legrand, desorganisiert. Im Bärencomité wurde beschlossen, die Baselbieter mit der dreifarbigen Kokarde zu empfangen, wurde die Einquartierung auf die Zunfthäuser angeordnet, wurden die Schreiben Stehlins über Eid und Kommando verlesen; hier wurde der Aufruf an die Bürgerschaft zu freundlicher Aufnahme des Pikets und eine Adresse an die Landschaft verfaßt; ein militärischer Ausschuß wurde gewählt, die nächtliche Beleuchtung der Gassen wurde anempfohlen. Bürgermeister und Rat blieb nichts übrig, als die Beschlüsse zu sanktionieren. Die Landbürger wurden zur Teilnahme an den Versammlungen der Bärengesellschaft eingeladen. Als der Orismüller Schäfer sich in der Versammlung einfand, gab ihm der Präsident im Namen aller Anwesenden den Bruderkuß. Ebenso dem „Bürger" Heinimann. Durch den Präsidenten wurden die anwesenden Landbürger angefragt, ob das Bärencomité „auch derselben Zutrauen habe", und ob sie mit den bisherigen Schritten – es war der 19. Januar – zufrieden seien. „Hierauf erklärt Bürger Schäfer im Namen der Landbürger die gänzliche Zufriedenheit mit selbigem, und daß er erkenne, daß die Landbürger der Gesellschaft ihr Glück und Rettung zu verdanken haben." So meldet das Protokoll.

Stehlin, Heinimann, Schäfer und Ambrosy Brodbeck verkündeten dem Landschäftler Volk die freundliche Aufnahme, die dem Piket zuteil geworden, und sie mahnten dringend, Ordnung zu halten.

Die Mahnung blieb nicht ohne Wirkung. Der Waldenburger Tumult fand keine unmittelbare Fortsetzung. Dieses Schloß ist das einzige, das in den Tagen der Insurrektion zerstört wurde. Der Hauptturm blieb stehen und bietet heute von der obersten Zinne aus einen herrlichen Rundblick auf Schwarzwald und Vogesen, vor allem auf die trotzigen Juraberge, auf die köstlichen Wiesen- und Fruchtgelände und Waiden des obern Baselbietes.

Das Schloß Farnsburg, den Bauern ein „Dornimaug", wurde von den Gemeinden bewacht. Der Vernichtung entging es aber nicht. Denn das Gerücht vom Anmarsch schweizerischer Truppen versteifte sich. Alle drei Schlösser aber, Waldenburg, Farnsburg und Homburg beherrschen die Zugangsstraßen aus der Eidgenossenschaft. Waldenburg und Homburg am obern und am untern Hauenstein; Farnsburg von der Schafmatt aus erreichbar. Es ist kein Zufall, daß nur diese drei Burgen zerstört wurden. Ramstein, Wildenstein, Mönchenstein, Riehen und

Kleinhüningen wurden geschont oder erst später abgetragen. Die zahlreichen Landsitze baslerischer Bürger wurden nicht angerührt. Die Schlösser wurden zuerst ausgeräumt, und von den Bauern wurde nichts entfremdet. Dazu erhielten die Ausschüsse Vollmacht vom Kleinen Rat. Dieser hob die Gemeindewachen auf und bestimmte am 20. Januar, daß alles Brauchbare in Verwahrung getan werden solle. Dadurch wurde freilich Farnsburg geopfert. In der Nacht vom 21. auf den 22. Januar ging das Schloß in Flammen auf. Der verhaßte Landvogt wurde von einem Bauer in Sicherheit gebracht: das kleine aber böse Männlein wurde in einer Hutte, die mit Teppichen zugedeckt war, aus dem Schloß getragen. In der Fünfzehnerkommission wurde am 23. Januar beschlossen, den Ausschüssen die Schlösser Farnsburg und Homburg „zu destruieren" zu überlassen. In derselben Nacht noch wurde Homburg gebrochen, der einst gefürchtete Landvogt Philipp Gemuseus aber vor Unbill geschützt. Weiteren „Unfug" verpflichteten sich die Landschäftler Ausschüsse zu verhindern. Gefahr bestehe keine. Man solle ihnen Einen nennen, so schrieben die Volksausschüsse an den Kleinen Rat, der gedroht, oder Einen zeigen, der geraubt habe; der soll am Leben gestraft werden. Tatsächlich kam es zu keinen weiteren Übergriffen.

## 10. Das Patent vom 20. Januar 1798: Freiheit und Gleichheit.

Der Einmarsch der Landtruppen, die gegenseitige feierliche Eidesleistung und die Vorbereitung eines Volksfestes, die Kundmachung von Stadt und Land, der Empfang der Landausschüsse in der Versammlung zum Bären lassen den Erfolg der Patrioten als einen vollkommenen erscheinen. Wer mit dem Umschwung nicht einverstanden war, hielt sich grollend zurück. Neben der Verkündigung der Versöhnung und der Bruderliebe vernehmen wir nur zufällig Äußerungen des Widerstandes. Am 19. Januar kam es zu heftigem Wortwechsel zwischen Stadt- und Landbürgern, so daß durch den Bürgermeister scharfe Patrouillen angeordnet wurden. Neben der Bereitwilligkeit, die Landschäftler brüderlich aufzunehmen, die Quartiere mit Bettwerk reichlich zu versorgen, die von ihnen gewählte Kokarde zu tragen, auf Titel und Auszeichnungen zu verzichten, verschwinden die mürrischen Mienen der Unzufriedenen.

Nachdem auf den Zünften einer Staatsverbesserung auf der Basis der vier Artikel zugestimmt war, beschloß der Große Rat am 20. Januar die Ausfertigung eines Patentes, das den Landbürgern auszustellen sei. Seiner Bedeutung entsprechend wurde es auf Pergament ausgefertigt, mit dem großen Standes-Insiegel verwahrt und von dem Stadtschreiber, damals Johann Rudolf Faesch, unter-

schrieben. Die Kommission „zur Anhörung vaterländischer Vorschläge" erhielt den Auftrag, diese Urkunde „mit einer der Größe des Gegenstandes würdigen Feierlichkeit" den in Liestal auf Montag, den 22. Januar, einberufenen Ausschüssen der Landschaft überreichen zu lassen. Das Patent wurde auch durch den Druck vervielfältigt und dem eidgenössischen Vorort zuhanden der Mitstände, ferner der Tagsatzung zu Aarau, den in Basel residierenden diplomatischen Vertretern und auch dem Oberstzunftmeister Ochs in Paris zugestellt.

In dieser Freiheitsurkunde vom 20. Januar 1798 geben „Wir Bürgermeister Klein und Große Räte des eidgenössischen Freystandes Basel" zu vernehmen, daß die Bürgerschaft der Stadt einhellig den Forderungen der Landschaft, wie sie in den vier Artikeln enthalten sind, zustimmen. Die Urkunde erklärt, die „ehevorigen Verhältnisse zwischen Stadt und Land durchaus und also zernichtet, daß dieselben nie mehr zum Vorschein kommen noch angeführt werden sollen". Hinfort werden Stadt und Land als ein Körper in brüderlicher Eintracht miteinander leben, Religion und Tugend ehren und das gemeine Wesen nur der Leitung von Männern anvertrauen, die durch Kenntnisse und warme Vaterlandsliebe sich auszeichnen. Die vier Artikel sind wörtlich der Urkunde einverleibt. Dadurch ist ausdrücklich auch der Gang angegeben, der zur Herstellung einer neuen Verfassung einzuhalten ist: Einberufung einer Volksversammlung mit einer Vertretung nach Kopfzahl.

Das Entscheidende liegt in der Erteilung der Gleichheit, in der „engen Vereinigung der Stadtbürger mit den Landbürgern als zu einem Körper gehörend, welche gleiche Rechte und gleiche Freyheit zu genießen haben".

Das Patent ist der Freiheitsbrief der Landschaft schlechtweg. Die Untertänigkeit wurde aufgehoben. Die Berufung des Städters, daß er die Landschaft gekauft habe, sollte erledigt sein. Das historische Recht war besiegt durch das natürliche Recht. „Aus dem Gefühl ihrer Menschenwürde", so sagt die Urkunde, und „aus innigem Trieb nach wahrer Freiheit" fühlten sich die sämtlichen Gemeinden der Landschaft bewogen, „die Grundsätze einer glücklichen Freyheit und Gleichheit Jedermann ins Herz zu rufen." — Die Grundsätze der französischen Revolution mit ihrem stärksten Bekenntnis zu den Menschenrechten wurden Ausgangspunkt des umgeschaffenen und regenerierten Freistandes Basel.

Die Zugeständnisse der städtischen Bürgerschaft sollten demgemäß dauernd sein. Die „ehevorigen Verhältnisse" sollten so zernichtet sein, daß sie „in ewigen Zeiten" nie mehr zum Vorschein kommen dürften.

Die Führer der Landschaft waren aber viel zu klug und einsichtsvoll, als daß sie – als Gegenstück zu den Drohungen der Altgesinnten – es aufs Extremum

hätten ankommen lassen. Theoretisch hielten sie daran fest, daß für die Wahl der Kommissionen wie für diejenige der Repräsentanten zur Nationalversammlung das Verhältnis der Volkszahl ausschlaggebend sei. Praktisch fügten sie sich einem Modus, durch den die Stadt begünstigt wurde. Es konnte ja auch keine Rede davon sein, die Stadt zu majorisieren. Auch die wohlmeinenden Demokraten, wie Vischer, Ochs, Legrand, hätten niemals dazu stimmen können, daß der Verwaltungsapparat völlig ungeschulten Leuten übergeben und daß die Schicht der bisherigen Regenten von den ungebildeten Bauern verdrängt worden wäre.

Am 22. Januar begab sich die städtische Deputation nach Liestal. Der Überreiter trug statt der bisherigen Standesfarbe ein dreifarbiges Fähnlein. Auf halbem Wege kamen die vier Liestaler Ausschüsse, Hoch, Heinimann, Brodbeck und Schäfer ihnen entgegen. Mit Kanonendonner und Parade wurde der Empfang gefeiert. Ein festlicher Zug bewegte sich nach der Kirche. Von den drei Deputierten vertrat der eine den Großen, der zweite den Kleinen Rat und der dritte die Stadtgemeinde. Jeder sprach zu der Versammlung. Am Altar verlas der Sekretär den Freiheitsbrief. Dann überreichte er ihn den Volksausschüssen. Den Deputierten wurde bis in die Stadt eine Eskorte von drei Dragonern mitgegeben.

Die Ausschüsse des Landvolkes, 120 an der Zahl, schworen am gleichen Tag im Rathaus zu Liestal unter sich und zu ihren eigenen Handen „einen heiligen Eid": Schweizer zu bleiben, Freiheit und Gleichheit der bürgerlichen Rechte zu schützen, niemandem zu gehorchen als Gott und der selbstgewählten Obrigkeit, ausser den göttlichen Gesetzen keine anzunehmen als solche, die sie sich selber gegeben, endlich, daß einer für alle und alle für einen stehen, um Personen und Eigentum zu sichern und auf Ordnung zu halten.

Wozu an diesem Tage der Erfüllung dieser Schwur der Bauern unter sich? Um damit zu zeigen, so erklärte Stehlin in der Großen Ratsversammlung vom 29. Januar, daß sie eine gänzliche Staatsveränderung begehrten. Gerüchte von einer beabsichtigten Gegenrevolution trübten bereits die Freude am Errungenen. Unter einer gänzlichen Verfassungsänderung war nun allerdings keine radikale, auf die Personen sich erstreckende Umwälzung gemeint, die etwa das Oberste zuunterst kehrte. Aber eine loyale Erfüllung des Versprechens, das mit dem Patent abgegeben war. Es lag den Bauernführern soviel an Ordnung und Ruhe, – den Voraussetzungen einer glücklichen Beendigung des angefangenen Werkes, – daß Stehlin im Namen der Volksausschüsse „die Herren Bürgermeistere und die Räthe der Stadt Basel" ersuchte, an ihren Stellen zu bleiben, um an der Verfassungsänderung mitzuarbeiten.

Von gegenrevolutionären Umtrieben verraten unsere Quellen wenig, wohl aber von der Furcht, daß sie am Werke sei. Offensichtlich sind in den Tagen der Entspannung, die auf den 18. Januar folgten, die Bestrebungen, die Verbrüderung von Stadt und Land mit heiterem Antlitz zu feiern. In wahrem Wettlauf suchten Kommissionen einander zuvorzukommen mit Anträgen zur Abschaffung traditioneller Herrlichkeiten, eingewurzelter Formen und Gewohnheiten, und in Äußerlichkeiten geringfügigen Wertes kündigte sich augenfällig französisches Revolutionsgehaben an, wie wenig es auch zu der von Natur konservativen Lebensgestaltung der Basler passen mochte. Mit dem Freiheitspatent war der große Wurf getan, und damit waren die soliden Erwartungen der Freiheitsfreunde erfüllt. Als Stehlin im Großen Rat für dies Patent seinen und seiner Volksgenossen Dank aussprach, fügte er durchaus richtig bei, daß die Landschaft mit diesem Brief und Datum die Revolution als beendigt ansehe.

Der sprachlich schwerfällige Freiheitsbrief ist das schönste Dokument jener Zeit, und wertvoller als die Gesänge sind die Worte, die Bürgermeister Peter Burckhardt und der Landschäftler Führer Johann Georg Stehlin austauschten, als die Ausschüsse von Stadt und Land feierlich in die Großratssitzung vom 29. Januar eingeführt wurden.

Zu den Äußerlichkeiten, die zum Teil in der Bärengesellschaft ausprobiert wurden, gehörten Bruderkuß nach französischem Vorbild – so unbaslerisch und auch unbäurisch als möglich, – gehörte die Einführung der Anrede „Bürger", was einen Stehlin nicht hinderte, die alte devote Titulatur in der Ansprache an Bürgermeister und Räte anzuwenden. Auch der Freiheitsbaum, der am 22. Januar auf dem Münsterplatz aufgestellt wurde, der Tanz der Jungfrauen um diese schönste Weißtanne, die von Liestal geliefert worden war, die Toaste auf der Bärenzunft in Anwesenheit der Hüninger Generalität und der französischen Diplomaten: das alles ist aus der Stimmung und aus den gesellschaftlichen Verbindungen mit Frankreich verständlich. Vielleicht entsprach die beinahe hemmungslose Äußerung der Empfindungen an diesem Tage auch einem tief innerlichen Bedürfnis, einer Gefühlsstärke, die im gewöhnlichen Leben durch Überlieferung und Erziehung unterdrückt und ausgeschaltet ist.

Am Abend war Ball im geräumigen Hause des Lukas Sarasin. Nicht nur Städter, sondern auch Bürger vom Lande waren geladen. Zweihundert Gäste sollen sich dort vergnügt haben. Unterdessen verfaßte der Oberstzunftmeister Ochs in Paris, dem die Basler Freunde die Hartnäckigkeit ihrer Widersacher geschildert hatten, auf Veranlassung Legrands einen offenen Brief, der als Flugblatt gedruckt wurde.

Er verlangte darin, daß jeder Widerstand aufgegeben und den Untertanen die Rechtsgleichheit erteilt werde. Er selbst entsagte „jedem erblichen Vorzug".

Seine Kundgebung war durch die Ereignisse überholt. Bereits am 20. Januar hatten ihm die Räte geschrieben, daß „der glückliche Zeitpunkt der engsten Vereinigung zwischen Land- und Stadtbürgern eingetroffen sei". „Dank Ihnen, teuerster Landesvater, für Ihre unverbrüchliche Beharrlichkeit und Standhaftigkeit, womit Sie, bei jedem sich ergebendem Anlaß, Ihre auf Menschenrechte sich gründende Gesinnungen, mit vollster Überzeugung und lebhaftestem Nachdruck äußerten und diesem großen Werk der politischen Umschaffung eine so kluge Einleitung gaben." Am gleichen 20. Januar wurde der General-Versammlung der Bärengesellschaft ein Schreiben an Ochs vorgelegt. Der Entwurf wurde mit „lautem Beyfall angenommen und mit dem Geschrei: Hoch lebe unser Mitbürger Oberstzunftmeister Ochs!" Nichts konnte diesem größere Genugtuung bereiten als die Anerkennung, die ihn als Landesvater bezeichnete.

Er selber gab seinem Schwager Vischer die Ehre: durch dessen Antrag vom 18. Dezember sei die Basler Revolution eingeleitet worden. Darüber bestand freilich kein Zweifel, daß Ochs die Devise: Befreiung der Untertanen, und das Programm, nämlich Umschaffung von oben, ausgegeben hatte. Mochten die Gegner in der Eidgenossenschaft über die „Basleriade" höhnen, es fehlte nicht an Einsichtigen in verschiedenen Kantonen, die eine ähnliche friedliche Lösung herbeiwünschten. Die nächste Wirkung war, daß Zürich am 29. Januar die im Stäfner Handel Verurteilten begnadigte.

Wer mit der Umschaffung nicht zufrieden war, der hielt sich vorläufig zurück und wartete die gelegene Zeit ab, bis man den Gegenstoß vorbereiten und die Freiheitshelden von gestern samt ihrem „Landesvater" als Verräter brandmarken konnte. Am Festtage des 22. Januar durfte der freigesinnte Pfarrer Joh. Jak. Fäsch noch die Schrift im Geiste der neuen Grundsätze auslegen. Er berief sich jetzt zwar auch auf den Apostel Paulus, aber nicht zur Bekräftigung der Untertänigkeit, sondern im Sinn und Geist des Wortes: Vor Gott ist kein Ansehen der Person. „Man zeige mir eine einzige Stelle", so führte er aus, „die auch nur den fernsten Anlaß zur Behauptung geben könnte: der Landmann sei bloß zum Gehorchen, der Städter allein zum Herrschen bestimmt? Eine einzige Stelle, wo göttliches Recht eine Scheidewand aufführet zwischen Menschen und Menschen, Adel und Nichtadel?" Freiheit und Gleichheit einschränken, heißt das Werk der ewigen Weisheit zertrümmern.

Jetzt wurde der Umbau ohne alle Überstürzung in Angriff genommen. Am 5. Februar versammelte sich der Große Rat zum letztenmal. Er legte die ober-

ste Gewalt in die Hände der Volksrepräsentanten. Die Hauptaufgabe der Basler Nationalversammlung war die Entwerfung einer neuen Verfassung. Das Konstitutionskomitee bestand aus neun Mitgliedern. Sechs davon waren ausgesprochene Führer der Revolution: Legrand, Ochs, Huber, Stehlin, Schäfer und Hoch. Die übrigen waren sogenannte Modérés: Bürgermeister Buxtorf, Onofrio Bischof und der Stadtschreiber Johann Heinrich Wieland.

Die Erwartung jedoch, daß der friedlichen Umschaffung in Basel eine ebenso unblutige Umschaffung der übrigen eidgenössischen Stände folgen werde, erfüllte sich leider nicht. Die Eidgenossenschaft mußte durch Jahre des Leidens und der Fremdherrschaft hindurchgehen, bis der neue Bau, nach den Richtmaßen der Gleichheit und Freiheit, konnte errichtet werden.

Um so eindrücklicher bleibt für alle Zeiten die Basler Revolution. In den Januartagen des Jahres 1798 war das Unglück französischer Okkupation noch nicht vorauszusehen. Wiederholt sprach der Große Rat Ochs und seinen Freunden als den Stiftern der Freiheit und Gleichheit den Dank für die friedliche Durchführung der Revolution aus. Man wird es, wie Burckhardt-Finsler und Hans Frey vor Jahrzehnten getan, auch heute noch dem Oberstzunftmeister Ochs als ein Verdienst anrechnen, den Ausgleich zwischen Stadt und Land herbeigeführt zu haben, „ein Verdienst, das auf dem Hintergrund späterer Ereignisse nur um so heller erscheint. Denn dasselbe Basel, das im Jahre 1798, durch gegenseitiges Entgegenkommen unterstützt, vor allen andern Kantonen sein Gemeinwesen auf die neue Grundlage der Gleichberechtigung gründen konnte, verhärtete sich im Jahre 1833 auf beiden Seiten zu solcher Unnachgiebigkeit, daß nach traurigen Zeiten des Bürgerkriegs nur die gänzliche Trennung von Stadt und Land als unvermeidliche Bedingung des Friedens übrigblieb".

Die Basler Revolution vollzog sich im Geiste der Versöhnung. Wir suchen nach den politischen Mitteln, die angewendet worden sind und übersehen nur zu leicht, daß der Gedanke der Menschenwürde, die Lehre von der Humanität und ungeheucheltes Christentum gerade bei den feinsten Köpfen der Bewegung als ausschlaggebende Kraft gewirkt haben. Die städtischen Führer, die ihrerseits der regierenden Schicht angehörten und über Bildung verfügten, waren fähig, empfindliche Opfer zu bringen. Darum liegt über dem Tag der Verbrüderung etwas Schwunghaftes und ein Glanz, der auch dem rückschauenden Auge noch sichtbar ist. Das Fest vom 22. Januar auf dem Münsterplatz war nicht eine historische Aufmachung, sondern sogar mit seinen fremden Emblemen ein tatsächliches Erlebnis. In den Erinnerungen an Frau Juliane Birmann berichtet der Verfasser,

daß in dieser Revolution keine andern als Freudentränen flossen. „Noch fünfzig Jahre später habe ich aus abgelegenem ländlichem Kreise von den einst Beteiligten Worte vernommen, die zeigen, daß 1798 die Volksseele nach ihrer idealsten Seite ergriffen war. Es war inzwischen doch noch manches vorübergegangen, Napoleon, die Alliiertenzeit, die Dreißiger-Revolution, von denen man sprach, – ein höherer Ton ward angeschlagen, und tiefen Eindruck machte es auf die Jungen, wenn die Alten sprachen vom großen Erwachen im Jahre 1798."

---

## Quellen.

Die vorliegende Schilderung der Basler Revolution geht auf die Quellen und Zeitgenössisches zurück. An Archiven kommen in Betracht: das Staatsarchiv Basel mit seinem umfangreichen Material; für die französisch-schweizerischen Beziehungen die Archives des Affaires étrangères und die Archives Nationales in Paris. Dann der umfangreiche und gerade für die Basler Revolution aufschlußreiche Nachlaß des Peter Ochs (Familienarchiv His), der kürzlich durch Ochs-Briefe und vor allem durch ein Convolut bisher unbekannter und von Barth nicht benützter Mengaud-Briefe ergänzt worden ist. Der Nachlaß umfaßt nicht nur einen umfangreichen Briefwechsel, den Ochs mit seinen Basler und Franzosen-Freunden unterhielt, sondern autobiographische Aufzeichnungen, Fragen und Antworten zur Basler Revolution, und den Entwurf zur Basler Geschichte, der manche Beziehung aufdeckt, die in der endgültigen „Geschichte" weggefallen ist. Ochs hat Flugblätter, gedruckte Publikationen, Wahlverzeichnisse und einzelne Zeitungsnummern gesammelt. Seine eigene Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, Band VIII, besitzt heute noch grundlegende Bedeutung. Das Tagebuch Ochs wird ergänzt durch das ebenfalls handschriftliche Tagebuch Daniel Burckhardts.

Nachweise im Einzelnen hätten viel zu weit geführt. Hingewiesen sei auf Einleitung und Anmerkungen in der Korrespondenz des Peter Ochs, herausgegeben und eingeleitet von Gustav Steiner, Band 1 erschienen, Band 2 in Vorbereitung. Der letztere besonders enthält die in der vorliegenden Darstellung erwähnten Briefe. Über die Denkungsart Ochs' habe ich mich ausgesprochen im Aufsatz über dessen Mission nach Paris, im Basl. Jahrb. 1924; über Bonapartes Reise durch die Schweiz, im Basl. Jahrb. 1928; endlich über die wirklichen Absichten der Patrioten und über die französische Politik der Schweiz gegenüber in „Mittel und Wege zur helvetischen Revolution" in der Basler Zeitschrift für Geschichte 1931, Bd. 30. Meine ablehnende Stellung gegenüber den Aufzeichnungen von Brunns ist kurz begründet in der „Zerstörung des Waldenburger Schlosses", im Rauracher 1930.

Als besonders wertvolle gedruckte Quellen seien erwähnt: Acten der Basler Revolution 1798. Hg. von Rudolf Wackernagel. E. Schlumberger-Vischer, Aus den Zeiten der Basler Revolution. Ebenso ihre Beiträge zur Geschichte Basels etc. in der Basler Zeitschrift für Geschichte 1914, Bd. 13. – Th. Burckhardt-Biedermann, Die Staatsumwälzung des Jahres 1798. Nach den Papieren eines alten Baslers.

Basl. Beitr. zur vaterl. Gesch. Bd. 12. – Für die gesamte Schweiz: Joh. Strickler, Amtliche Sammlung der Akten aus der Zeit der helvetischen Republik. – Haug, Briefwechsel der Brüder Müller. – Wertvolle Notizen Stricklers in den Beigaben zu seiner Schrift: Die helvetische Revolution 1798. – An Darstellungen seien erwähnt: Dierauer, Schweizergeschichte Bd. 4. – A. Heusler, Schweizerische Verfassungsgeschichte. – Herm. Büchi, Vorgeschichte der helvetischen Revolution. – G. Steiner, Der Untergang der alten Eidgenossenschaft (Schweizer Kriegsgesch., Bd. 7) – Zur Basler Revolution: sorgfältig und mit feinem Verständnis geschrieben ist die immer noch wertvolle, klare Darstellung durch Hans Frey im Basler Neujahrsblatt 1876. Ferner Burckhardt-Finsler im Basler Jahrb. 1899, und derselbe in der weitsichtigen Abhandlung über Aufklärung und Revolution, im Basler Festbuch 1901. Auf derselben Linie einer von Tradition nicht beschwerten Geschichtsbetrachtung sind die Untersuchungen zur politischen Tätigkeit von Ochs, von Hans Barth, im Jahrb. für schweiz. Gesch., Bd. 26. – Biographisches: Hans Buser, Lukas Legrand, in den Basler Biogr., Bd. 1. – Karl Gauss, Ambrosius Heinimann von Liestal. Sep. Abzug. – Ed. His, Basler Staatsmänner. – Gustav Steiner, Iselin und Ochs, im Basler Jahrb. 1921, – Karl Henking, Johannes von Müller. – Hans Barth, Mengaud und die Revolutionierung etc., im Basler Jahrb. 1900. – Verhältnisse der Untertanen: Paul Roth, Die Organisation der Basler Landvogteien im 18. Jahrh. – Heinrich Boos, Wie Basel die Landschaft erwarb. Basler Neujahrsblatt, 1885. – Aug. Burckhardt, Bürgerschaft und Regiment im alten Basel. Basler Neujahrsblatt, 1919. – Ludwig Freivogel, Stadt und Landschaft im 18. Jahrh., im Basler Jahrb. 1899 und 1903. Derselbe, Die Lasten der Basler Untertanen im 18. Jahrh., im Basler Jahrb. 1924. – Für die französischen Bauernverhältnisse: Ad. Damaschke, Geschichte der Nationalökonomie. – Peter Krapotkin, Die französische Revolution. Daneben die von Aulard usw. publizierten Akten zur Revolution.

Für die gedruckten Quellen und Darstellungen sei im übrigen auf Barth, Bibliographie der Schweizergeschichte, verwiesen.

---

Bildbeilagen: Peter Vischer (Titelbild) nach einem Ölgemälde im Besitz des Herrn Dr. Hans Rud. Burckhardt-Passavant, Basel,
Wilhelm Hoch (Seite 72) nach einer kolorierten Zeichnung im Besitz von Herrn Gustav Ritter-Brüderlin, Liestal.

Den Eigentümern sei auch an dieser Stelle der verbindlichste Dank ausgesprochen für die Überlassung der Originale zur erstmaligen Wiedergabe. – Die Reproduktion in Tiefdruck erfolgte durch die Firma Emil Birkhäuser & Cie., Basel.

# Inhalt.


| | Seite |
|---|---|
| Unitas civitatis robur | 3 |
| 1. Frankreich: Befreiung der Bauern | 7 |
| 2. Die Eidgenossenschaft: Herren und Untertanen | 12 |
| 3. Basel: Stadtregiment und untertänige Landschaft | 19 |
| 4. Erste Wirkungen: Teilreform und Sonderinteressen | 27 |
| 5. Peter Ochs: Generalidee der „Umschaffung" | 41 |
| 6. Ochs und Vischer: Vorstoß zur Gleichstellung der Untertanen | 46 |
| 7. Organisation der städtischen Patrioten und Verbindung mit den Untertanen | 56 |
| 8. Hoch und seine Freunde: Zusammenschluß und die vier Artikel | 69 |
| 9. Revolution: Sieg der Patrioten | 84 |
| 10. Das Patent vom 20. Januar 1798: Freiheit und Gleichheit | 100 |
| Quellen | 107 |

## 3. Erzählungen und Darstellungen in bunter Reihenfolge.

*47. 1869. (Meisner, Fr.) Schweizerische Feste im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert.
*48. 1870. (Wieland, Carl.) Die kriegerischen Ereignisse in der Schweiz von 1798—1799.
*49. 1871. (Wieland, Carl.) Dasselbe. Zweiter Teil.
*50. 1872. (Vischer, W.) Eine Basler Bürger-Familie aus dem sechzehnten Jahrhundert.
*51. 1873. (Vischer, W.) Das Karthäuser-Kloster und die Bürgerschaft von Basel.
*52. 1874. (Heyne, M.) Über die mittelalterliche Sammlung zu Basel.
*53. 1875. (Stähelin, R.) Karl Rudolf Hagenbach.
*54. 1876. (Frey, Hans.) Die Staatsumwälzung des Kantons Basel im Jahre 1798.
*55. 1877. (Frey, Hans.) Basel während der Helvetik 1798—1803.
*56. 1878. (Wieland, Carl.) Basel während der Vermittlungszeit 1803—1815.
*57. 1879. (Wieland, Carl.) Die vier Schweizerregimenter in Diensten Napoleons 1813—1814.
*58. 1880. (Burckhardt, Albert.) Basel zur Zeit des dreissigjährigen Krieges. Erster Teil.
*59. 1881. (Burckhardt, Albert.) Dasselbe. Zweiter Teil.
*60. 1882. (Bernoulli, August.) Die Schlacht bei St. Jakob an der Birs.
*61. 1883. (Bernoulli, August.) Basel im Kriege mit Österreich. 1445—1449.
62. 1884. (Probst, Emanuel.) Bonifacius Amerbach.
*63. 1885. (Boos, Heinrich.) Wie Basel die Landschaft erwarb.
64. 1886. (Burckhardt, Achilles.) Hans Holbein.
65. 1887. (Burckhardt-Biedermann, Th.) Helvetien unter den Römern.
66. 1888. (Birmann, M.) Die Einrichtungen deutscher Stämme auf dem Boden Helvetiens.
67. 1889. (Trog, Hans.) Die Schweiz vom Tode Karls des Grossen bis zum Ende des burgundischen Reichs.
68. 1890. (Burckhardt, Albert.) Die Schweiz unter den salischen Kaisern.
69. 1891. (Bernoulli, August.) Die Entstehung des ewigen Bundes der Eidgenossen.
70. 1892. (Thommen, Rudolf.) Geschichte der Eidgenossenschaft bis zum Eintritt Luzerns in den Bund. 1291—1332.
71. 1893. (Wackernagel, Rudolf.) Die Stadt Basel im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert.
72. 1894. (Fäh, Franz.) Johann Rudolf Wettstein. Ein Zeit- und Lebensbild. (Zur Säkularerinnerung.) Erster Teil.
73. 1895. (Fäh, Franz.) Dasselbe. Zweiter Teil.
74. 1896. (Socin, Adolf.) Basler Mundart und Basler Dichter.
75. 1897. (Huber, August.) Die Refugianten in Basel.
76. 1898. (Bernoulli, August.) Basels Anteil am Burgunderkriege. Erster Teil.
77. 1899. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Zweiter Teil.
78. 1900. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Dritter Teil.
*79. 1901. (Burckhardt, Paul.) Basels Eintritt in den Schweizerbund. 1501.
80. 1902. (Holzach, Ferdinand.) Die Basler in den Hugenottenkriegen.
81. 1903. (Buser, Hans.) Basel während der ersten Jahre der Mediation. 1803—1806.
82. 1904. (Buser, Hans.) Basel in den Mediationsjahren. 1807—1813.
83. 1905. (Vischer, Wilhelm.) Basel in der Zeit der Restauration 1814—1830. I. Die Jahre 1814 und 1815.
84. 1906. (Vischer, Wilhelm.) Dasselbe II. Die Zeit von 1815—1830.
*85. 1907. (Bernoulli, August.) Basel in den Dreissigerwirren. Erster Teil.
86. 1908. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Zweiter Teil.
87. 1909. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Dritter Teil.
88. 1910. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Vierter Teil.
89. 1911. (Vischer, Wilhelm.) Die Basler Universität seit ihrer Gründung.
90. 1912. (Burckhardt, Paul.) Die Geschichte der Stadt Basel von der Trennung des Kantons bis zur neuen Bundesverfassung. 1833—1848.
*91. 1913. (Burckhardt, Paul.) Dasselbe. Zweiter Teil.
*92. 1914. (Burckhardt, Paul.) Dasselbe. Dritter Teil.
*93. 1915. (Barth, Paul.) Basler Bilder und Skizzen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.
94. 1916. (Schaub, Emil.) Aus dem Leben des Basler Kaufmanns im 18. Jahrhundert.
95. 1917. (Burckhardt, August.) Basler in fremden Diensten.
*96. 1918. (Kölner, Paul.) Die Basler Rheinschiffahrt.
97. 1919. (Burckhardt, August.) Bürgerschaft und Regiment im alten Basel.
98. 1920. (Jenny, Ernst.) Theodor Meyer-Merian. Ein Basler Literatur- und Kulturbild aus dem 19. Jahrhundert.
99. 1921. (Barth, Wilhelm.) Basler Wandbilder. Ein Beitrag zum Verständnis zeitgenössischer Kunst.
100. 1922. (Heusler, Andreas.) Basels Gerichtswesen im Mittelalter.
101. 1923. (Schwarz, Ferdinand.) Isaac Iselins Jugend- und Bildungsjahre.
102. 1924. (Steiner, Gustav.) Der Bruch der schweizerischen Neutralität im Jahre 1813.
103. 1925. (Siegfried, Paul.) Basel und die neue Eidgenossenschaft. Der Anschluss Basels an die Eisenbahnen. Basels Gesundungswerk.
104. 1926. (Siegfried, Paul.) Basel und der erste badische Aufstand im April 1848.
105. 1927. (Jenny, Ernst.) Basler Dichtung und Basler Art im 19. Jahrhundert.
*106. 1928. (Siegfried, Paul.) Basel während des zweiten und dritten badischen Aufstandes 1848/49.
107. 1929. (Schaub, Emil.) Bilder aus der Sittengeschichte Basels im 18. Jahrhundert.
108. 1930. (Barth, Wilhelm.) Basler Maler der Spätromantik. Böcklins Zeitgenossen und Nachfolger.
109. 1931. (Schweizer, Eduard.) Eine Revolution im alten Basel. (Das Einundneunziger Wesen.)

*** bedeutet vergriffen.**